

Politische Berichte



21. Mai 1983
Jg. 4 Nr. 10

G 7756 D

Preis:
2,50



Lohnbewegung öffentlicher Dienst: Ein Abschluß mit 110 DM für alle könnte der Regierung Steine in den Weg legen
Seite 7



Schwerbehindertengesetz: Die Arbeiter sollen schuften, bis sie umfallen — statt Versicherungsleistungen gibt's dann christliche Barmherzigkeit
Seite 13



Libanon/Palästina: Die Zionisten bereiten einen neuen Krieg gegen die PLO vor
Seite 32

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Inhalt	10/1983
<i>Regierungserklärung:</i> Regierungsabsichten für den „Aufschwung“ der Kapitalisten: von „generalistisch“ keine Spur	Seite 3
Steuerpläne von Kapitalisten und Regierung: auf jeden Fall die Steuern auf Vermögen senken	Seite 4
Grün-alternative Bundestagsfraktion: Angriffe auf die Deutschlandpolitik der Regierung	Seite 5
<i>Aus Politik und Wirtschaft — kurz berichtet</i>	Seite 6
<i>Lohnbewegung öffentlicher Dienst:</i> Ein Abschluß mit 110 DM für alle könnte der Regierung Steine in den Weg legen	Seite 7
<i>Türkei:</i> Parlamentswahlen für November angekündigt ..	Seite 7
<i>IGM-Jugendkonferenz:</i> Beschlüsse gegen Kapitalisten und Regierungspläne zur vermehrten Ausbeutung	Seite 8
<i>VVN-Bundeskongreß:</i> Neues Aktionsprogramm verabschiedet	Seite 9
<i>Justiz:</i> OLG Stuttgart gründet „legale RAF“	Seite 9
<i>Bischofskonferenz:</i> Der „Geist der Liebe“ als Mantel für imperialistische Kriegsvorbereitungen	Seite 10
<i>US-Haushalt:</i> Ein „Programm zur Wiederbewaffnung“	Seite 11
<i>EG-Agrarpreise:</i> Senkung der Einkommen beschlossen	Seite 12
<i>Schwerbehindertengesetz:</i> Die Arbeiter sollen schuften, bis sie umfallen — statt Versicherungsleistungen gibt's dann christliche Barmherzigkeit	Seite 13
Rehabilitationszentrum: Verschärfte Selektion und Kontrolle über Mittelkürzungen	Seite 14
Arbeitsbedingte Erkrankungen sind die Hauptursachen der Behinderungen	Seite 16
<i>FDP:</i> Statt Sozialversicherung „Selbstverantwortung“ und „menschliche Zuwendung“	Seite 17
<i>Nachrichten aus der Arbeiterbewegung</i>	Seite 18
<i>Neonazis:</i> Nur massiver Polizeischutz ermöglichte NPD-Parteitag in Bochum-Wattenscheid	Seite 19
<i>CDA:</i> „Große Übereinstimmung“ mit dem DGB?	Seite 19
<i>Junge Union:</i> CDU-Nachwuchs für „Wiedervereinigung von unten“	Seite 20
<i>Lohnabschluß Stahl:</i> Kapitalisten setzen „Notopfer“ durch	Seite 21
<i>BMW:</i> 1982, Glanzjahr für die Kapitalisten	Seite 21
<i>Bosch:</i> Erhebliche Produktivitätssteigerung durch zunehmende Arbeitsbelastung	Seite 22
Bei Blaupunkt ist der Aufschwung schon da!	
Seite 23	
<i>Arbeitsschutzkampagne:</i> Arbeit im Krankenhaus macht krank	
Seite 23	
<i>Krankenhausbedarfsplan:</i> Der Bedarf zählt nichts, die Kosten alles	
Seite 23	
<i>Niedersächsischer Landtag:</i> CDU plant Änderung der Geschäftsordnung	
Seite 24	
<i>Soziales Jahr:</i> Baden-Württemberg will „Freiräume schaffen“	
Seite 24	
<i>Süddeutscher Verlag:</i> Schwierigkeiten bei der Anhebung und Absicherung der übertariflichen Lohnzulagen	
Seite 25	
Beschäftigungsveränderung in der bayerischen Druckindustrie	
Seite 26	
Stichwort: Arbeitsbewertung	
Seite 27	
<i>Internationale Nachrichten</i>	
Seite 28	
<i>Großbritannien:</i> Thatchers Wahlkampf: „Jeder ein Kapitalist“	
Seite 29	
<i>BRD/Afrika:</i> Jahresversammlung der Entwicklungsbank	
Seite 29	
<i>Exportindustriefreizeonen:</i> Malaysische Gewerkschaft anerkannt	
Seite 30	
<i>Iran:</i> Verbot der Tudeh-Partei wegen „Spionage“	
Seite 30	
<i>Chile:</i> Erstmals landesweite Demonstrationen	
Seite 31	
<i>Nicaragua:</i> BRD unterstützt US-Aggression	
Seite 31	
<i>Libanon/Palästina:</i> Die Zionisten bereiten einen neuen Krieg gegen die PLO vor	
Seite 32	
<i>Abu Jihad (PLO):</i> „Wir müssen mit Syrien strategisch zusammenarbeiten“	
Seite 32	
<i>Aus Kultur und Wissenschaft</i>	
Seite 34	
<i>Das „andere“ Amerika:</i> Geschichte, Kunst und Kultur der amerikanischen Arbeiterbewegung	
Seite 34	
Mord wegen der Startbahn West	
Seite 34	
Waldsterben und saurer Regen	
Seite 34	
Nützlicher Film zur Wiederbewaffnung	
Seite 35	
<i>„Deutsche Frage“:</i> „Angebotspolitik“ der BRD mit „deutscher Staatsangehörigkeit“	
Seite 35	
<i>Wirtschaftstheorien/Wirtschaftspolitik I: 1929/30 – 1982/83:</i> Das Finanzkapital fordert die „Wende“	
Seite 36	
Linolschnitt	
Seite 37	
Lohnentwicklung in der Investitionsgüterindustrie der verschiedenen Bundesländer	
Seite 38	

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Martin Fochler, Claus Udo Monica, Christiane Schneider 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
 GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft (S. 3 – 12): Rüdiger Lötzer; für Spezialberichte (S. 13 – 17): Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional (S. 18 – 27): Günter Baumann; für Auslandsberichterstattung (S. 28 – 33): Ulrike Kirchhof; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge (S. 34 – 37): Angela Lux; für Sozialstatistik (S. 38/39): Wolfgang Müller. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.

Regierungsabsichten für den „Aufschwung“ der Kapitalisten: von „generalistisch“ keine Spur

„Ein Generalisten-Stück“ hat die Zeitung „Handelsblatt“ die Regierungserklärung Kohls einen Tag nach der Abgabe im Bundestag genannt. Das war am 5. Mai. Seitdem hat die Bundesregierung eine neuerliche Senkung des Arbeitslosengeldes für Jugendliche und für kinderlose Lohnabhängige beschlossen und an ihrer Absicht, zu neu erlichen Lohnsenkungen im öffentlichen Dienst und zu rabiaten Rentensenkungen zu kommen, keinen Zweifel gelassen. Das Bundesarbeitsministerium hat eine Initiative zwecks weitgehender Beseitigung des Verbots der Nacht-, Schicht- und Akkordarbeit für Jugendliche eingeleitet (s. Artikel S. 8). Die Vorarbeiten der Bundesregierung für die fast völlige Abschaffung der Vermögenssteuer der Kapitalisten und für die Senkung der Erbschafts- und Gewerbe Kapitalsteuer sind so gut wie abgeschlossen. Noch vor Erscheinen dieser Zeitschrift will das Kabinett auf einer haushaltspolitischen Klausur Einzelheiten des Haushalts 1984 beraten, bis Ende Juni, also knapp acht Wochen nach Abgabe der Regierungserklärung, sollen sämtliche Angriffe auf die Lohnabhängigen, die im Zusammenhang mit dem Haushalt 1984 vorgetragen werden sollen, im Kabinett verabschiedet und dem Bundestag zugeleitet sein. Und das soll ein „Generalisten-Stück“ sein?

Tatsächlich hat selten eine Bundesregierung in ihrer Regierungserklärung dermaßen weitreichende Angriffe auf die Lohnabhängigen angekündigt wie jetzt die Regierung Kohl. Kohl am 4. Mai vor dem Bundestag:

„Die 80er Jahre sind ein Jahrzehnt des notwendigen Umbaus der deutschen Wirtschaft. Wir müssen bei der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung Anschluß halten und ihn zurückgewinnen, wo wir ihn verloren haben. Wir müssen zur Spitze vorstoßen ... Dabei ist Kapitalbildung die Voraussetzung für die notwendige Modernisierung unserer Wirtschaft. Voraussetzung für die Kapitalbildung ist eine Stärkung der Ertragskraft unserer Unternehmen. Nur wenn wir sicherstellen, daß es sich wieder lohnt, unternehmerisches Risiko einzugehen, wird das dazu erforderliche Kapital in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.“

Wann wird es sich wieder lohnen, „unternehmerisches Risiko einzugehen“? Zum Beispiel, wenn die Schutzrechte für weibliche Lohnabhängige beseitigt, wenn Heimarbeit, Teilzeitarbeit und Nachtarbeit sich „familiengerecht“ ergänzen! Kohl, diesmal gar nicht „generalistisch“: „Wir werden ... durch neue arbeitsrechtliche Bestimmungen dazu beitragen, die Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Arbeitsplatzteilung und Teilzeitarbeit werden wir nach Kräften begünstigen.“ Und weiter: „Beruf ist nicht nur außerhäusliche Erwerbstätigkeit. Tätigkeit im Haus und für Kinder sind gleichwertig ...“ Eine feine „Gleichwertigkeit“ ist das! Immerhin ließe sich so ein Vorwand schaffen, um sämtliche Frauen, die verheiratet sind, aus der Arbeitslosenversicherung und damit auch aus der Arbeitslosenstatistik zu entfernen, eine Operation, die, sollte sie gelingen, zweifellos die offi-

ziell anerkannte „Arbeitslosigkeit“ bedeutend verringern würde. Oder sind diese Frauen etwa zu Hause nicht „beschäftigt“? Ganz zu schweigen von den familieneinkommensaufbessernden Möglichkeiten der Heimarbeit in solchen Fällen!

Als weiteren Beitrag zur Erleichterung der Lohnsenkungen durch die Kapitalisten und zur gleichzeitigen Entlastung der Sozialversicherungen strebt die Bundesregierung nun auch offiziell ein engeres Zusammenrücken der Lohnabhängigen in ihren Wohnungen an, am besten, indem von Oma und Opa bis zu den Enkeln sich alle die gleiche Wohnung teilen. Kohl: „Das Fundament für eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit ist die Familie ... Der vierte Familienbericht, den die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode vorlegen will, soll zeigen, ... wie auch mehrere Generationen, wenn sie wollen, unter einem Dach leben können. Unsere Wohnungsbauförderung muß und wird dieser Idee Rechnung tragen.“

Ansonsten gilt grundsätzlich: „Wir wünschen uns wieder ein Verständnis der Arbeit, das der Tradition europäischer Geistesgeschichte entspricht: Arbeit ist nicht nur Broterwerb.“ Womit sich die Regierung den Weg zu jeder Art von Zwangsarbeitsprogrammen offenhält. Und: „... die Ansprüche an den Sozialstaat können nicht stärker befriedigt werden, als die Leistungskraft der Wirtschaft zuläßt.“ Womit jeglicher Versicherungsanspruch der Lohnabhängigen der von den Kapitalisten festgelegten „Lei-



Aus der Regierungserklärung: „Die Ansprüche an den Sozialstaat können nicht stärker befriedigt werden, als es die Leistung der Wirtschaft zuläßt ... Die Einigung Europas war ursprünglich weit mehr als ein Angebot materieller Vorteile, und so muß es wieder werden.“ Rechts: Kohl am 2. Mai vor dem BDI. Links: Kohl und Mitterand.



Steuerpläne von Kapitalisten und Regierung: auf jeden Fall die Steuern auf Vermögen senken

Dreieinhalb Milliarden Mark Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung will die Bundesregierung 1984 erzielen. Vor allem die Vermögen-, die Gewerbekapital- und die Erbschaftssteuer will die Regierung senken. Im gleichen Umfang sollen den Kapitalisten Steuern erlassen werden. Die geplante Steuersenkung entspricht fast dem gesamten derzeitigen Vermögensteueraufkommen. 1982 mußten die Kapitalisten 5 Mrd. DM Vermögensteuer zahlen. Zum Vergleich: allein das Aufkommen aus der Lohnsteuer betrug 1982 123,4 Mrd. DM.

Die Kapitalistenverbände BDI, BDA, DIHT, Bundesverband Deutscher Banken, Hauptverband des deutschen Einzelhandels, Bundesverband des Groß- und Außenhandels und ASU haben schon Mitte März eine Halbierung der Einheitswerte zur Bemessung der Betriebsvermögen verlangt. Die Einheitswerte, nach denen das Betriebsvermögen taxiert wird, bilden die Grundlage der Steuerveranlagung der Kapitalisten zur Vermögen-, Gewerbekapital- und Erbschaftssteuer. Tatsächlich ist das Vermögen der Kapitalisten erheblich größer als die Einheitswerte und die danach berechneten Vermögen angeben. Die Kapitalisten können einen großen Teil ihrer Schulden bei der Berechnung abziehen. Kapitalgesellschaften können Anteile an anderen Kapitalgesellschaften, die 25% übersteigen, bei der Berechnung des eigenen Betriebsvermögens ebenfalls abziehen (sogenanntes Schachtelprivileg).

Bei der Vermögensteuerveranlagung für ihr persönliches Vermögen können Kapitalisten Freibeträge von

70000 DM je Familienmitglied geltend machen. 1977, dem Jahr der letzten statistischen Erhebung, waren 614000 Privatpersonen und Kapitalgesellschaften (AGen, GmbHen usw.) vermögensteuerpflichtig. Das veranlagte Vermögen betrug 586,4 Mrd. DM. Davon entfielen auf persönliches Vermögen 319,6 Mrd. DM und auf Vermögen von Kapitalgesellschaften 265 Mrd. DM. Für ihr persönliches Vermögen mußten die Kapitalisten 0,7%, die Kapitalgesellschaften 1% Steuern zahlen. Wegen der Freibeträge ist das Aufkommen aus persönlichem Vermögen relativ niedriger als das der Gesellschaften. Seit 1978 gilt ein geringerer Steuersatz von 0,5% bzw. 0,7%.

Die jetzt von der Bundesregierung erwogene Regelung sieht vor: eine Senkung der Einheitswerte um 25% zur Senkung der Vermögens-, Gewerbekapital- und Erbschaftssteuer und als besondere Schmierung des „Mittelstandes“ eine Erhöhung der Freibeträge je Familienmitglied auf 150000 bis 200000 DM. Dadurch sollen den Kapitalisten 2 Mrd. DM Steuern erlassen werden. Zur weiteren Entlastung um 1,5 Mrd. DM plant die Bundesregierung: bei den Einheitswerten eine Senkung des Schachtelprivilegs auf 10%, weiter eine Erhöhung des Verlustrücktrags auf 10 Mio. DM, Wiedereinführung der 100%igen Sofortabschreibung für Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen und Verkürzung der Abschreibungsfristen für langlebige Investitionen um 20%. Endgültig will die Regierung am 29.6. entscheiden. Quellenhinweis: Handelsblatt 3.5.83, 13/14.5.83; Wirtschaft und Statistik 3/82, S. 235 ff.

Vermögensteuerpflichtige und steuerpflichtiges Vermögen 1977

natürliche Personen		
Gruppe in Mio. DM	Steuerpflichtige	Vermögen Mrd. DM
bis 0,2	140384	19,6
0,2 – 0,5	221034	81,0
0,5 – 1,0	87145	59,8
1,0 – 2,5	39905	59,4
2,5 – 5,0	9836	33,6
5,0 u. mehr	5753	76,1
Gesamt	504060	319,6

Kapitalgesellschaften		
Gruppe	Steuerpflichtige	Vermögen Mrd. DM
bis 1	100204	10,9
1 – 10	9983	31,3
10 – 200	2776	96,9
200 u. mehr	188	124,9
Gesamt	113232	264,0

Quelle: Wirtschaft und Statistik 3/82, S. 237 ff.

Steuern auf Vermögen: Die Kapitalisten wollen sie beseitigen.

stungskraft der Wirtschaft“ untergeordnet wäre.

Man mag das ein „Generalistenstück“ nennen. Tatsache ist: Über die Art und Weise, wie sie ihre Angriffe auf die lohnabhängige Bevölkerung erfolgreich vortragen will, hat die Regierung ziemlich präzise Vorstellungen. Kohl:

„13 Millionen Menschen, die Mehrheit der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik, sind in der mittelständischen Wirtschaft tätig. Sie sollen ohne bürokratische Hemmnisse arbeiten können. Wir werden alles tun, um den Mittelstand von überflüssiger Reglementierung zu entlasten.“

Na eben! Warum gehört das Nachtarbeitsverbot für Jugendliche und Frauen aufgehoben? Um dem Mittelstand zu helfen! Warum gehören die Löhne gesenkt, der Versicherungsschutz abgeschafft? Damit der Mittelstand nicht ruiniert werde! Warum gehören die Steuern der Kapitalisten abgeschafft? Damit der Mittelstand blühe!

Die Absicht ist unverkennbar: Die Regierung will das kleine und mittlere kapitalistische Eigentum für ihre Angriffe auf die Lohnabhängigen mobilisieren, will in den kleinen und mittleren Betrieben die Einbrüche im Lohnstandard, die Zerstörung des Versicherungsschutzes und die Aufhebung von Schutzrechten erzwingen, die, erst einmal gegen mehrere Millionen Lohnabhängige in diesen Betrieben durchgesetzt, dann auch in den Großbetrieben als neuer Standard Einzug halten sollen. Schon jetzt ist der gewerkschaftliche Organisationsgrad in diesen kleinen und mittleren Betrieb in der Regel geringer, die Löhne niedriger, der Arbeitsschutz schlechter und die Arbeitszeit länger als in den großen Betrieben. Und auch wenn Kohl, um auf die „13 Millionen Menschen“ zu kommen, die angeblich in solchen „mittelständischen Betrieben“ arbeiten, auf die Betriebsstättenstatistik von 1970 statt auf die Unternehmensstatistik und dort auf alle Betriebsstätten mit weniger als 100 Beschäftigten zurückgreifen mußte – ein Kunstgriff, durch den noch die Verkaufsbüros des Siemens-Konzerns zum „Mittelstand“ gerechnet werden – die Unterstützung der großen Finanzbourgeoisie für dieses Angriffs-konzept hat die Regierung schon jetzt schriftlich. Am 2. Mai führte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) parallel zu seiner diesjährigen Mitgliederversammlung eine öffentliche Veranstaltung unter dem Titel: „Schwerpunkte deutscher und europäischer Mittelstandspolitik“ durch und ließ dazu verlauten: „Durch die Verbindung mit seiner am gleichen Tag stattfindenden Mitgliederversammlung sollten gleichzeitig der hohe Stellenwert, den der BDI der Problemsitu-



Kohls neuer Regierungssprecher Boenisch, ehemaliger Chefredakteur von „Bravo“, „Bild“ und „Welt“

tion kleiner und mittlerer Unternehmen zumüßt, und die Notwendigkeit dokumentiert werden, Maßnahmen zur Verbesserung dieser Situation in den Gesamtrahmen seiner industrie-politischen Aktivitäten zu integrieren.“

Für den Fall, daß bei einem solchen „Aufschwung“ die Schönheiten kapitalistischer Plusmacherei wie Heimarbeit, Nachtarbeit für 14- und 15-

jährige Jugendliche usw. allzusehr Anstoß erregen, hat Lambsdorff in der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung gleich mit einer neuen Bekräftigung bürgerlicher „Gerechtigkeit“ vorzubauen versucht. Gerecht ist, was den Reichtum der Kapitalisten mehrt: „Kann das Streben nach mehr absoluter Gerechtigkeit nicht dazu führen, daß man nur noch den Mangel

verteilen kann ...? ... Es muß zunächst einmal produziert, erarbeitet, Sozialprodukt geschaffen werden, und dann muß verteilt werden. Ich glaube, diese letztendliche Gerechtigkeit, nämlich mehr zu geben, mehr zur Verfügung zu stellen und mehr zu erwirtschaften, das ist der eigentliche entscheidende Punkt, auf den wir uns zu bewegen müssen.“

Der FDP-Sprecher Hoppe fügte für den Fall, daß die Regierung mit diesem „Aufschwung“-Konzept dennoch scheitern sollte, seinerseits noch einen Appell an die gemeinsame staatstragende Verantwortung aller bürgerlichen Parteien hinzu: „Wir alle haben in einer schwierigen politischen Phase der Bundesrepublik Deutschland Anlaß, selbstkritisch zu sein. Es geht um die Bewährung unserer demokratischen Ordnung, um die Beweisführung, daß die Soziale Marktwirtschaft auch für Schlechtwetterzeiten taugt ... Wachsende Arbeitslosigkeit, fortschreitende Haushaltsprobleme und die Angst um die Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme können den Boden für eine politische Systemkrise bereiten.“

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag, Stenografische Protokolle der Sitzungen vom 4.5., 5.5. und 6.5.1983; BDI, Informationen und Meinungen 5/83, Köln, 15.5.83

Grün-alternative Bundestagsfraktion: Angriffe auf die Deutschlandpolitik der Regierung

Beträchtlichen Druck üben derzeit die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU, FDP und SPD auf die Fraktion der GRÜNEN aus mit dem Ziel, deren parlamentarisch-rechtsstaatliches Wohlverhalten zu erzwingen. Eine Änderung der Geschäftsordnung des Parlaments, die die GRÜNEN beantragt hatten, um an allen Ausschüssen des Bundestages gesichert teilzunehmen, lehnten die anderen Fraktionen ab. Die Aufnahme eines Abgeordneten der GRÜNEN in den Ausschuß, der die Außerkraftsetzung des Post-, Brief- und Fernmeldegeheimnisses überwachen soll, verhinderten die drei anderen Fraktionen. Nach bereits erfolgter Einigung über die Besetzung der anderen Ausschüsse fordert jetzt der CDU-Abgeordnete Wimmer den Ausschluß grün-alternativer Abgeordneter vor allem aus dem Verteidigungsausschuß. Die Reaktion der grün-alternativen Bundestagsfraktion auf diese Bemühungen ist schwankend.

Sie ist gegen die deutschlandpolitische Offensive der Unionsparteien aufgetreten und hat im Bundestag die Durchführung einer „Sondersitzung am 8. Mai 1983 aus Anlaß des 38. Jahrestages des Endes der nationalsozialistischen Herrschaft und des

Zweiten Weltkrieges“ beantragt. Diesen begrüßenswerten Antrag lehnten die anderen drei Fraktionen schroff ab, nachdem die GRÜNEN schon im Ältestenrat keine Mehrheit für ihren Antrag finden konnten, sondern dort mehrheitlich eine Sitzung des Bundestages am 17. Juni beschlossen wurde. In der Begründung der Sondersitzung zum 8. Mai wandte sich der Abgeordnete Reents für die GRÜNEN jedoch nicht schroff gegen die revanchistischen Absichten, die die westdeutsche Bourgeoisie mit ihrer Kampagne zum 17. Juni verbindet, sondern erklärte abwägend: „Man kann daraus (aus der Ablehnung, d. Red.) zumindest entnehmen, daß in den Reihen der anderen Fraktionen das öffentliche und parlamentarische Nachdenken über das Ende des Faschismus in Deutschland offensichtlich als weniger wichtig angesehen wird als das Nachdenken über die Ereignisse vom 17. Juni ...“ Worauf die CDU/CSU die Trauer über die Niederlage des deutschen Imperialismus zum Ausdruck brachte, denn der 8. Mai „markiert aber auch den Beginn der deutschen Teilung ... Das Gedenken an den 8. Mai gehört allen, jedem auf seine Weise.“ Ein Umstand, an dem die SPD nicht rütteln will, weshalb sie den Antrag ablehnte

und anbot, am „8. Mai 1985 der 40. Wiederkehr des Tages zu gedenken, an dem der totale Krieg zur totalen Niederlage führte ...“ Die FDP nützte ihre Ablehnungsbegründung sogleich zu einer neuen Drohung gegen die grün-alternative Fraktion: „Wir werden die starke Demokratie ... weiter stärken. Dazu gehört weiter die Auseinandersetzung mit Radikalen von links oder von rechts ...“

Möglich, daß solche Angriffe die grün-alternative Fraktion bewegten, auf der einen Seite die Herstellung von normalen zwischenstaatlichen Beziehungen zur DDR zu fordern, auf der anderen Seite hervorzuheben, die GRÜNEN seien Bestandteil einer „grenzüberschreitenden, systemsprengenden blockfreien Friedensbewegung“ und dies durch einen Aufmarsch der Abgeordneten General a.D. Bastian, Kelly, Potthast, Vogt und Bundesgeschäftsführer Beckmann in der DDR zu unterstreichen. Zur Anerkennung der DDR gehört unbedingt die Anerkennung ihrer Grenzen. Das Bestreben der westdeutschen Bourgeoisie ist, die Grenze zur DDR zu überschreiten. Der Angriff der grün-alternativen Bundestagsfraktion auf die deutschlandpolitischen Ziele der Bundesregierung verliert leider an Schärfe durch die Aktion dieser Abgeordneten.

Quellenhinweis: Deutscher Bundestag Plenarprotokoll 10/4, 10/5, 10/6; Handelsblatt, 10.5.83; FAZ 10. - 14.5.83

Westdeutsche Hetze gegen Libyen

„Wir lassen uns nicht erpressen“, schreibt Justizminister Engelhard (FDP) im Bild-Kommentar am 17. Mai. Gemeint ist die Volksrepublik Libyen. Sie soll nach Berichten der westdeutschen Presse seit Wochen acht Deutsche „gefangen gehalten“ haben, um zwei in der Bundesrepublik angeklagte Libyer „freizupressen“. Die Hetze stützt sich auf keinerlei Tatsachen, sondern auf Demagogie: Die Anklage gegen die zwei Libyer wurde auf Grund des Strafparagrafen 154 b eingestellt, bevor es zu einer Verurteilung kam. Ein Urteil liegt also nicht vor. Trotzdem stützt sich die Presse auf die ungeheuerliche Äußerung des Gerichts, das den Tatverdacht als „bis zur Gewissheit verdichtet“ beurteilte. Gleichzeitig konnte die übliche Manier, die deutsche „weiße Weste“ nach außen zu kehren,

im Zusammenhang mit den Verhaftungen und Abschiebungen der acht „Deutschen“ nicht eingeschlagen werden. Keinerlei inhaltliche Aussage, was die „Deutschen“ in Libyen getrieben haben, waren zu bekommen. Selbstverständlich spricht das für sie, konnte also die Verhaftung der „Deutschen“ sowieso nur Freiheitsberaubung sein, und die Aussage Libyens, sie hätten gegen die Gesetze des Landes verstößen, Agententätigkeit und staatsfeindliche Propaganda betrieben, eine infame Lüge sein. Seltsamerweise sprechen die meisten Zeitungen von acht, die anderen aber von zwölf „Deutschen“. Wieviel waren es denn nun wirklich? Soll man Justizminister Engelhard glauben, der von zwölf spricht? Als dann acht „Deutsche“ aus Libyen zurückkehrten, war weder zu erfahren, wo

die restlichen vier verblieben sind, noch äußerten sich die acht Beschuldigten zu den gemachten Vorwürfen. Schweigen. Eine Begründung dafür wurde auch geliefert: Die 3000 in Libyen lebenden „Deutschen“ dürfen nicht gefährdet werden und sollen ihrer Tätigkeit nachgehen können. Was tun sie dort? Die Bundesregierung spricht von technischer Entwicklungshilfe. 3000 „Deutsche“ im Verhältnis zu einer Bevölkerung von drei Millionen ist ungewohnt viel. Aber die „Deutschen“ müssen sich viel gefallen lassen, um an die wichtigen Ölquellen zu gelangen. Nicht daran zu denken, welches Risiko die westdeutschen Kapitalisten in diesen Monaten ertragen, weil die „Deutschen“ auf wichtige Positionen der libyschen Wirtschaft womöglich keinen Einfluß mehr nehmen können. Wäre es nicht für alle Beteiligten das beste, die „Deutschen“ verließen Libyen?

Solidarität mit den politischen Gefangenen

Am 7.5.83 haben türkische, türkisch-kurdische und westdeutsche Organisationen beschlossen, eine Kampagne zur „Solidarität mit den politischen Gefangenen in der Türkei“ im Juni durchzuführen. Höhepunkt der Kampagne werden Demonstrationen am 11. Juni in acht Städten der Bundesrepublik sein: Hamburg, Berlin, Köln, Frankfurt, Hannover, Nürnberg, Stuttgart und München. Die Kampagne jetzt durchzuführen ist wichtig, weil bald mehrere Massenprozesse in der Türkei zu Ende gehen und die Lage der Gefangenen immer unerträglicher wird. Folgenden Aufruf haben die Organisationen beschlossen: 1. Solidarität mit allen fortschrittlichen, revolutionären und demokratischen Kräften, die in dem revolutionären und demokratischen Kampf der Arbeiterklasse und der Völker der Türkei und Türkei-Kurdistan gegen die faschistische Militärdiktatur und für die Errichtung der demokratischen Volksregierung verhaftet, mit Todesstrafe bedroht, gefoltert und verurteilt worden sind. 2. Aktiver Widerstand gegen die „Verfassung“, der zuzustimmen das Volk durch die konservative Militärregierung gezwungen wurde, gegen die Ordnung, die

die Junta durch Parteien-, Wahl- und Gewerkschaftsgesetze zu legitimieren versucht und gegen die damit parallel durchgeführte Unterdrückung, die Massaker und insbesondere die Hinrichtungen. 3. Widerstand gegen die Massenvernichtung, die Massenverhaftungen, sowie den Zwang zur Auswanderung, denen die kurdische Nation in ihrem Kampf für ihr Selbstbestimmungsrecht ausgesetzt ist, und gegen jede Unterdrückungspolitik gegen andere Minderheiten. 4. Widerstand gegen die Auslieferung von Revolutionären, Demokraten und Patrioten an die Türkei. Der Aufruf wird unterstützt von Birkom, Kurtulus, Birlik Yolu, PKK, Komkar, Gercer, Fidef, Iscinin Sesi, Kawa, Proleter Dayanasma, Partizan, Türkei-Komitees, GIM, BWK, Amnesty International Köln.

Ein Kredit zur „Bündnistreue“

„Bei der Bewilligung des Kredits seien die Zehn davon ausgängen, daß Frankreich sein Haushaltsdefizit 1983/84 auf drei Prozent des Bruttosozialprodukts reduziert, den Geldmengenzuwachs in seinem Land abbremst und die Devisenbeschränkungen für seine Bürger spätestens zum 1. Januar wieder aufhebt.“ Diese

kurzen Ausführungen im „Handelsblatt“ waren das einzige, was man in der westdeutschen Presse über die mit dem 9 Mrd. DM-Kredit der EG an die französische Zentralbank verknüpften Auflagen erfahren konnte. Fest steht: die französische Regierung hat Auflagen hinnehmen müssen, weil insbesondere die westdeutschen Imperialisten, die 1982 für 17 Mrd. DM mehr Waren nach Frankreich exportierten als importierten, die französische Zentralbank in eine akute Devisenklemme gebracht haben. Und sie hat diese Auflagen insbesondere von den westdeutschen Imperialisten als den größten Kreditgebern hinnehmen müssen. Welche Auflagen genau gemacht wurden, konnte man, wenn auch indirekt, ebenfalls dem „Handelsblatt“ entnehmen: Die französische Regierung würde „mit allen schmerzhaften Konsequenzen an den Pranger gestellt werden“, sollte sie westdeutsche Exporte nach Frankreich zu behindern versuchen, hieß es da. So weit soll es freilich möglichst nicht kommen. Die „FAZ“ schreibt: „Von überragendem Interesse ist für Kohl, daß er die vorbehaltlose Unterstützung Mitterands in der Sicherheitspolitik hat.“ Dafür sei man eben notfalls auch zu „deutschen Gegenleistungen“ bereit.

Hitler gefälscht Nannen authentisch

Da werden noch Jahre vergehen, bis die aufgerührte Brühe des „Stern“-Skandal sich gesetzt hat und sichtbar wird, was im Einzelnen vorgefallen war. Vorläufiges Ergebnis ist die Betrauung von zwei Stock-Konservativen mit der Chefredaktion des Stern. Am Anfang stand der Versuch einer breit angelegten Retusche des Geschichtsbildes über den deutschen Faschismus. Das würde sich schon zusammenfügen, bloß daß einige Retuscheure darüber um ihren Posten kämen, will nicht dazupassen. Aber beim Stern gab es in dieser Sache nicht nur Wechsel, sondern auch Kontinuität. Und so steht am Anfang ein Coup in Sachen Faschismus-Retuschen und am vorläufigen Ende zwei Disziplinarvögte wider die „Stern“-Redaktion und über dem ganzen stehe Herausgeber und Verleger. Die Tagebücher waren also eine Fälschung? Nicht nur. Es gehört zum Handwerk des Betrügers, dem Betrogenen den eigenen Wunschtraum als Realität zu verkaufen. Diese Tagebücher erschienen, weil in ihnen geschrieben stand, was die prüfenden Journalisten von der Sache hören wollten. Also sind die Dinger als Hitler-Tagebücher gefälscht, als Nannen-Spiegel aber sehr authentisch und über das Geschichtsbild dieser Führungspersönlichkeit weiß man jetzt genaues. Hitler ist die Bewegung ins terroristische entglitten. Die Reichskristallnacht war so nicht geplant und für die okkupierten Polen war gute Behandlung vorgesehen. Bei Dünkirchen hat man die Briten entkommen lassen, um einen Frieden zu kriegen. Aber Un dank ist ja der Welt Lohn ... Das Gedankengut ist nicht frisch. Solches schwebt über Stammtischen von Hiag-Angehörigen und war ideologischer Inhalt der berühmten Landser-Heftchen. Wieso protestierte dann die konservative Presse so heftig? Ein Trick schwindel, der bekannt geworden ist, funktioniert nicht mehr so gut. Wenn erst mal vielen klar ist, daß bedeutende Meinungsbildner dabei sind, den Tatsachenhintergrund des deutschen Faschismus zu übermalen, könnten auch feinere Geispinte einer Zerreißprobe unterworfen werden. Und eine breite Diskussion über die Rolle der deutschen Bourgeoisie im Faschismus, das könnte ins Auge gehen.

Lohnbewegung öffentlicher Dienst

Ein Abschluß mit 110 DM für alle könnte der Regierung Steine in den Weg legen

Die Schlichtungsverhandlungen für den Öffentlichen Dienst werden am 19. Mai an einem geheimen Ort aufgenommen. Zum stimmberechtigten Vorsitzenden der Schiedsstelle im Schlichtungsverfahren wurde der ehemalige baden-württembergische Innenminister Walter Krause (SPD) bestimmt, ihm zur Seite sitzt der frühere Bundesinnenminister Höcherl (CSU). Ex-Innenminister Krause hat seine politische Karriere mit dem Verbot des Heidelberger SDS und der Vorbereitung des Schieß- bzw. Radikalenerlasses gekrönt. Er verspricht somit der richtige Mann für den Dienstherrn zu sein.

Wichtig scheint doch, nochmals daran zu erinnern, daß entgegen verschiedenen Pressemeldungen die Lohnverhandlungen am 10. Mai gescheitert sind, weil Innenminister Zimmermann *kein* neues bzw. verbessertes Angebot vorgelegt hat. Die vermeintlichen 2,3% wurden nie als Angebot unterbreitet und das 2%-Lohnangebot ab dem 1. Juli von Zimmermann war an die Bedingung geknüpft, die Zusatzversorgung zu kürzen. Ein Sprecher der Bundesregierung ließ auch während der Schlichtung vermelden, daß auf eine Regelung bezüglich der Zusatzversorgung im Schlichtungsspruch überhaupt nicht verzichtet werden kann.

Es spricht überhaupt nichts dafür, daß ein annehmbarer Schlichtungsspruch für die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes herauskommt, betrachtet man die offene Ankündigung von Finanzminister Stoltenberg, die

Beamtenbesoldung solle für 2 Jahre, 1984 und 1985, ausgesetzt werden.

Die Regierung fühlt sich also stark genug, mitten in die Lohnverhandlungen der ÖTV hinein weitere Lohnsenkungen für die Beamten beschlußreif vorzubereiten; und daß dies als Absichtserklärung der Regierung zu verstehen ist für alle Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, müßte jedem klar sein nach dem bisherigen Verlauf der Lohnverhandlungen. Das heißt also: es darf kein Schlichtungsspruch angenommen werden, der der diesjährigen Beamtenbesoldung naheliegt, und es wäre ein Ergebnis anzustreben, das allen eine Lohnerhöhung von mindestens 110 DM zusichert, ohne daß Zuständigkeiten in der Zusatzversorgung gemacht werden.

110 DM Lohnerhöhung mindestens für alle unterm Strich würde noch über dem Metallabschluß liegen. Daß die Durchsetzung von solch einer Forderung möglich ist, haben die kurzen Warnstreiks gezeigt. Die Bourgeoisie war sichtlich von dem Ausmaß der Streiks betroffen, die bürgerliche Presse meldete besorgt auch Warnstreiks beim Bundeskriminalamt, dem Statistischen Bundesamt und bei den Beschäftigten im Flugverkehr mit Westberlin.

Die Beweggründe für die Teilnahme an den Warnstreiks mögen sehr unterschiedlich gewesen sein. Bestimmt hat dabei auch die Absicht mitgespielt, der Druckwelle der Bourgeoisie gegen die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes mit Rationalisierung, maßloser

Schikane und Unterdrückung an diesem Punkt endlich mal was Spürbares entgegensetzen zu können.

Da im Koalitionsprogramm zwischen CDU und CSU und der FDP die Personalausgaben für den Öffentlichen Dienst als Hauptkürzungsbereich festgelegt sind, ist zu erwarten, daß noch lange nicht alle Maßnahmen gegen die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst bekannt sind; über den Bundeshaushalt wird mehr zu erfahren sein, der liegt aber noch nicht öffentlich vor. Die Lohnverhandlungen mit der ÖTV vor der Offenlegung des Haushaltes abzuschließen, käme der Regierung natürlich gelegen. Wiederum könnte die ÖTV mit einem annehmbaren Lohnabschluß das Konzept der Regierung für den Haushalt empfindlich stören und diejenigen Kräfte stärken, die gegen den Kriegshaushalt Widerstand anmelden.

Türkei

Parlamentswahlen für November angekündigt

Wahrscheinlich am 16. November 1983 werden in der Türkei die Parlamentswahlen durchgeführt. Bis zum 16.5.83 müssen die neuen Parteien dem Nationalen Sicherheitsrat (NSR) ihre Gründungsmitglieder mitteilen. Unerwünschte Gründungsmitglieder werden gestrichen und neue von ihm ernannt. Nach einer Verordnung, die gleichzeitig mit dem Parteiengesetz erlassen worden ist, dürfen die neuen Parteien in keiner Weise gegen den Militärputsch vom 12. September 1980 auftreten. Weiter ist den Parteien verboten, Beschlüsse, Mitteilungen und Maßnahmen des Nationalen Sicherheitsrats, die Äußerungen des Staatspräsidenten bei den Reisen im Inland oder die Verbote, die die Kriegsrechtskommandanten erlassen haben oder erlassen werden, zu diskutieren oder anzugreifen.

Das neuerlassene Parteiengesetz hat als wesentliche Punkte: Die Einführung der 10%-Klausel statt der bisherigen 5%-Klausel. Die Parteien müssen in 34 (eine mehr als die Hälfte) Provinzen der Türkei und Kurdistans organisiert sein, damit sie zugelassen werden. Parteigliederungen unterhalb der Kreisebene sind verboten. Die Parteien dürfen keine Frauen- und Jugendorganisationen haben. Schon die Verfassung vom November 1982 verbot die Zusammenarbeit von Parteien mit Vereinen und Gewerkschaften. Alle diese Bestimmungen sollen verhindern, daß ein Parteibildungsprozess der Volksmassen, den es vor dem Militärputsch



Hunderttausende Arbeiter, Angestellte und Beamte beteiligten sich an den Warnstreiks im öffentlichen Dienst

gegeben hat, wieder aufgenommen wird.

Schon in der Verfassung von 1982 hat die Militärjunta keinen Zweifel darüber gelassen, welche Parteien sie verbietet, nämlich Parteien, die die Verteidigung und Errichtung der Diktatur einer Klasse zum Ziel haben. Um die Kontrolle über die Parteien vollständig durchzusetzen, war in der Verfassung festgelegt worden, daß die Oberstaatsanwaltschaft die Aufgabe hat, die Beschlüsse, Satzungen und Tätigkeiten der Parteien vor und nach ihrer Gründung zu überprüfen. Das Verbot einer Partei erfolgt auf Anklage

des Oberstaatsanwaltes durch das Verfassungsgericht.

Die verfassungs- und gesetzmäßige Konstruktion der Parteiengesetzgebung zielt also darauf ab, jede demokratische und revolutionäre Parteibildung der Volksmassen zu unterdrücken. Ein „freiheitlich-demokratisches“ Parteispektrum, das der Bourgeoisie und den Imperialisten erlaubt, ihre Interessen durchzusetzen, soll sich dagegen unter Aufsicht der Militärs sicher tummeln dürfen.

Quellenhinweis: Verfassung von 1982; Verfassung von 1961, zuletzt geändert 1974; türkei infodienst Nr. 55 vom 9.5.83; FAZ 2.5.83.

in Gaststätten ab 6 Uhr arbeiten können, in Bäckereien gar ab 4 Uhr in der Frühe. Unter dem Vorwand, Mädchen in gewerblich-technischen Berufen unterzubringen, soll die Arbeitsstättenverordnung so geändert werden, daß Sanitäranlagen nicht mehr nach Geschlechtern getrennt werden müssen. Der Vorstand der IG Metall und der Bundesvorstand des DGB werden aufgefordert, „in der Öffentlichkeit darauf hinzuwirken, daß dieser Vorschlag von Herrn Blüm offiziell zurückgezogen wird“. Blüm bekam seine Grußadresse postwendend zurückgeschickt. Er hatte sich erdreistet, die Jugendvertreter aufzufordern, ihre Betriebsräte anzuspitzen, damit sie beim Arbeitgeber wegen Vermehrung der Ausbildungsstellen vorstellig würden.

Zur wirklichen Verbesserung der Ausbildung wurde gefordert, daß Ausbildungsinhalte berücksichtigt werden sollen, „die aus unserer gewerkschaftlichen Sicht für eine spätere Tätigkeit, z.B. an NC- oder CNC-gesteuerter Maschinen sowie an CAD-Systemen ... erforderlich sind“. Kritisiert wurde die Absicht Stingls, die Berufsberatungsstatistik nur noch halbjährlich zu veröffentlichen, und gefordert, daß „künftig alle Statistiken der Arbeitsämter ... monatlich zu veröffentlichen sind, um das wahre Ausmaß der Arbeitslosigkeit (Jugendarbeitslosigkeit) darzustellen“.

Beschlossen wurde eine Richtlinie für die Lohntarifverhandlungen. Der Kampf soll für eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen um den Betrag geführt werden, der der Anhebung der untersten Lohngruppe der Erwachsenen in DM entspricht. Damit soll die weitere Lohndrückerei in der Ausbildung und ein weiteres Auseinanderklaffen der Lohnskala nach unten verhindert werden. In dem beschlossenen Initiativantrag Nr. 4 wird Unzufriedenheit mit der diesbezüglichen Politik der IGM-Führung bei den letzten Lohnabschlüssen geäußert.

IGM-Jugendkonferenz

Beschlüsse gegen Kapitalisten und Regierungspläne zur vermehrten Ausbeutung

Die IG Metall-Jugend hielt in Böblingen vom 12. bis 14. Mai ihre 13. Jugendkonferenz ab. Das Antragsmaterial weist aus, daß ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit gesehen wird in der Befassung mit dem Problem der Jugendarbeitslosigkeit und den Bemühungen, eine Form zu finden, wie arbeitslose Jugendliche in die gewerkschaftliche Information und Arbeit und in die Vertretung durch gewerkschaftliche Körperschaften einbezogen werden können. Verlangt wurde eine entsprechende Änderung der Satzung.

Angenommen wurde eine längere Entschließung zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die vom Jugendausschuß vorgelegt worden war. Sie greift die Expansionspolitik der Kapitalisten an sowie deren Methode, durch Rationalisierung die Arbeitslosigkeit zu verschärfen und die Lage der abhängig Beschäftigten durch zusätzliche Lasten bei den Steuern zu verschlechtern. Zwar wird das Bestreben der neuen Bundesregierung, die erkämpften Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen anzugreifen, kritisiert; gefordert werden dagegen jedoch u.a. Sicherung und Erhöhung der Realeinkommen zwecks Erhöhung der Kaufkraft und die Einführung der 35-Stunden-Woche, die zur „gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit“ führen soll. Durch beide Begründungen wird die illusorische Vorstellung gefördert, die Arbeit stelle den „Besitz“ der Lohnabhängigen dar.

In einer Reihe von Initiativ- und Ergänzungsanträgen kam zum Ausdruck, daß die Jugend der IG Metall nicht gewillt ist, die Angriffe der CDU/CSU-Regierung auf die Arbeits- und Lebensbedingungen hinzunehmen. Sie wandte sich gegen die Pläne, „einen Kahlschlag bei allen Gesetzen und Verordnungen zum Schutz der jungen Arbeitnehmer durchzuführen“. In die-

sem Zusammenhang wandte sie sich gegen die Novellierung des Schwerbehindertengesetzes, gegen die Öffnung der Arbeitszeitordnung für Schicht- und Nacharbeit von Frauen, gegen neue Ausbildungsgänge, die die Qualität der Ausbildung verschlechtern, z.B. zweijährige Ausbildungsberufe für „praktisch begabte“ Jugendliche, gegen die Anpassung der Berufsschulzeiten an „betriebliche Erfordernisse“, vor allem bei Handwerksbetrieben. In einem besonderen Initiativantrag wandte sich die Konferenz gegen den von Bundesarbeitsminister Blüm erst kürzlich, am 3. Mai 1983, vorgelegten „Entwurf einer Verordnung zur Verbesserung der Ausbildung Jugendlicher“, in der die langgehegten Pläne der Kapitalisten zur Beseitigung „ausbildungshemmender Vorschriften“ zusammengeführt werden. Vorschriften des Jugendarbeitsschutzes, durch die die Nacharbeit eingegrenzt wird, sollen aufgehoben werden. Danach sollen Auszubildende in Krankenanstalten, im Fleischerhandwerk, in mehrschichtigen Betrieben der Metallindustrie und



Ausnahme: Lehrwerkstatt im metallverarbeitenden Handwerk

Die Ergänzungen zum beschlossenen Leitantrag „Tarifpolitik“, der vom Jugendausschuß eingebrochen worden war, spiegeln das Bestreben, den bekannt gewordenen Gemeinheiten der Kapitalisten durch bindende Regelungen entgegenzuwirken. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit soll nicht nur geschehen „bei gleichzeitig definierten Arbeitsbedingungen und vollem Lohnausgleich“, sondern „bei gleichzeitig tariflicher Regelung der Arbeits- und Leistungsbedingungen und bei vollem Lohnausgleich“. Die Forderung nach Verbot der Akkordarbeit für Auszubildende wurde wie folgt präzisiert: „Verbot von Akkordarbeit und sonstigen Arbeiten, bei denen durch ein gesteigertes Arbeitstempo ein höheres Entgelt erzielt werden kann und Verbot der Mitarbeit von Auszubildenden in einer Arbeitsgruppe, die mit oben beschriebenen Arbeiten beschäftigt werden.“ Nicht kritisiert wurde der auch in diesem Antrag angelegte Versuch, die Gewerkschaftsjugend zugleich mit der Verteidigung des Koalitionsrechtes auf die herrschenden Verhältnisse festzulegen: „Die Tarifautonomie ist ein Kernstück demokratischer Grundrechte. Angriffe auf die Tarifautonomie sind zugleich Angriffe auf unsere Demokratie.“

Durch den beschlossenen Initiativ-antrag Nr. 10 hat sich die Metalljugend darauf verpflichtet, den Aufruf der 3. Aktionskonferenz der Friedensbewe-gung „Es ist an der Zeit: Sagt nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land!“ zu unterstützen. In diesem Rahmen will sie auch an der Aktions-woche im Oktober des Jahres teilnehmen und speziell am 19. Oktober, der zum „Widerstandstag der Arbeiter, Betriebe, Landwirtschaft und sozialen Einrichtungen“ erklärt wurde, auf Jugend- bzw. Ausbildungsversammlun-gen diskutieren. Unterstützt werden Aktionen mit dem Ziel, Lehrwerkstätten zu atomwaffenfreien Zonen zu erklären. Nicht befaßt und damit abgelehnt wurde ein Antrag, einen „Volksentscheid über die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen in der BRD“ zu fordern. Es mag ein Vorteil sein, daß die Metalljugend sich nicht hat darauf festlegen lassen, die „amerikanische“ Herkunft der Raketen besonders hervorzuheben bei gleichzeitigem Verzicht darauf, die Bundesregierung wegen ihres heftigen Wunsches, eben diese Raketen für ihre eigene Aggressionspolitik zur Verfü-gung zu haben, anzugreifen.

Insgesamt ist festzutellen, daß die Entscheidung darüber, welche Aktivitäten bis zum Herbst die meiste Kraft der Jugendlichen erfordern, mit den Beschlüssen nicht geklärt ist. Ein ge-wisser Widerspruch besteht z.B. darin, daß der Antrag des Ortsjugendaus-schusses München auf eine „Zentrale

Aktionswoche zur momentanen Lage der Jugend“, die sich mit Jugendarbeitsschutz, Jugend- und -ausbildungsvertretung sowie beruflicher Bildung befassen soll, zwar beschlossen wurde, mit einem ebenfalls beschlossenen Initiativantrag aber schon entwertet wurde. Dort wird die zeitliche Verschiebung der Jugendaktionswoche gefordert mit der Begründung, daß „die vorhandenen Kräfte gespalten“ werden könnten, die ganze Kraft aber gegen die Stationierung der Raketen eingesetzt werden müsste.

Quellenhinweis: Bericht, Anträge und Reden zur 13. Jugendkonferenz der IG Metall

VVN-Bundeskongress Neues Aktionspro-gramm verabschiedet

Vom 13. bis 15. Mai hat in Hamburg der Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten (VVN) stattgefunden. Die 350 Delegierten haben ein neues Orientierungs- und Aktionsprogramm verabschiedet. Ein Schwerpunkt dieses Programms ist der Kampf gegen die Stationierung der Mittelstreckenraketen und die Unterstützung des Krefelder Appells. Das Programm enthält im Unterschied zum bisherigen deutlichere Stellungnahmen und Forderungen gegen die Kriegsziele des westdeutschen Imperialismus und deren Propaganda durch die Bourgeoisie. Gegen die von CDU/CSU und Regierung offen erhobenen Revisionsforderung verlangt die VVN Anerkennung der Grenzen der DDR, Polens und der Sowjetunion. Weiter wird die Rücknahme des sogenannten „Totalitarismus-Erlaßes“ der Kultusministerkonferenz von 1962, der von den Lehrern die Gleichsetzung von Sozialismus und Faschismus verlangt, und die Aufhebung der „Richtlinien zur Behandlung der Deutschen Frage im Unterricht“, wonach die Lehrer Deutschland in den Grenzen von 1937 behandeln und darstellen müssen, gefordert.

Ausdrücklich wird von der Bundesregierung die Einstellung jeglicher Hilfe für das reaktionäre Militärregime in der Türkei und das Verbot der „Grauen Wölfe“ verlangt.

Die VVN/BdA wendet sich gegen die Aushöhlung des Asylrechts und verlangt Aufnahme und das Recht auf freie politische Betätigung für Asylsuchende, die gegen faschistische und reaktionäre Regimes kämpfen.

In dem Programm weist die VVN/BdA auf das Zusammenwirken zwischen konservativer Reaktion und faschistischen Gruppen hin. Dabei wird als Aufgabe der Kampf gegen die Einschränkung demokratischer Rechte,

Berufsverbote und gegen die Aushöhlung der Rechte der Arbeiter und Gewerkschaften genannt. Gegen die Föderation faschistischer Bewegungen durch die Reaktion werden eine ganze Reihe von Forderungen aufgeführt, darunter das Verbot der NPD, der Deutschen Volksunion und anderer faschistischer Organisationen, weiter die Strafverfolgung besonders der Richter und Staatsanwälte am Volksgerichts-



Demonstration gegen den Freispruch des ehemaligen Volksgerichtshofrichters Rehse 1968. 1962 hatte die VVN ein Verbot durch die Bundesregierung zurückgeschlagen.

hof und die Entfernung von Faschisten aus dem öffentlichen Dienst.

In einer gesonderten Resolution gegen das an Pfingsten in Bad Hersfeld geplante Treffen ehemaliger Angehöriger der SS-Leibstandarte Adolf Hitler und der Division Hitler Jugend, fordert die VVN/BdA die „Auflösung der SS-Verbände und das Verbot der „Nationalen Aktivisten“, die sich die SS zum Vorbild nehmen“.

Quellenhinweis: Die Tat, 3.12.1982; UZ, 13.5. u. 16.5. 1983; Argumentation, Information, Dokumentation Nr. 3, hrsg. V. Präsidium der VVN-Bund der Antifaschisten, 1982

Justiz OLG Stuttgart gründet „legale RAF“

Vier Jahre und neun Monate Haft wegen Unterstützung und Mitgliedschaft in der „terroristischen Vereinigung“ RAF verhängte der 5. Strafseminat beim Oberlandesgericht Stuttgart am 2.5.83 gegen die 28jährige Helga Roos, neun Monate mehr, als die Bundesanwaltschaft gefordert hatte.

Am 16.10.1981 war Helga Roos in ihrer Wohnung in Frankfurt verhaftet worden; ihre Festnahme feierte die Bundesanwaltschaft als ersten großen Fahndungserfolg im „Fall Kroesen“. Helga Roos habe die Attentäter auf

den amerikanischen General Kroesen durch Kauf eines Zeltes und einiger Kakaoflaschen unterstützt. Wenn gleich der Senat nun erklären mußte, das sei nicht zu beweisen, reichte es gleichwohl für die Verurteilung wegen Mitgliedschaft in der RAF.

Seit 2 Jahren versucht die Bundesanwaltschaft das Konstrukt einer „legalen RAF“ zu einer von den Gerichten anerkannten Tatsache zu machen. „Legale RAF“, das sind nach Auffassung der westdeutschen Staatsschutzböhrden die in der Legalität operierenden Mitglieder der RAF, also all die, die in „das Organisationsgefüge der RAF fest eingebunden“ sind. Im Prozeß gegen Helga Roos ist es der Bundesanwaltschaft nunmehr zum ersten Mal gelungen, dieses Konstrukt von einem Staatsschutzenat abzegnen zu lassen. Damit sind die Tore weit geöffnet, all jene mit dem Hammer der Mitgliedschaft in einer terroristischen Organisation abzuurteilen, die nach Auffassung der Bundesanwaltschaft die RAF unterstützen, z.B. in ihrem Kampf gegen die Isolationshaft. Welche „Beweise“ waren für die Aburteilung wegen Mitgliedschaft notwendig? Das Gericht stützte sich in erster Linie auf das bei der Festnahme sichergestellte Notizbuch von Helga Roos, weil dies eine Serie nicht entschlüsselbarer Notizen enthalten habe sowie Abkürzungen, wie sie „völlig gleichartig von RAF-Mitgliedern“ gebraucht worden seien.

Aus diesen Notizen schloß das Gericht, daß Helga Roos vor ihrer Festnahme häufig Treffs mit Illegalen der RAF gehabt sowie deren Depots versorgt habe. Dazu komme dann die Tätigkeit von Helga Roos als Sprachrohr der RAF in der Öffentlichkeit, vor allem in der Propagierung der „Einheit im antiimperialistischen Kampf“. Der selbe Senat hatte im Dezember 1982 über einige Anhänger der „Deutschen Aktionsgruppen“ des Manfred Roeder zu richten. Die Faschisten wurden u.a. der Sprengstoffbeschaffung und des Bombenbaus überführt, teils der Transporte der Bombenleger zum Tatort. Nachweisbar bestand ein engster Kontakt zu den Bombenlegern Roeder, Golditz, Hörnle und Vorderbrügge. Das Urteil lautete auf Haftstrafen zwischen 10 und 21 Monaten, die alle zur Bewährung ausgesetzt wurden.

Generalbundesanwalt Rebmann erklärte auf seiner „Halbjahreskonferenz“, daß „der Schwerpunkt der künftigen Fahndung im Bereich des so genannten legalen Linksterrorismus“ liege (NDR II, 7.12.82). Was darunter zu verstehen sei, definiert Bundesrichter Gollwitzer so: „Der Inhalt des Schreibens weist den Absender als einen Anhänger „anti-imperialistischer“ – sprich terroristischer – Bestrebungen aus.“

Bischofskonferenz

Der „Geist der Liebe“ als Mantel für imperialistische Kriegsvorbereitungen

Das „Wort der Deutschen Bischofskonferenz zum Frieden“ ist mit fast hundert Broschürenseiten ziemlich lang ausgefallen. Die Broschüre ist mehr als eine Stellungnahme, sie ist ein Propagandaleitfaden für das Kirchenvolk, vornehmlich das gebildete. Die katholische Kirche begründet mit ihrer Stellungnahme einen politischen Führungsanspruch so deutlich wie lange nicht mehr. Wenn auch in den verschiedenen Ländern die politischen Akzente unterschiedlich gesetzt sind, so ist doch ein Gesamtkonzept erkennbar. Für interessant halten wir zunächst, welche politischen Ansatzpunkte die Kirche sieht und welche nächsten Zwecke die Bischöfe verfolgen. Vielen mag als glatter Pluspunkt gegen die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Bourgeoisie erscheinen, daß die katholische Kirche den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln wie etwa Nuklearwaffen als unmoralisch verwirft, wie dies z.B. die US-amerikanische Bischofskonferenz getan hat, vielen auch, daß die Kirche

pansive Machtpolitik, Ausweitung der eigenen politischen Einflußsphäre, wirtschaftliche Interessen, Angst privilegierter Gruppen vor Machtverlust, Feindbilder und Vorurteile. Für den Ost-West-Konflikt liegt eine Hauptursache in der Spannung zwischen dem ideologischen Anspruch des kommunistischen Systems, der auf Klassenkampf und Weltrevolution gerichtet ist, und den Menschenbildern, die im Gegensatz dazu eine freiheitliche Rechts- und Sozialordnung als Grundlage menschlichen Zusammenlebens fordern.“

Die geschwätzige Behauptung manigfaltiger Formen des Unfriedens verdeckt auf den ersten Blick die Vorsicht, mit der die Bischöfe eine Bestimmung des *Inhaltes* des von ihnen so genannten Unfriedens gezielt vermeiden. Durch diesen Kunstgriff verlegen sie der naheliegenden und massenhaften Abscheu vor dem imperialistischen Krieg die politische Perspektive des Kampfes gegen den Imperialismus und schaffen eine andere Aufgabe: nämlich



Mit dem „Geist der Liebe“ bestens vereinbar: Konventionelle Waffen für ...

dem Massenprotest gegen die Kriegsvorbereitung eine Berechtigung nicht abspricht. Aber im politischen Handel mit Massenbewegungen hat die Kirche eine Position zu wahren. Wie sonst schon oft interessiert sie sich für die Verschleierung der tatsächlichen Gründe solcher Bewegungen. Die Bischöfe über „Ursachen des Unfriedens“:

„Die manigfaltigen Formen des Unfriedens in unserer Welt lassen sich nicht auf eine einzige Ursache zurückführen. Vieles wirkt zusammen: unterschiedliche Auffassungen über allgemeinverbindliche ethische Normen, ex-

der bloßen Kritik der in solchen Konflikten zu verwendenden Mittel. Zur Verdeutlichung die Fortsetzung des oben angeführten Zitates:

„In dieser Lage genügen einfache Formeln nicht, um zu erklären, was Frieden in der Welt heute bedeutet und erfordert. Er wird bei uns häufig als ein Prozeß verstanden, der auf abnehmende Gewalt und zunehmende Gerechtigkeit zielt. Die Förderung und Sicherung des Friedens gehören in dieser Hinsicht eng zusammen. Es gilt, die eigene Lebensordnung zu bewahren und weiterzuentwickeln. Es gilt, mehr in-

ternationale soziale Gerechtigkeit herzustellen. Es gilt, wirksame Wege zu finden, die kriegerische Gewaltanwendung ausschließen.“

Die Sicherung des Friedens ist hier als Bedingung für die Bewahrung der eigenen Lebensordnung gesetzt, die Bewahrung der eigenen Lebensordnung als Bedingung für deren Weiterentwicklung. Der Zugang zu der Einsicht, daß gerade die Weiterentwicklung einer imperialistischen Lebensordnung zum Kriege führt und die Sicherung des Friedens einer solchen Lebensordnung geradewegs mit der Vorbereitung der ihr eigentümlichen Kriegsaktionen zusammenfällt, ist auf diese Weise wirksam verschlossen. Bleibt zu fragen, welche Wege danach offen bleiben zum Ziel, „kriegerische Gewaltanwendung auszuschließen“, ein Ziel, das für jeden imperialistischen Räuber überaus akzeptabel ist, denn nicht der Krieg macht ihnen Spaß, sondern der Sieg, genauer die Beute, die gewaltlos zu erlangen vornehmstes Ziel ihrer Diplomatie schon stets gewesen ist.

„Die Diskussion über den rechten Weg zu diesen Zielen führt selbst wieder zu Spannungen und Konflikten. Gegen Angst und Ungeduld braucht es den Geist der Kraft, der die Wirklichkeit sieht, annimmt und durchsteht. Gegen die Ausflucht in Wunschträume oder blinde Gewalttätigkeit braucht es den Geist der Besonnenheit, der die Mühe der kleinen Schritte nicht scheut. Gegen Egoismus und Fanatismus braucht es den Geist der Liebe, der die Würde, die Freiheit und das Recht eines jeden Menschen achtet und den Nächsten gegen Entwürdigung, Unfreiheit und Unrecht schützt. Von allen ist die Bereitschaft zum Dialog gefordert, ohne die Friedensarbeit und Friedenspolitik nicht zu denken.“

Da das Friedensziel klassenüberspannend formuliert war, muß jetzt der Kampf gegen die laufenden Kriegsvorbereitungen als Streit um den richtigen Weg zum Frieden erscheinen. Und da heißt es dann, Partei ergreifen: gegen Angst und Ungeduld, gegen Ausflucht in Wunschträume oder blinde Gewalttätigkeit, gegen Egoismus und Fanatismus! – Hiergegen hat der Christenmensch seine moralischen Qualitäten zu entwickeln und nicht etwa gegen den Bereicherungstrieb, die Raubgier, die uferlose Herrschaftsucht, die politische Ergebnis der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen sind. Von Interesse ist die Charakterisierung des „Geistes der Liebe“, der dem Frieden dann doch die Bahn brechen soll. Der Geist der Liebe verlangt nämlich in der verwendeten Formulierung nach Gewalt, Gewalt, Uniform, Waffen: um den Nächsten zu schützen. Dieser Geist der Liebe verkörpert sich gegenwärtig z.B. in Helmut Kohl und denen, die ihm nahe stehen, weil er ihre Frei-

heit schützt und auf ihre Entfaltung bedacht ist.

Und dies bleibt dann auch das Grundmotiv, das die weitere Darlegung bestimmt, die in weitem geschichtlichen Bogen von den antiken Anfängen der Kirchengeschichte bis zur Aktualität vordringt und die Theorie vom „gerechten Krieg“ reflektiert:

„Vor allem Pius der XII. hat die Theorie vom ‚gerechten Krieg‘ in ihrer theologisch-kirchlichen Erscheinungsform lehramtlich aufgenommen und weiterentwickelt. Sie ist der Angel-



... den imperialistischen Krieg

punkt seiner Friedensethik. Der Krieg muß Gegenstand der sittlichen Beurteilung bleiben. Er ist in der Gegenwart als Mittel zur Lösung zwischenstaatlicher Streitfragen überholt. Der Papst verlangt eine völkerrechtliche Ächtung des Angriffskrieges und eine über nationale Friedensorganisation. Der ‚gerechte Grund‘ für einen Krieg wird konzentriert auf den Fall der Verteidigung von grundlegenden Rechtsgütern, sofern sie unmittelbar bedroht werden. Die bisherige Lehre wird also erheblich eingeschränkt und abgewandelt. Angesichts der neuzeitlichen Wirkungsgeschichte der säkularen Theorien des ‚gerechten Krieges‘ mit ihren vielen problematischen Ausformungen empfiehlt es sich, folgerichtig eher von ‚gerechter Verteidigung‘ zu sprechen.“

Die Berechtigung einer Gewaltanwendung ist damit systematisch an ein konservatives Motiv gebunden, denn es ist der Bürgerkrieg selbstverständlich in der Darlegung inbegriffen. Der herrschenden Klasse ist damit das Recht zur Verteidigung ihrer Herrschaft zugesprochen, der Beendigung eines Krieges durch Aufstand aber nicht.

Gerade weil diese Art von Kriegskritik die konkreten Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Staaten in den Mantel der Nächstenliebe hüllt und ganz zwanglos ermöglicht, eine Ag-

gression ganz klar als Verteidigung von grundlegenden Rechtsgütern abzuwickeln, stellt sich die Frage der dabei zulässigen Mittel deutlich, muß die Kirche sich in Bezug darauf äußern, wollte sie nicht mit ihrem Einfluß auf Millionenmassen spielen.

Deswegen die verhältnismäßig deutliche Stellungnahme gegen den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln, z.B.:

„Es kann kein Zweifel bestehen: der Einsatz von Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungsmitteln zur Zerstörung von Bevölkerungszentren oder anderen zivilen Zielen ist durch nichts zu rechtfertigen. Der Vernichtungskrieg ist niemals ein Ausweg, er ist niemals erlaubt.“

Man darf nicht übersehen, daß die Stellungnahme der Bischöfe in diesem Punkte quer zu den Kriegsvorbereitungsplanungen der imperialistischen Mächte liegt. Wenngleich die Bischöfe vermeiden, die Aufstellung solcher Waffen mit ihrem Einsatz gleichzusetzen, ist doch die offizielle NATO-Doktrin vom Recht auf atomaren Erstschlag betroffen, und die vielen Leute, die der Kirche anhängen und die Nachrüstung verhindern wollen, werden sich gestärkt fühlen. Wenn allerdings (wie kirchlicherseits gewiß beabsichtigt ist) dies Zugeständnis der Kirche dazu führt, daß das Hirtenwort als kleiner gemeinsamer Nenner der Kräfte modern wird, die die Kriegsvorbereitungen der imperialistischen Mächte bekämpfen wollen, ist viel kaputt. Die schwachen Ansätze zu einer Kritik der Kriegsziele der herrschenden Klasse gingen nicht nur verloren, vielmehr bliebe als Ergebnis, daß ihre Ziele akzeptabel und bloß die vorgesehenen Mittel schlecht sind.

Quellenhinweis: „Gerechtigkeit schafft Frieden“, zu beziehen über bischöfliche Ordinariate oder das Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Kaiserstraße 163, 5300 Bonn 1; Bulletin der Bundesregierung, Nr. 40, S. 379

US-Haushalt Ein „Programm zur Wiederbewaffnung“

Auch dieser Haushalt müsse dazu nützen, das „Programm zur Wiederbewaffnung Amerikas“ zu sichern, erklärte der US-Präsident Reagan Ende Januar dieses Jahres vor dem Kongress, um die Steigerung des Militärhaushalts um 14,1% gegenüber dem Vorjahr durchzusetzen. Ganz so hoch wird die Steigerung des Militäretats nicht ausfallen. Der zuständige Haushaltsschluß hat die Steigerung auf 8,75% begrenzt, das Militärbudget soll damit im Haushaltsjahr 1984, das am 1. Oktober dieses Jahres beginnt, 267 Mrd. \$ betragen. Gegenüber dem Jahr ihres Amtsantritts will die Reagan-Regierung den Militärhaushalt nahezu ver-

doppeln, den Etat für die Beschaffung neuer konventioneller Kriegsmittel von 29 Mrd. \$ auf 65 Mrd. \$ und für atomare Bewaffnung von 2,9 Mrd. \$ auf 5,5 Mrd. \$ erhöhen.

Ca. ein Fünftel des Gesamthaushaltes von 848,5 Mrd. \$ soll aus Krediten finanziert werden, ein Verfahren, dem die Kapitalisten nicht allzu unwillig gegenüberstehen, denn allein 12% der Gesamtsumme sind im Haushaltsentwurf für Zinszahlungen an die Gläubiger veranschlagt. Deren Interessen sind in dem Haushaltsentwurf berücksichtigt.



Ca. drei Millionen amerikanische Arbeiter fristen inzwischen ihr Leben als Wanderarbeiter ohne Wohnung

tigt – ausdrücklich sichert die Regierung zu, daß sie die Maßnahmen zur Beseitigung der Ansprüche und Zahlungen für Rentner, Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose, Kranke usw. fortführen will.

Die Inflationsanpassung der Renten und aller anderen Zahlungen aus den Sozialversicherungen soll um ein weiteres halbes Jahr verschoben werden, angesichts der Schätzung der Regierung über die Inflationsrate würde dies eine Kürzung von fünf Prozent bedeuten. Außerdem sollen die Kürzungen, die mit der Reform der Rentenversicherung eingeleitet werden, schon in diesem Haushalt zu einer Ausgabensenkung von 100 Mio. \$ führen. Die Kommission, in der beide Parteien vertreten sind, hat jetzt einstimmig vorgeschlagen, das Verrentungsalter in zwei Schritten auf 67 Jahre zu erhöhen, wer schon mit 62 Jahren in Rente gehen will, erhielte nur 75% der Rente, auf die er mit erreichtem Verrentungsalter Anspruch hat. Im Sozialetat, der die Zahlungen der Sozialhilfe, die Lebensmittel- und Wohnungsbeihilfen zusammenfaßt, sollen 3,7 Mrd. \$ gestrichen werden gegenüber dem Haushaltssatz 1983. Reagan begründete diese Streichungen mit der Feststellung, daß „unnötige und teure Zahlungen“ an solche, die sich selbst erhalten sollten, damit endlich beseitigt würden.

Dazu erklärte ein Sprecher verschiedener Rentnerorganisationen: „Ein sehr großer Teil älterer Leute ist überhaupt nicht in der Lage, die Streichungen der staatlichen Zahlungen durch Arbeit auszugleichen – sie haben überhaupt nichts, womit sie diese verheerenden Kürzungen ausgleichen können. Außerdem ist dieser Etat der dritte, in dem solche Streichungen vorgenommen werden sollen.“

Ob die Regierung den Haushaltsentwurf, der seit dem 31. Januar vorliegt, in allen Punkten im Kongreß durchsetzen kann, ist noch nicht entschieden. Eine eindeutige Mehrheit der entsprechenden Kongreß-Ausschüsse hat sich bis jetzt für die Erhöhung der Militärausgaben um 8,75% ausgesprochen. Der Vorschlag für die Änderungen in der Rentenversicherung wird von Abgeordneten beider Parteien, der Demokraten und der Republikaner, unterstützt und – wenn auch zähnekirischend – vom Gewerkschaftsbund AFL-CIO gebilligt. Die Kommission, die den Vorschlag für die Rentenversicherungsreform vorgelegt hat und der sowohl Vertreter der Gewerkschaften als auch beider Parlamentsparteien angehören, hat die vorgeschlagenen Regierungsmaßnahmen als unumgänglich bezeichnet.

The United States Budget, Fiscal Year 1984, hrsg. Executive Office of the President; Congressional Quarterly, Weekly Report 9. April 1983; AFL-CIO News, 2.4.83

EG-Agrarpreise Senkung der Einkommen beschlossen

Schon die erste schnell verbreitete Behauptung, das Ergebnis der am 16./17. Mai zu Ende gegangenen Verhandlungen der EG-Agrarminister bringe den Bauern in der BRD immerhin eine Erhöhung der Erzeugerpreise um etwa 2%, war falsch. So gab das Landwirtschaftsministerium auf Anfrage am 17. Mai bekannt, daß etwa die Richtpreise für Weizen und Milch, die einen großen Teil der landwirtschaftlichen Produktion in der BRD ausmachen, nur um 1% bzw. 1,1% erhöht seien.

Was haben die EG-Agrarminister tatsächlich beschlossen? Dazu ein Beispiel, wobei die Zahlen vorläufig sind: Die Landwirtschaftsminister der EG haben den Erzeugerrichtpreis für Milch von bisher 268,10 ECU je Tonne auf 279,10 ECU/t im Wirtschaftsjahr 1983/84 neu festgesetzt. ECU ist dabei eine rechnerische gemeinsame Währungseinheit in der EG. Die Steigerung des Richtpreises für Milch um 4,1% im Durchschnitt der EG fällt nun aber für die einzelnen Mitgliedsstaaten unterschiedlich aus, da zugleich mit der Neufestsetzung des Richtpreises die

Umrechnung der einzelnen Währungen zur ECU neu festgesetzt werden („grüne Paritäten“). Galt im abgelaufenen Wirtschaftsjahr: 1 ECU = 2,575 DM, so wird 1983/84 gelten: 1 ECU = 2,499 DM. Dies bewirkt, daß sich die Preiserhöhung von 4,1% in ECU auf 1% in DM reduziert, so daß der Erzeugerrichtpreis für Milch nur von 690,40 DM/t auf 697,30 DM/t steigt. Der tatsächliche auf dem Markt erzielte Milchpreis liegt allerdings darunter: So zahlten die Molkereien 1981/82 an die Bauern im Durchschnitt 610,20 DM/t bei einem Richtpreis von damals 644,49 DM/t.

Alle EG-Imperialisten waren sich einig, daß die Einkommen der Bauern erneut gesenkt werden sollen, damit niedrige Agrarpreise weiterhin erlauben, das Lohnniveau niedrig zu halten, und so neue Möglichkeiten zur Teilnahme an den Exportschlachten auf den Weltagarmärkten sich auftun. Unumstritten war, daß die Richtpreise für Agrarprodukte unter der Inflationsrate erhöht werden. Woher dann der Streit um den „Grenzausgleich“?

Der Grenz- oder Währungsausgleich wurde 1971 von den EG-Imperialisten beschlossen mit der Begründung, damit sei zu verhindern, daß sich durch Aufwertung oder Abwertung die „Warenströme“ verlagern. Wird wie vor kurzem etwa die DM im Verhältnis zum Franc aufgewertet, so wird Weizen usw., der aus der BRD nach Frankreich exportiert wird, dort teurer, sein Franc-Preis steigt. Umgekehrt werden die Importe aus Frankreich nach der BRD billiger. Um diese Verschiebung in den Konkurrenzbedingungen bei Agrarprodukten abzumildern, wird daher bei Einfuhr aus Frankreich ein Grenzausgleich als Zoll erhoben, wie umgekehrt bei Ausfuhr von Agrarprodukten aus der BRD in ein Land, das im Verhältnis dazu eine abgewertete Währung hat, dem Exporteur ein Grenzausgleich erstattet wird. Der Grenzausgleich ist also keine Zahlung, die ein Bauer zur Erhöhung seiner Erzeugerpreise erhält, sondern wird zunächst einmal von den Agrarhändlern eingesackt. Die BRD-Imperialisten, die in den letzten Jahren den Agrarexport innerhalb der EG ausweiten konnten, mußten einer Senkung des Grenzausgleichs von durchschnittlich 13 auf jetzt 9,8% zustimmen. Diese Auseinandersetzungen der Imperialisten als Konkurrenzkampf der französischen und italienischen Bauern gegen die westdeutschen Bauern darzustellen, ist der Versuch, unter den großen Bauern, die als Teilhaber von Genossenschaften direkt von Exportvorteilen profitieren können, eine Anhängerschaft zu finden, die die Gegenwehr der kleinen Bauern gegen ihre Verelendung im Chauvinismus ertränken hilft.

Quellenhinweis: Agrarbericht 1983 der Bundesregierung

Die Arbeiter sollen schuften, bis sie umfallen – statt Versicherungsleistungen gibt's dann christliche Barmherzigkeit

Die christlich-liberale Koalition gab mit der Regierungserklärung zu verstehen, wie sie die Interessen all jener behandeln will, die hart und schwer arbeiten. Den Rentnern, die ihr Leben lang geschuftet, dabei ihre Gesundheit ruiniert und den Geldsack der Kapitalisten gefüllt haben, wird erklärt: „Wer ein Leben lang gearbeitet hat, hat Anspruch auf eine sichere Rente“ – statt sich zu beklagen, daß die Rentenkürzungen zum Leben zuviel und zum Sterben zuwenig überlassen, sollen die alten Arbeiterinnen und Arbeiter froh sein, daß ihre Rente „sicher“ ist, sie überhaupt noch eine bekommen, und ansonsten endlich bescheiden werden und begreifen, daß alte Arbeiter ein Kostenfaktor sind, für den andere „aufkommen müssen“.

Je brutaler die Regierung dagegen vorgehen will, daß die Arbeiter noch bei irgendetwas von den Kapitalisten verlangen können, daß sie für die Folgen der Ausbeutung der Arbeitskraft Zahlungen zu leisten haben, umso schleimiger wird die Propaganda von der christlichen Barmherzigkeit, die eine „Gesellschaft mit menschlichem Gesicht“ herbeiführen werde. So folgt auf die Ankündigung, daß die Regierung „die Eigenverantwortung des Menschen für seine Gesundheit“ betonen und deshalb die Versicherungszahlungen an kranke Arbeiter senken will („die Kostenexplosion im Krankenhausbereich muß eingedämmt werden“), sofort der Verweis auf die barmherzigen Schwestern, bei denen Linderung billig zu haben sei: „Der Patient braucht ... insbesondere auch menschliche Zuwendung“.

Man kann nicht sagen, daß diese Absichten der Reaktion in der Regie-

rungserklärung nur dunkel angedeutet seien. Kohl: „4,5 Millionen Bürger der Bundesrepublik haben einen Schwerbehindertenausweis. Ihnen stehen Vergünstigungen zu, ohne daß dies in jedem Fall den persönlichen Lebensumständen gerecht wird. In Zukunft muß

derte anerkannt sind, waren Ende 1981 fast 40% älter als 65 Jahre und bezogen Rente; weitere fast 30% waren zwischen 55 und 65 Jahre alt, ein großer Teil davon hatte eine Erwerbs- oder Berufsunfähigkeitsrente als Einkommen. Die durchschnittliche Erwerbs-



1965 gingen noch rund 46% der Arbeiter mit 65 Jahren in Rente, 1981 weniger als 10%. Die Kapitalisten vernutzen die Arbeitskraft rascher. 1980 mußten sich über 200000 Arbeiter und Arbeiterinnen frühverrenten lassen.

die Hilfe des Staates denjenigen zu kommen, die sie wirklich benötigen.“ In welch großartigen „persönlichen Lebensumständen“ befinden sich nun Arbeiterinnen oder Arbeiter, die in der kapitalistischen Produktion verstümmt oder frühzeitig verschlissen wurden, so daß die „Vergünstigungen“ des Schwerbehindertengesetzes um der Gerechtigkeit willen vom Gesetzgeber beseitigt werden müssen?

Von den 4670000 Behinderten, bei denen eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von mehr als 50% festgestellt wurde, und die daher als Schwerbehin-

unfähigkeitsrente, die im Januar 1982 von der Arbeiterrentenversicherung ausgezahlt wurde, lag bei 509,20 DM; für erwerbsunfähige Angestellte lag sie bei 687,90 DM. Von den Verschiebungen der Rentenanpassung, der Einführung des Krankenversicherungsbeitrags für Rentner und allen anderen bereits durchgeführten oder noch beabsichtigten Kürzungen der Einkommen der Rentner waren die sowieso nicht hohen Einkommen der schwerbehinderten Rentner keineswegs ausgenommen. Mit dem zum 1. März in Kraft getretenen neuen Wohngeldgesetz hat die Regierung trotz steigender Mieten das Wohngeld für rund 670000 Schwerbehinderte gekürzt. Den behinderten Arbeitern und Angestellten, die Umschulungen machen (berufliche Rehabilitation), wurden zum 1. Januar die Unterhaltsgelder von 75% des vorigen Nettolohns auf 70% gekürzt. Jene Schwerbehinderte, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, mußten Kürzungen hinnehmen – die Aufzählung ließe sich noch fortsetzen.

Daß ein größerer Teil der etwas über eine Million Schwerbehinderten, die noch in Beschäftigung sind, zu den höheren Lohn- und Gehaltsgruppen gehört, dagegen spricht schon, daß die Beschäftigungen, die die Arbeitskraft am raschesten und am schlimmsten



Verbot von Nacht-, Wochenend- und Akkordarbeit: Forderung der Krupp-Arbeiter bei der 1. Mai-Demonstration 1980 in Bochum.

Rehabilitationszentrum: Verschärfe Selektion und Kontrolle über Mittelkürzungen

Heidelberg. Am 27.4.83 demonstrierten rund 300 bis 400 Rehabilitanden aus dem Berufsförderungswerk Heidelberg (BfW) und dem Rehabilitationszentrum Neckargemünd (RZN) gegen Kürzungen, die entweder beschlossen oder geplant sind (s. Bild). Unterstützt wurden sie von Betriebsräten, dem Vertrauensleutekörper der beiden Einrichtungen und der Kreisverwaltung der ÖTV. Wenige Wochen vorher hatten ca. 300 Rehabilitanden im Berufsförderungswerk Wieblingen bereits eine Demonstration durchgeführt.

Die Proteste richten sich gegen Kürzungen bei den sogenannten Familienheimfahrten (Ferienregelung für die Rehabilitanden, bisher 46 Tage, jetzt vier weniger. Und im nächsten Jahr sollen zehn weitere Tage gestrichen werden), Streichungen von Freizeiträumen und -möglichkeiten, gegen die Wohnsituation und für Vertretungsrechte bzw. Anerkennung der Rehabilitandenvertretung.

Die Rehabilitandenvertretung griff anlässlich einer Pressekonferenz auch die schlechten Wohnbedingungen an, zum einen der Rehabilitanden, die direkt an der Autobahn wohnen und den ganzen Lärm abbekämen, zum anderen wandte sie sich gegen die noch überwiegende Zahl von Zweibettzimmern, weil die Lern- und Arbeitssituation dadurch erschwert werde. Im Freizeitbereich, wo in erster Linie Filme (alle 14 Tage) und Sport die Möglichkeiten sind, hat die Stiftungsleitung in einem neuen Wohnheim eigentlich als Freizeiträume

(Tischtennis etc.) vorgesehene Plätze als Lagerplatz genutzt und will diese auch mit Hinweis auf die „ausgezeichneten Freizeitangebote“ nicht freimachen. Hiervon sind insbesondere die weniger mobilen Schwerstbehinderten am meisten betroffen.

Das Berufsförderungswerk Heidelberg ist die größte derartige Einrichtung in der BRD. Es werden hier ca. 1800 Schwerbehinderte und Behinderte umgeschult und untergebracht. In der Regel können sie aufgrund ihrer Behinderung nicht mehr in ihrem früheren Beruf arbeiten. Dabei haben insbesondere Krankheiten zugenommen, die Verschleißerscheinungen aufgrund verstärkter und intensiverer Ausbeutung sind (1974: 46376, 1980: 53219 abgeschlossene Rehabilitationsfälle

nach Erkrankungen des Stütz- und Bewegungsapparates). Das Durchschnittsalter der Rehabilitanden hat abgenommen, da auch vermehrt behinderte ältere Arbeiter und Angestellte nicht mehr umgeschult werden, weil ihre Aussichten, eine Stelle zu finden, als zu gering eingeschätzt werden. Die Zahl der Abbrecher liegt derzeit bei ca. 30%.

Im Berufsförderungswerk werden im Gegensatz zum Rehabilitationszentrum Neckargemünd behinderte Erwachsene umgeschult, während im Rehabilitationszentrum Neckargemünd ausschließlich Jugendliche leben. Beide Einrichtungen gehören aber zusammen, da als Träger die Stiftung Rehabilitation fungiert. Die Einrichtungen schulen grundsätzlich fast alle Behinderungarten um, wobei in Neckargemünd auch schulische Ausbildung zum Programm gehört. In Heidelberg wird der größte Teil auf Facharbeiter- (Me-



Demonstration von Rehabilitanden des BfW Heidelberg und des RZN Neckargemünd am 27.4. 1983

ruinieren, die am schlechtest bezahlten Tätigkeiten sind.

Welche „Vergünstigungen“ erhalten nun die als Schwerbehinderte anerkannten Arbeiter oder Arbeiterinnen, die von den Kapitalisten geschunden wurden und jetzt von Hungerrenten leben müssen oder die gesundheitlich angeschlagen „leichte“, d.h. auf jeden Fall schlecht bezahlte Arbeiten verrichten? Sind sie gehbehindert, dann brauchen sie von ihren geringen Einkommen nicht auch noch Fahrkosten bei den öffentlichen Verkehrsmitteln bezahlen und falls sie ein Auto haben, entfällt die Kfz-Steuer. Abgestuft nach der Minderung der Erwerbsfähigkeit erhalten Behinderte Steuerfreibeträge zwischen 600 und 2760 DM (bei Blinden und Pflegefällen 7200 DM) jährlich – die geringere Lohn- oder Einkommenssteuer macht aber nur in den wenigsten Fällen die höheren Aufwendungen für die Reproduktion wett.

Und was ist mit der „Unkündbarkeit“, der „Beschäftigungspflicht“ und anderen Schutzrechten, die verhindern sollen, daß die Kapitalisten gesundheitlich ruinierte Arbeiter einfach auf die Straße setzen? 124000 Schwerbehinderte waren im Februar arbeitslos, mehr als die Hälfte davon älter als 50 Jahre und fast ohne jede Aussicht auf erneute Beschäftigung. Ein Teil war entlassen worden, obwohl kein Schwerbehinderte ohne Zustimmung der Hauptfürsorgestellen gekündigt werden kann, andere waren bereits arbeitslos, bevor sie als Schwerbehinderte anerkannt wurden – oft genug gerade deshalb entlassen, weil sie häufiger krank waren. Die „Beschäftigungspflicht“ der Kapitalisten im Schwerbehindertengesetzes, die jedes Unternehmen mit mehr als 16 Beschäftigten zwingen soll, auf wenigstens 6% der Arbeitsplätze Schwerbehinderte zu beschäftigen, umfaßt keine besonders

wirksamen Zwangsmittel: Die „Ausgleichsabgabe“ von 100 DM monatlich je nicht besetztem Pflichtarbeitsplatz ist nicht hoch und kann dazu als „Betriebsausgabe“ steuermindernd geltend gemacht werden.

Sechs zusätzliche Urlaubstage für Schwerbehinderte sowie das Recht, Überstunden ohne Angabe von Gründen verweigern zu können, sind – so sehr diese Bestimmungen den Kapitalisten ein Dorn im Auge sind – kaum ein Ausgleich für die jahrzehntelange Überarbeitung, die bei den meisten Schwerbehinderten überhaupt erst zu der Behinderung geführt hat.

Den Kapitalisten sind aber selbst diese geringfügigen gesetzlichen und versicherungsrechtlichen Schutzbestimmungen für Schwerbehinderte zuviel. Bereits im März vergangenen Jahres hatte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) „Vorschläge zur Novellierung des

tall, Bau, Elektro), aber auch Büroberufe ausgebildet. Ein Teil wird zu Berufen auf Fachschulebene (Techniker) und ein Teil auf Fachhochschulberufe umgeschult (Betriebswirtschaft, Informatik etc.). Bei den Facharbeiter- und Büroberufen dauert die Ausbildung in der Regel 18 Monate. Das Arbeitsamt fördert maximal 24 Monate und nur in „begründeten Ausnahmefällen“ 36 Monate. Beim letzten Punkt ist die Bundesanstalt für Arbeit (BA) allerdings dabei, zunehmend keine Bewilligungen mehr zu geben, wobei die Absicht die völlige Streichung des Fachhochschulbereichs ist.

Die An- und Abwesenheit im Unterricht wird ständig kontrolliert und bei Nichtanwesenheit sofort an den Kostenträger weitergeleitet (Kostenträger ist in den meisten Fällen die Bundesanstalt für Arbeit, aber auch die Rentenversicherungsanstalten BfA und LVA). Die Rehabilitanden erhalten für die Zeit der Maßnahme Übergangsgeld, das im letzten Jahr um 25% gekürzt wurde. Da die Mehrheit der Rehabilitanden aus weit entfernten Orten kommt, müssen sie im Berufsförderungswerk wohnen. Gerade deshalb wird die Frage der Ferientage so heftig angegriffen, weil die Entfernung lange Anfahrtswege notwendig machen und teilweise die Rehabilitanden auch Familie haben.

Die Stiftungsleitung, die in den letzten eineinhalb Jahren mehrfach wechselte und zuletzt durch einen Vertreter des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales wahrgenommen wurde, wird jetzt direkter kontrolliert durch das Arbeitsamt und Vertreter der Versicherungsanstalten, sodaß die geplante Änderung des Schwerbehindertengesetzes“

formuliert, die als Grundlage sämtlicher in den Sozialausschüssen von CDU/CSU und FDP ausgearbeiteten Konzepte gedient haben.

Die BDA fordert, daß künftig eine Unterscheidung getroffen werden müsse zwischen „Behinderten“ und „beruflich Behinderten“. Während dann Steuerfreibeträge, kostenlose Fahrten u.ä. jedem Behinderten je nach „Grad der Behinderung“ abgestuft zuständen (wobei allerdings die „Anreizwirkung des Vergünstigungswesens“ zu beseitigen sei), sollten die „arbeitsplatzbezogenen Schutzrechte“ nur noch für einen kleinen Teil der Behinderten gelten, „deren festgestellte Behinderung ... sich auf die Tätigkeit in dem ausgeübten Beruf, gemessen an einem körperlich und geistig gesunden Arbeitnehmer mit vergleichbarem beruflichem Bildungsstand, nicht unerheblich auswirken“.

setzes (z.B. sollen die Freifahrten für Behinderte in öffentlichen Nahverkehrsmitteln gestrichen werden), voll durchschlagen können. Die Bundesanstalt für Arbeit hat für den Bereich der beruflichen Rehabilitation 1981 528 Mio. DM gestrichen. Von 1982 bis 1985 will sie nochmals 2 Mrd. DM einsparen.

Unter Verweis auf die Finanzlage der Stiftung wurde ein „Sanierungs-Konzept“ entwickelt, das jetzt zu Mitteleinsparungen im Personalbereich führen soll; 200 Stellen insbesondere im pflegerischen Bereich sollen dieses Jahr abgebaut werden. Im Ausbildungsbereich will die Bundesanstalt für Arbeit Kürzungen der Tageskostensätze durchdrücken, um insbesondere im kostenintensiven Bereich der technischen Berufsausbildung (Facharbeiter) zu Einsparungen zu kommen. Das kommt auch den Plänen der Kapitalisten entgegen, Behinderte aus der Produktion herauszusondern. Im Rehabilitationszentrum Neckargemünd wurde die Möglichkeit der schwerstbehinderten Rehabilitanden, mit dem stiftungseigenen Bus in die Stadt zu kommen (das Zentrum liegt außerhalb), eingeschränkt. Bisher existierte ein jährlicher „Busetat“ von 90 000 km, jetzt nur noch von 45 000 km.

Die Stiftungsleitung hat bisher der Rehabilitandenvertretung die Anerkennung verweigert. Auch das Regierungspräsidium Karlsruhe hat in einem Brief erklärt, daß die Rehabilitanden einen ungeklärten Rechtsstatus hätten. Aber da die Belegschaft die Vertretung unterstützt, wird die Stiftung es schwer haben, hier durchzukommen.

auch. Und kann ihn der Kapitalist nicht mehr gebrauchen, bleibt ihm die christliche Mildtätigkeit: „Nächstenliebe (läßt) sich nicht durch Gesetz anordnen“, meint Blüm und empfiehlt: „Das beste Heim für die Behinderten ist die Familie.“

Inzwischen beginnen die Kapitalisten ihre „mittelstandspolitischen“ Fußtruppen mobil zu machen, deren Hetzpropaganda den Boden für die angestrebte Beseitigung aller Schutzbestimmungen für die von den Kapitalisten verschlissene Arbeitskraft bereiten soll: „Das Schwerbehindertengesetz von 1974 ist wegen der zahlreichen Mißbrauchsmöglichkeiten baldmöglichst zu novellieren“, fordert die Mittelstandsvereinigung der CDU Baden-Württemberg in einem Ende April auch vom Bundeskongress der CDU/CSU-Mittelstandsvereinigungen beschlossenen Antrag. „Die Zahl der derzeit registrierten Behinderten muß auf die Zahl der wirklich Schwerbehinderten reduziert werden ... Immer mehr Scheinbehinderte drängen zum Ausweis ...“ Und scharf gemacht mit der in Aussicht gestellten Befreiung von der Beschäftigungspflicht und Ausgleichsabgabe für Unternehmen



Unter der Obhut der Kirchen gedeiht die Ausbeutung zu Pfenniglöhnen in den Behinderten-Werkstätten.

Norbert Blüm lieferte dazu im Dezember vor dem Deutschen Bundestag die entsprechende Begleitmusik für die Beseitigung von Schutzrechten für behinderte Arbeiter und Angestellte: „Ich halte den Begriff ‚Minderung der Erwerbsfähigkeit‘ – um den Status des Behinderten festzustellen – nicht für den besten Begriff ... Möglicherweise suggeriert er, die Behinderten wären die rundum Unterlegenen. Ein Behindter kann tüchtiger sein als der Arbeitskollege daneben, der ohne Behinderung arbeitet. Ein Blinder kann tüchtiger sein als ein Sehender“ – was also braucht er Kündigungsschutz, Zusatzurlaub, alles nur Hindernisse bei der „Integration der Behinderten“ oder – so die Kapitalisten des BDA – „Diskriminierung der Schwerbehinderten durch Hervorhebung ihrer Sonderstellung“! Wer noch nicht völlig kaputt geschunden ist, hat gefälligst zu schuften wie jeder andere Arbeiter

bis zu 21 Beschäftigten verlangen die Handwerksmeister und Kleinkapitalisten aus CDU und CSU, daß ein Krüppel, wenn ihm schon die Güte widerfährt ausgebeutet zu werden, gefälligst billig zu sein hat: „Unverminderte Vergütung bzw. Entlohnung für eine 50%ige Erwerbsminderung ist in sich ein Widerspruch.“

Welche Beweggründe veranlassen die Kapitalisten, eine Novellierung des Schwerbehindertengesetzes zu fordern? Mit der Forderung nach „belastungsneutraler Integration“ wollen sie die Ansprüche der in der kapitalistischen Produktion verunglückten oder verschlissenen Arbeiter auf Versiche-



Arbeit an der Kasse im Supermarkt: Häufig sind Erkrankungen innerer Organe.

Arbeitsbedingte Erkrankungen sind die Hauptursachen der Behinderungen

Für gut drei Viertel aller Behinderten, deren Erwerbsfähigkeit um mehr als 30% gemindert ist, gibt das Statistische Bundesamt Krankheit als Ursache der Behinderung an. Für einen beträchtlichen Teil von 13,8% werden in der gesamten Statistik keine spezifischen Ursachen der Behinderung aufgeführt. Schäden durch Kriegs-, Wehr- und Zivildienst sind mit 6,7% die nächstgrößte Ursachengruppe, danach folgen angeborene Behinderungen mit 4,3%, Arbeitsunfälle und anerkannte Berufskrankheiten mit mindestens 1,9% und andere Unfälle mit 1,8%. (Der Anteil der Behinderten, der nur bei der gesetzlichen Unfallversicherung und nicht bei Versorgungsämtern gemeldet ist, ist nicht veröffentlicht.)

Die meisten Krankheiten, die die Erwerbsfähigkeit auf Dauer oder über längeren Zeitraum einschränken, sind solche, für die verschiedene Studien nachweisen, daß sie – vor allem, wenn sie chronisch sind – den Ausbeutungsmethoden der Kapitalisten geschuldet sind. Eine Studie des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen stellte einen engen Zusammenhang zwischen Art und Häufigkeit von Erkrankungen und den Arbeitsbedingungen der erkrankten Arbeiter und Angestellten fest. Erkrankungen

der Wirbelsäule z.B. haben vor allem Arbeiter, die schwere körperliche Arbeit verbunden mit dauerndem Stehen, oft gekoppelt mit

Anteil von Behinderten an der jeweiligen Altersgruppe der Bevölkerung in Prozent

Alter	Frauen	Männer	Gesamt
0 – 15	0,79	0,99	0,89
15 – 25	1,65	2,16	1,91
25 – 35	2,36	3,17	2,78
35 – 45	4,65	5,58	5,13
45 – 55	10,95	13,68	13,02
55 – 65	18,37	40,25	27,26
65 und älter	17,38	23,60	19,86
Gesamt	7,92	9,99	8,91

Quelle: Wirtschaft und Statistik 9/82; Statistisches Jahrbuch der BRD 1982

Akkordentlohnung und Schicht, leisten müssen. Herz- und Kreislauferkrankungen treten häufiger chronisch auf bei Arbeitern, die ständig sitzen und mit großer Konzentration arbeiten müssen. Der Anteil der Behinderten an den jeweiligen Altersgruppen der Bevölkerung bietet einen weiteren Hinweis darauf, daß die meisten Krankheiten, die zu einer Behinderung führen, ihre Ursache im jahrelangen Verschleiß der Arbeitskraft durch die Kapitalisten haben.

Quellenhinweis: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/82; Zeitschrift für Arbeitswissenschaft, Heft 1/82 bis 1/83

Schwerwiegendste Behinderungen

Art der Behinderung	Zahl der Behinderten
Verlust oder Funktionseinschränkung von Gliedmaßen	932096
Funktionseinschränkung der Wirbelsäule, des Rumpfes und des Brustkorbs	786692
Blindheit und Sehbehinderung	214880
Taubheit, Gleichgewichtsstörungen, Sprach- und Sprechstörungen	166546
Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen	1917317
Querschnittslähmungen, Störungen der Hirn- und Nervenfunktionen	518674
Sonstige Behinderungen	950035
Gesamt	5486239

Quelle: Wirtschaft und Statistik, hrsg. Statistisches Bundesamt, Heft 9/82

rungszahlungen noch weiter schmälern. Mit der Forderung nach Beseitigung des Kündigungsschutzes und nach „Eindämmung der Antragsflut“ sollen faktische und moralische Schranken, die einer neuen Welle der Steigerung der Arbeitsintensität im Wege stehen, eingerissen werden. Die Kapitalisten wollen ihre Belegschaften gezielt auslesen und verjüngen können – und ist da nicht jeder ältere Arbeiter, dessen Arbeitskraft anerkanntermaßen ruiniert ist, eine ständige Anklage gegen die Schinderei durch die Kapitalisten und eine Mahnung, Schranken gegen Akkordhetze, Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit zu errichten?

Nun hat das Schwerbehindertengesetz von 1974 – so heftig es jetzt von der Reaktion bekämpft wird – die Kapitalisten bereits weitgehend von der Verantwortung für die Folgen der verschärften Ausbeutung befreit und zugleich eine Umwälzung des Arbeiterkörpers ermöglicht, die eine rasche Steigerung der Intensität der Arbeit erlaubte.

Zu den Absichten, die seinerzeit zur Verabschiedung des Gesetzes führten, sei der damalige Arbeitsminister Arendt (SPD) zitiert: „Mit dem heute vom Kabinett verabschiedeten Gesetzentwurf wird der Übergang von der bisherigen kausalen zur *finalen Ausrichtung der Rehabilitation* vollzogen. Dadurch wird erreicht, daß auch ältere Arbeitnehmer in das neue Schutzrecht einbezogen werden. Eine *altersbedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit* soll künftig ebenfalls den Status eines Schwerbehinderten begründen.“ Nach dem vor 1974 gültigen Schwerbeschädigtengesetz galten Kündigungsschutz, Beschäftigungspflicht und Zusatzurlaub nur bei bestimmten Ursachen der Behinderung („kausale Ausrichtung“), nämlich für die Behinderten, deren Arbeitskraft vom imperialistischen Staat in den Weltkriegen ruiniert worden war (Kriegsopfer) oder die infolge eines Arbeitsunfalls oder einer nachgewiesenen Berufskrankheit „erwerbsgemindert“ waren. Mit der Ausdehnung der Schutzrechte auf alle Behinderte – nur noch unterschieden nach Art und Schwere der Behinderung („finale Ausrichtung“) –, also auch auf jene Arbeiter, deren Gesundheit durch die langjährige übermäßige Ausbeutung ruiniert ist („altersbedingte Minderung der Erwerbsfähigkeit“), wurden aber zugleich die Kapitalisten von der Verantwortung und den Kosten befreit.

Was so als „Humanisierung der Arbeit“, als „Gebot der sozialen Gerechtigkeit gegenüber den älteren Arbeitnehmern“ die Kritik der Arbeiterbewegung an Akkordschinderei, Nachtarbeit und Arbeitsetze schwächte, erlaubte zugleich den Kapitalisten bedeu-

tende Umwälzungen der Belegschaften. Die Tabelle über den Vergleich der Erwerbsquoten von 1976 mit 1981 liefert dafür Anhaltspunkte:

Jahr	Von je 100 im Alter von ... bis ... Jahre waren erwerbstätig				
	Männer		Frauen		
	55 - 60	60 - 65	55 - 60	60 - 65	
1971	88,7	73,8	36,7	21,2	
1972	86,2	68,5	36,0	27,7	
1973	86,2	67,1	36,7	18,9	
1974	86,2	61,9	37,0	17,7	
1975	85,7	58,3	38,4	16,4	
1976	85,4	52,3	38,3	14,7	
1977	85,8	47,9	39,5	13,6	
1978	83,8	43,1	38,9	12,2	
1979	82,3	39,5	38,4	11,4	
1980	82,3	44,2	38,7	13,0	
1981	81,9	44,5	39,0	7,0	

Quelle: Stat. Jahrbuch der BRD

Während 1971 noch fast drei Viertel der Männer im Alter zwischen 60 und 65 Jahren erwerbstätig waren, waren es zehn Jahre später weit unter der Hälfte. Was zunächst aussieht, als sei den Arbeitern nach einem erfüllten Arbeitsleben ein längerer geruhsamer Lebensabend verschafft worden, ist tatsächlich eine brutale Steigerung der Arbeitsintensität: die Arbeitskraft, die zuvor von einem Kapitalisten in etwa zwischen dem 15. und 65. Lebensjahr aufgebraucht wurde, wird jetzt in einem rund fünf Jahre kürzeren Zeitraum vernutzt. Der raschere und damit höhere Verschleiß der Arbeitskraft schlägt sich nieder in den Rentenstatistiken mit einer rasch gestiegenen Zahl von vorzeitigen Verrentungen wegen Erwerbs- und Berufsunfähigkeit (s. a. Pol. Ber. 25/82). Die immer brutalere Vernutzung der Arbeitskraft wird auch sichtbar in der rasch gestiegenen Zahl von schwerbehinderten Arbeitern. Obwohl mit der Einführung der „flexiblen Altersgrenze“ ein Schwerbehinderteter bereits mit 62 Jahren und seit 1980 mit 60 Jahren Altersrente beziehen kann und obwohl ein wachsender Teil der Schwerbehinderten, weil keinerlei Aussicht besteht, eine Beschäftigung zu finden, wegen Erwerbsunfähigkeit in Rente geht, hat sich die Zahl der beschäftigten Schwerbehinderten von 430000 (1974) über 640000 (1976) bis heute mit 1150000 fast verdreifacht.

Wenn die Gewerkschaften zulassen, daß künftig die Kapitalisten ohne Hemmnisse gesundheitlich ruinierte Arbeiter aus den Fabriken schmeissen und in die Obhut von Caritas und Diakonie treiben können, wo sie kostengünstige christliche Mildtätigkeit zu einem schnellen Ende bringt, dann wird es schwer sein, überhaupt moralische und faktische Schranken gegen eine weitere Steigerung der Arbeitsintensität zu halten.

Quellenhinweis: Bundestag, Plenarprotokoll 7/22, 21.3.1973, 7/51, 20.9.1973, 9/136, 9.12.1982, 10/4, 4.5.1983; Vdk, Bundeskongreß „Schwerbehindertenrecht“, Dez. 1982; BDA, Vorschläge zur Novellierung des Schwerbehindertengesetzes, 10.3.1982

FDP: Statt Sozialversicherung „Selbstverantwortung“ und „menschliche Zuwendung“

Die freidemokratischen Absichten gegen die Sozialversicherung gewinnen eine klare Zielsetzung. In der Sendereihe des Südwestfunks „Ein Wort zur Politik“ erklärte FDP-Generalsekretärin Dr. Irmgard Adam-Schwätzer: „Wir alle müssen auch darüber nachdenken, wie unsere Sozialversicherungssysteme neu gestaltet werden können. Ein Prinzip dafür könnte sein, den, der wenig Leistungen in Anspruch nimmt, zu belohnen und unökonomisches Verhalten, also überzogenes Anspruchsdenken, zu bestrafen. Diese Lösung könnte eine Mindestversicherung für die Standardrisiken der Bürger sein, also eine Grundversorgung. Dafür müßte eine

ter lernt es, die Unsicherheit seiner sozialen Existenz als menschliche Herausforderung zu begreifen, und je besser er begreift, desto satter kann er sich sehen an „menschlicher Zuwendung“, die ihm nun statt Lohnfortzahlung, Arbeitslosengeld oder hinreichender Sozialrente zugesetzt wird.

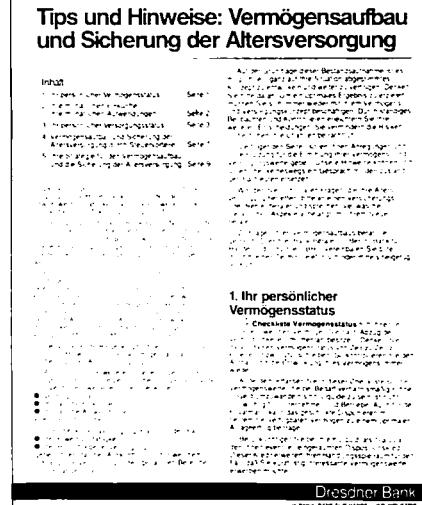
2. Die Freiheit der Versicherungsunternehmen. Schon jetzt ist deren Branchenwerbung voller triumphierender Rechenbeispiele für die Vorteile des „Ausstiegs“ aus der Sozialversicherung: für den Kreis der besser verdienenden Angestellten. Der FDP-Plan stärkt die Freiheit der Privatversicherung durch Verpflichtung der Lohnarbeiter.

3. Die Freiheit der Kapitalisten im Verbrauch der Arbeitskraft. In freidemokratischer Vorstellung wird der Verschleiß der Arbeitskraft, die Erkrankung, Erwerbsunfähigkeit oder Arbeitslosigkeit zu einem Risiko, für das der einzelne Lohnabhängige verantwortlich ist. Gesetzlich gezwungen soll er bloß werden, sich soweit zu versichern, daß er keinesfalls Ansprüche gegenüber dem Sozialamt anmelden darf. Die Anwender der Arbeitskraft sind von der Haftung befreit.

4. Die Freiheit des Lohnabhängigen, zu sehen, wo er bleibt. Beweist nicht gerade der große Run auf die 39-Stunden-Teilzeit der Reinigungsfirmen das brennende Interesse der Lohnabhängigen, ihre Arbeitskraft frei von Sozialversicherungspflichten zu Markte zu tragen? Bestimmt würde es nicht wenige Lohnabhängige geben, die die Freiheit wählen, zu noch niedrigeren Löhnen von der Hand in den Mund zu leben, statt als Kostgänger amtlich ausgegebener Arbeitslosensuppe gewürzt mit menschlicher Zuwendung à la Adam-Schwätzer zu viel zum Sterben und zu wenig zum Leben zu haben.

Zusammengenommen wäre Ergebnis freidemokratischer Befreiung von der Versicherungspflicht: eine erhebliche Senkung der Leistungen, auf die Lohnabhängige im Falle von Krankheit, Arbeitslosigkeit oder Invalidität Anspruch hätten; ein aufblühendes Geschäft der Privatversicherungen; eine Zunahme der Rückzugslosigkeit im Verbrauch der Arbeitskraft und schließlich: eine brutale und allgemeine Senkung des Lohnstandards zugunsten des Profits.

Quellenhinweis: „freidemokratische Korrespondenz“ vom 2.4.83



„Ausstieg“ aus der Sozialversicherung für besser verdienende Angestellte: Werbung der Dresdner Bank, Mai 1983.

obligatorische Selbstvorsorge durch Versicherungen kommen, die jeder einzelne ebenso frei wählt wie den Tarif. Also Pflicht zur Versicherung ja, Pflichtversicherung aber nur, wo es nicht anders geht.“

Was sind das für Freiheiten, die in ein politisches Programm gegossen werden?

1. Die Freiheit der Leistungskürzung. Die freidemokratische Volkssicherung beklagt u.a., „daß die Fähigkeit zur selbstorganisierten Problembewältigung bei den Bürgern mehr und mehr verkümmert.“ „Abhilfe sei einfach, wenn man sich von dem „Irrglauben“ verabschiede, „mit immer mehr Geld seien die Nöte zu beheben.“

Damit ist klar: Die Regierung kürzt in bester menschlicher Absicht die Sozialleistungen, der Lohnarbeiter

Streik im Sanitärt- handwerk Hamburg

Seit dem 9. Mai werden im Bezirk Hamburg der IG-Metall die 18 größten Betriebe des Sanitärtandwerks voll bestreikt. In der Urabstimmung vom April hatten sich 98,4% der abstimmungsberechtigten Mitglieder für den Streik ausgesprochen. Nach Meldungen der IG-Metall steht die Streikfront der Arbeiter und Angestellten gut. Ihr Kampf richtet sich gegen die beabsichtigten Verschlechterungen des Akkordtarifvertrages, sowie gegen das letzte Angebot von 3,25% mehr Lohn und Gehalt. Die Streikleitung ist im Gewerkschaftshaus Hamburg unter folgender Telefon.-Nr. zu erreichen: 040/24876517.

Textil und Bekleidung: Streikvorbereitungen

Bielefeld. Ergebnislos abgebrochen wurden am 11. Mai die Tarifverhandlungen für die rund 35000 Beschäftigten der Textilindustrie Westfalens und Osnabrücks. 2,8% bei einem Nullmonat hatten die Kapitalisten angeboten, nachdem ihr Angebot von 2,4% aus der dritten Verhandlungsrounde bei einer Abstimmung von 2000

Ulm. Ende April führte die Bezirksschülervertretung eine Aktionswoche gegen die Lehrplanrevision durch. Damit würden die Schulen zu einem Ort der politischen und geistigen Reaktion, preussische Tugenden wiedereingeführt, auswendig gelernt statt kritisch beurteilt und christliche Grundwerte eingetrichtert (Flugblatt). Bei einer gleichzeitigen Rundreise Mayer-Vorfelders empfingen sie ihn mit einem Transparent gegen die Lehrerdisziplinierung. „Wenn des Lehrers Rückgrat kracht, dann stets der deutsche Amtarsch lacht.“



Textilarbeitern aus Bielefeld und Umgebung von 98,8% abgelehnt worden war. Hier wie auch in der Bielefelder Bekleidungsindustrie wird es zu Warnstreiks kommen. Mit Empörung hat die Fachschaft Bekleidung der Gewerkschaft Textil Bekleidung (GTB) am 11.5. in Bielefeld das Angebot der Bekleidungskapitalisten von 2,1% abgelehnt und beschlossen, Warnstreiks bis zu den Verhandlungen am 19.5. durchzuführen. Die Tarifkommissionen der GTB hatten Ausgleich der Preissteigerung gefordert.



„Gegen die Angriffe auf die Rechte der Einwanderer“ – unter dieser Losung demonstrierten am 8. Mai in Brüssel mehr als 15000 Gewerkschaftsmitglieder gegen die Ausländerpolitik der belgischen Regierung. Die Aktion, zu der die beiden Gewerkschaftsbünde ACV und ABVV gemeinsam mit einer Vielzahl ausländischer und antifaschistischer Organisationen aufgerufen hatten, war die größte Protestaktion gegen die Ausländerpolitik der Regierung in den letzten Jahren. Mitte März hatte die Regierung ihre Pläne für eine Verschärfung der Ausnahmegesetze gegen die 900000 ausländischen Lohnabhängigen und deren Familien bekanntgegeben: drastische Begrenzung des Familiennachzugs, umfangreichere Möglichkeiten der Regierung zur jederzeitigen Ausweisung, kein Bezug von Sozialhilfe für ausländische Lohnabhängige. Asylbewerber sollen künftig nach westdeutschem Vorbild in früheren Kasernen und ähnlichen Lagern eingesperrt werden (s. Pol. Ber. 7/83, S.9)

Öffentliches Gelöbnis gestört

Braunschweig. „Einem Aufgebot von Sicherheitskräften, wie es in Braunschweig noch nie nach dem Kriege zusammengezogen wurde, ist es zu verdanken, daß am Mittwochabend auf dem Löwenwall eine öffentliche Gelöbnisfeier der Bundeswehr in Würde über die Bühne ging ...“ so leitet die „Braunschweiger Zeitung“ ihre Berichterstattung über das öffentliche Gelöbnis am 11.5. ein. Etwa 1000 Menschen hatten vor Beginn unter der Losung „Nie wieder Krieg – Raus aus der NATO“ demonstriert und die „Feierlichkeit“ mit Buh-Rufen, Pfiffen und Parolen nicht unerheblich gestört. Die Ablehnung erreichte immerhin eine solche Kraft, daß es die örtliche SPD für tunlich hielt, keine Vertreter zu entsenden. Innerhalb von eineinhalb Stunden wurden 650 Flugblätter mit dem Aufruf von BWK und MG zur Demonstration am 17. Juni verteilt.

Gedenken an Philipp Müller

Essen. Nach einjähriger Auseinandersetzung mit der Stadt Essen führte die „Kämpfende Jugend“ am 11. Mai den „Herrnburger Bericht“ von Brecht vor 500 Zuschauern auf der Bert-Brecht-Straße in Essen auf. Vor einem Jahr hatte die Stadt Essen die Erstaufführung des „Herrnburger Berichts“ im Saal und auf der Straße verboten. Im „Herrnburger Bericht“ geht es um den Widerstand der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ) gegen die Registrierung durch die westdeutsche Polizei nach ei-

nem Friedenstreffen in der DDR 1951. Die „Kämpfende Jugend“ führte es zum Gedenken an den Arbeiter Philipp Müller auf, der am 11. Mai 1952 bei einer Demonstration gegen den Generalvertrag und Remilitarisierung von der Essener Polizei erschossen wurden war. Die Demonstration 1952 war verboten. Die 1951 verbotene FDJ hatte sie mitorganisiert. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hatte auch in diesem Jahr das Tragen der blauen FDJ-Hemden bei einer Mahnwache zum Tod von Philipp Müller und der Demonstration zum Aufführungsort des „Herrnburger Berichts“ verboten. Bei fünf Teilnehmern, die das Hemd trugen, wurden die Personalien festgestellt, „um gegen sie strafrechtlich vorgehen zu können“.

Unmenschliche Be- handlung der Asylanten

Westberlin. Im Ausländerausschuß des Westberliner Abgeordnetenhauses berichteten am 13. Mai das Diakonische Werk, der Caritas-Verband und andere Organisationen über folgende Zustände in der Zentralen Sozialhilfestelle für Asylbewerber. Trotz schwerster Krankheiten ist oftmals den Asylbewerbern keine ärztliche Hilfe gewährt worden. Ständig werden die Wartenden mit Polizeihunden bedroht. Ein Sachbearbeiter muß im Schnitt 35 „Fälle“ pro Tag bearbeiten. Der Krankenstand bei den Angestellten liegt bei 35%. Immer wieder müssen Asylbewerber unverrichteter Dinge abziehen bei einem Taschengeldersatz von 1,65 DM und 3,80 DM Fahrtkosten pro Tag. Kommentar des Senators: „Alles rechtens“.

Neonazis

Nur massiver Polizeischutz ermöglichte NPD-Parteitag in Bochum-Wattenscheid

Bochum. Keine 14 Tage, nachdem M. Kühnen als Initiator der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ in Bad Bergzabern bei Karlsruhe die „Wiedergeburt einer nationalsozialistischen Bewegung“ verkündete, führte die NPD in Bochum-Wattenscheid ihren diesjährigen nordrhein-westfälischen Landesparteitag durch. Bereits am Vorabend demonstrierten über 1000 Antifaschisten gegen diese von vielen zu Recht als Provokation empfundene Veranstaltung und protestierten gegen die Stadt Bochum, die der NPD die Stadthalle in Wattenscheid ohne weiteres vermietet hatte. Am 12. Mai selbst kam es vor der Stadthalle schon ab 6.00 Uhr morgens zu handfesten Auseinandersetzungen zwischen annähernd 2000 Gegendemonstranten und mehreren zum Schutz der Faschisten aufgefahrenen Hundertschaften Bereitschaftspolizei. Nur mit beträchtlicher Verspätung gelang es den Polizeitruppen, den NPD-Mitgliedern Zugang zur Halle zu verschaffen.



„Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ wurde immer wieder gerufen.

„Ausländerstopp — Deutschland den Deutschen“, so lautete die Hauptlösung der NPD im letzten Bundestagswahlkampf. Unter dieser Lösung führte sie auch ihren Parteitag durch. Seit mehreren Jahren sieht die NPD nackte Ausländerhetze als besten Hebel zur Verbreitung ihrer nationalsozialistischen Blut- und Boden-Ideologie an. Ein wesentliches Mittel hierzu ist die vor etwa drei Jahren gegründete „Bürgerinitiative Ausländerstopp“, die ihren Sitz in der nordrhein-westfälischen Landeszentrale der NPD, ebenfalls in

Bochum-Wattenscheid, hat. Absehbar ist, daß die NPD den so geschrägten Nationalismus zu verstärkter großdeutscher „Wiedervereinigungs“propaganda nutzen will. Auf dem Parteitag beschloß sie, sich in NRW an den Europa-Wahlen 1984 zu beteiligen.

Ganz offensichtlich fühlen sich die Neonazis durch die Politik der verschiedenen Regierungsebenen hierzu ermutigt. „Die neue CDU/CSU/FDP-Regierung hat ein Programm zur Ausländerpolitik vereinbart, das in vielen Punkten den Forderungen der Freiheitlichen entspricht“, frohlockte die der NPD nahestehende „Deutsche National Zeitung“ bereits am 8.10.1982 („Freiheitliche“ = Anhänger der Zeitung). Die Behauptung der „Bedrohung der nationalen Identität“ durch ausländische Arbeiter ist mittlerweile praktisch Regierungsprogramm. Und auch die Ablehnung der beiden 1980 und 1982 von der „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ gemäß der nordrhein-westfälischen Landesverfassung beantragten Volksbegehren nach „Ausländerstopp“ und „Einführung von gesonderten Regelklassen für ausländische Schüler“ war durch die Landesregierung keineswegs prinzipiell begründet worden. Vielmehr hat Kultusminister Girsigsohn (SPD) kurz nach der Ablehnung des Volksbegehrens für ausländische Regelklassen selbst einen Erlass herausgegeben, nach dem reine „Ausländerklassen“ in Einzelfällen durchaus eingeführt werden sollen. So wird der Boden geschaffen, auf dem auch faschistische Anschläge gegen türkische Geschäfte und Einrichtungen wie im letzten Jahr in Witten, Gelsenkirchen und Dortmund, gedeihen.

Dazu paßt es, wenn im letzten Jahr die Stadt Witten durch ein Urteil des Oberverwaltungsgerichts Münster verpflichtet wurde, der NPD für ihren Landesparteitag 1982 einen Saal zur Verfügung zu stellen. Im Prozeß gegen vier Teilnehmer der damaligen Gegendemonstration, der Anfang April wegen „Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte“ eröffnet wurde, wurde der Vorsitzende Richter Riepe jetzt wegen Befangenheit abgelehnt. Die Rechtsanwälte wiesen nach, daß Riepe selbst im letzten Jahr in der Nähe des Wittener Saalbaus, in dem die NPD tagte, war und zumindest wortgewaltig NPD-Mitglieder vor Gegendemonstranten in Schutz nahm.

Dazu paßt auch der weitgehende Einsatz polizeirechtlicher Mittel in diesem Jahr. So entnahm der Bochumer

Polizeipräsident Berndt den Schulleiter des neben der Stadthalle gelegenen Märkischen Gymnasiums ausdrücklich seines Hausrechts, um den Zugang zu zwei Seiteneingängen der Stadthalle, die nur über das Schulgelände zu erreichen sind, freizumachen. Der Schulleiter hatte diesen Zugang in Übereinstimmung mit Schülern und Lehrern untersagt.

Das im Aufruf der „Wattenscheider Aktionswoche gegen Faschismus und Krieg“, einem Zusammenschluß zahlreicher Organisationen, darunter der „Volksfront“, genannte Ziel der Gegenaktionen, die Verhinderung des NPD-Parteitages, konnte nicht erreicht werden. Klar war aber, daß die Auseinandersetzung mit den Neonazis verstärkt weitergeführt wird. Auf der Abschlußkundgebung am 12. Mai hob der ÖTV-Bezirksjugendsekretär Dieter Krause hervor, daß es vor allem um den Aufbau einer gewerkschaftlichen Front gegen die faschistischen Kräfte gehen muß. Der DGB hatte diesmal erst spät gegen den NPD-Parteitag protestiert und nicht ausdrücklich zu den Gegenaktionen am 12. Mai aufgerufen. Gefordert wurde neben Straffreiheit für die insgesamt vier zeitweise festgenommenen Teilnehmer der Gegenaktionen die Schließung der NPD-Landeszentrale in Bochum-Wattenscheid und das Verbot der NPD.

CDA

„Große Übereinstimmung“ mit dem DGB?

Neumünster. Ende April trafen sich in Neumünster erstmals der DGB und die CDU-Sozialausschüsse zu einem Gespräch auf Kreisvorstandsebene. Gesprächsthema war, wie die Arbeitslosigkeit beseitigt werden soll. In einer gemeinsamen Presseerklärung von DGB und CDA wurde dabei „überwiegend große Übereinstimmung“ festgestellt. Übereinstimmung heißt in diesem Fall, daß die CDA, die auch zu dem Gespräch eingeladen hatten, wesentliche Positionen gegenüber dem DGB durchsetzen konnten. In der Frage der Arbeitszeitverkürzung verzichtete der DGB-Kreisvorstand von vornherein auf die Forderung nach vollem Lohnausgleich. Damit wird die Arbeitszeitverkürzung nicht zu einem Mittel, der verstärkten Ausbeutung durch Verdichtung des Arbeitstages schranken zu setzen, sondern gibt den Kapitalisten weitere Möglichkeiten zur Lohnsenkung. Als weitere gemeinsame Forderung wurde die Ausdehnung der Teilzeitarbeit aufgestellt. Durch Abschluß von Tarifverträgen soll vor allem auch bei Männern die Teilzeitarbeit eingeführt werden.

Seit dem Regierungswechsel in Bonn versuchen die CDA, ihren Einfluß innerhalb des DGB zu verstärken. Dabei wollen sie nicht nur erreichen, daß der DGB die Politik der neuen Bundesregierung duldet, sondern daß der DGB selber für ihre offen chauvinistischen Positionen eintritt. Daß so eine Politik auch innerhalb des DGB Freunde findet, zeigt nicht nur das Gespräch zwischen CDA und DGB. Auf den Mai-veranstaltungen des DGB wurden die Koalitionsvereinbarungen von CDU/CSU und FDP fast nirgendwo kritisiert.

Auf welche Positionen die CDU die Gewerkschaften festlegen will, zeigt der Maiaufruf des CDA-Kreisvorstandes Itzehoe: „Vor 30 Jahren walzten russische Panzer den Aufstand des 17. Juni platt, den Bauarbeiter im anderen Teil Deutschlands ausgelöst hatten.

Die gleichen Erfahrungen mit der Diktatur machten nach ihnen polnische, tschechische, ungarische Arbeiter. Wir solidarisieren uns mit den Arbeitern, die auch in diesem Jahr den 1. Mai in Unfreiheit erleben müssen. Die Arbeiterbewegung der freien Welt ist stolz auf den zähen Kampf der polnischen Arbeiter für das Selbstbestimmungsrecht ihrer Gewerkschaft Solidarnosc.“

Auf der Maikundgebung in Neu-münster hat Siegfried Merten (ÖTV-Hauptvorstand) ausdrücklich festgestellt, daß die Gewerkschaften gegen Revanchismus sind. Er hat auch nicht vom „Selbstbestimmungsrecht der polnischen Arbeiter“ gesprochen, sondern die Unterdrückung der Gewerkschaften in der Türkei und die Unterstützung der Militärjunta durch die Bundesregierung angegriffen.

wickeln, dem die Tendenz (inne-wohnt), sich letztlich auch in den staatlichen Bereich auszuwirken ...“. Gleichzeitig vergaß Cassens nicht, Gründe für einen Waffengang zur „Befreiung unserer Brüder und Schwestern“ festzulegen: „Denn die künstlich aufrechterhaltende Teilung der Nation im Herzen Europas wird immer ein erheblicher Störfaktor für den Frieden in der Welt sein.“

Der auf dem JU-Niedersachsenstag als Hauptredner anwesende CDU-Landesvorsitzende Hasselmann zeigte sich erfreut über den deutschlandpolitischen Schwerpunkt und wies der Parteijugend eine Rolle als „geistige Speerspitze“ zu. Das beschlossene, aus 25 Thesen bestehende Papier orientiert sich in allen wesentlichen Punkten an den Programmen der Mutterpartei. „Die deutschland- und ostpolitische Position der JU Niedersachsen orientiert sich an dem Bestreben, im Rahmen des Selbstbestimmungsrechts aller Völker die Wiedervereinigung Deutschlands zusammen mit der politischen Einigung Europas in Frieden und Freiheit zu erreichen.“ (Einleitung)

Einige Kernsätze aus den Thesen: „Die deutsche Nation existiert.“ – „Ein vernünftiges Nationalbewußtsein ist kein egoistischer Nationalismus. Die Liebe zur eigenen Nation ist ein positiver Wert.“ – „Die deutsche Frage ist nach wie vor offen.“ – „Die Jugend muß Träger des Einheitsgedankens werden.“ Um dies zu erreichen, werde „die JU Niedersachsen die Fortsetzung einer realistischen Verflechtungspolitik und die Erleichterung der innerdeutschen Reisebeziehungen unterstützen“. Der „Stellenwert der nationalen Frage“ müsse sich erhöhen (Schule, Lehrerausbildung, Aufbereitung der Medien). Schul- und Gruppenreisen, Sportbeziehungen etc. sollen das Bewußtsein schaffen, „Teil einer zusammengehörigen Nation“ zu sein.

Mit der These 5: „Die Bundesrepublik Deutschland ist Treuhänder für eine freiheitliche Ordnung aller Deutschen. Sie nimmt die Schutzhaltung für die Grund- und Menschenrechte der Deutschen wahr ...“ und der These 9: „Die JU Niedersachsen fordert eine Deutschlandpolitik, die dynamisch angelegt ist, die Grenze zwischen der DDR und der Bundesrepublik Deutschland in Frage stellt, Menschenrechte und Freiheitsrechte des einzelnen im Mittelpunkt weiß und auf nationaler und internationaler Ebene offensiv die deutsche Frage einbringt“, vertritt die JU die Position des CDU-Grundsatzprogramms von 1978 („Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen in aller Welt gegenüber dem Souveränitätsprinzip Vorrang haben.“), die das grenzübergreifende

Junge Union

CDU-Nachwuchs für „Wiedervereinigung von unten“

Goslar. Im Mittelpunkt des Niedersachsenstags 1983 der Jungen Union Ende Februar in Goslar stand das Thesenpapier „Deutschland – Zukunftsaufgabe für unsere Generation“, das der JU-Landesvorstand Ende April mit den beschlossenen Änderungen der Öffentlichkeit zugänglich machte.

Die „deutschlandpolitische Offensive“, zu der die CDU Niedersachsen unter Führung des Duos Albrecht/Hasselmann seit etwa zwei Jahren bläst, basiert auf dem Leitgedanken: „Wiedervereinigung von unten“. Bestandteile dieser Offensive sind u.a. die verstärkte Einrichtung von „deutschlandpolitischen Bildungs- und Informationszentren“ entlang der niedersächsischen Grenze zur DDR sowie die

Durchführung von Schülerwettbewerben. Und wenn auch die niedersächsischen CDU-Spitzenpolitiker ihre Absicht, die Rückeroberung der DDR sowie polnischer und sowjetischer Gebiete durch die westdeutschen Imperialisten vorzubereiten, nicht so lauthals hinausposaunen wie ein F.J. Strauß, mangelnde Zielstrebigkeit ist ihnen wahrlich nicht vorzuwerfen.

Auf der Deutschlandtagung der CDU Niedersachsen im Mai 1982 in St. Andreasberg hatte Wissenschaftsminister Cassens ausgeführt: „Wiedervereinigung von unten (basiert) darauf, ein von autoritären Regimen nicht mehr zerstörbares Beziehungsgeflecht auf der untersten Ebene beiderseitiger Kontakte und Zusammenarbeit zu ent-



„Kreuz des deutschen Ostens“, Bad Harzburg. Vor dem 17. Juni 1982 „von Unbekannten angesägt“, schützt heute eine Stahlstütze die Kultstätte.

Eingreifen für bürgerliche Freiheitsrechte und die Verletzung der staatlichen und territorialen Souveränität anderer Länder direkt fordert.

In These 21 („Flüchtlinge“) wird der DDR dann auch die Schuld zugewiesen, das „Grundrecht auf Freizügigkeit“ mit dem Mauerbau verletzt zu haben, und mit der Aussage: „Auch entgeltliche Fluchthilfe ist als solche nicht rechtswidrig“ geradezu zur paramilitärischen Einmischung in Angelegenheiten der DDR aufgefordert.

Obwohl die JU wörtlich aus dem CDU-Grundsatzprogramm abgeschrieben hat, daß bei der Auslegung sämtlicher Verträge die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts von 1973 und 1975, die Briefe zur deutschen Einheit usw. sowie das Grundgesetz maßgeblich sind, d.h. nach wie vor weder die DDR völkerrechtlich anerkannt noch der Anspruch auf polnisches und sowjetisches Gebiet aufgegeben ist, stößt die These 12 innerhalb der CDU Niedersachsen auf Widerspruch. Dort „begrüßt die JU die Entscheidung der Bundesregierung und des Bundestages, daß eine einseitige und gewaltsame Änderung der Oder-Neiße-Linie ausgeschlossen ist“ und „spricht sich für eine künftige Ordnung zwischen Deutschland und Polen aus“, wo „unter Einrichtung eines Volksgruppenrechtes für die in den Ostgebieten lebenden Deutschen ... die Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens auch in Zukunft angesehen werden“ sollte.

Die CDU Helmstedt auf dem niedersächsischen Landesparteitag im April, später auch der CDU Bezirk Hildesheim werfen der JU in diesem Punkte „Vorwegnahme einer friedensvertraglichen Regelung“ vor, d.h. unnötigen Verzicht, und fordern den JU-Landesvorstand auf, sich zu distanzieren. Der Landesfachausschuß Deutschlandpolitik der CDU wird sich mit der weiteren Ausrichtung der Jugendorganisation beschäftigen.

Lohnabschluß Stahl Kapitalisten setzen „Notopfer“ durch

Essen. Am 5. Mai sind die Lohn- und Gehaltstarife für die 175 000 Beschäftigten der Stahlindustrie in Nordrhein-Westfalen, Bremen und Südwesfalen abgeschlossen worden. Das Ergebnis sieht eine Erhöhung in zwei Stufen vor: Ab 1.4. um 2%, ab 1.10. um 3,2%. Die Laufzeit beträgt zwölf Monate. Die Ausbildungsvergütungen werden in den beiden ersten Lehrjahren um 12 DM erhöht. Auch wenn der Ausgangspunkt der nächsten Tarifauseinandersetzung damit der gleiche Ecklohn wie in der Metallindustrie ist, liegt

der Abschluß doch erneut deutlich unter dem Metallergebnis. Ganze 2,6% macht die Lohnerhöhung aufs Jahr gerechnet aus, mit auf den Ecklohn 46 DM brutto noch drastischere Lohnsenkung als in der Metallindustrie.

Dieser Abschluß entspricht den Absichten, mit denen die Kapitalisten in die Tarifauseinandersetzungen gegangen sind. Zwar bezeichnet ihr Verhandlungsführer Karl-August Zimmermann den Abschluß – wie üblich – als „Grenze dessen, was den Unternehmern an Kosten zugemutet werden kann“. Aber von Anfang an ging es ihnen vor allem darum, entgegen dem erklärten Ziel der IG Metall die angebliche „Notlage“ der Stahlindustrie im Tarifergebnis deutlich zu fixieren.



40000 Stahlarbeiter beteiligten sich an Warnstreiks. In mehreren Betrieben wurde Urabstimmung verlangt.

Dabei hat der Entlassungsdruck in der Stahlindustrie die Ausgangslage der IG Metall ohne Zweifel verschlechtert. Doch schon mit dem Zugeständnis der Weihnachtsgeldkürzung bei Arbed-Saarstahl hat die IG Metall ganz unnötiges „Verständnis“ für die Stahlkapitalisten signalisiert und selbst einen Schritt in die von den Kapitalisten angestrebte Lohndifferenzierung je nach Wirtschaftslage akzeptiert. Kampfmaßnahmen wären bei der gerade in der letzten Zeit offenkundig gewordenen Zerstrittenheit der Stahlkapitalisten und der verschärften Konkurrenzlage vor allem innerhalb der EG keineswegs aussichtslos gewesen.

Es liegt auf der Hand, daß die Rationalisierungsvorhaben der Kapitalisten durch den jetzigen Lohnabschluß gefördert werden. Und auch die Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche, die im nächsten Jahr ansteht und auf die viele Funktionäre der IG Metall jetzt orientieren, wird erschwert werden. Zu leicht kann im Ergebnis nur weitere Lohnsenkung herauskommen.

BMW AG 1982, Glanzjahr für die Kapitalisten

München. 1982 war laut Vorstand und Aufsichtsrat eines der besten Jahre für die BMW-Kapitalisten. Die Dividende wird auf 20% (Vorjahr 18%), die Einstellungen in die Rücklagen auf 90 (55) Mio. DM erhöht, es bleibt ein Bilanzgewinn von 110 Mio. DM.

Die Milliardeninvestitionsprogramme der letzten Jahre zur Umwälzung der Produktion und Intensivierung der Arbeit, deren Höhepunkt vorerst die Inbetriebnahme von 200 Schweißrobotern im Herbst war, tragen profitliche Früchte.

Begleitet war dies von einem Ausbau der Personalabteilung mit „arbeitswissenschaftlicher Betreuung“ beim Einsatz neuer Maschinerie und Erprobung maximaler Arbeitsintensität im Pilotwerk, bis hin zur Errichtung einer sozialpsychologischen Abteilung, die für einen reibungslosen Produktionsablauf sorgen soll. So wurden Arbeiter aus dem alten Rohbau, die sich der ständigen Arbeitsintensivierung entgegenstellten oder die häufig krank waren, in eine Außenstelle verlegt, wo sie unter schweren körperlichen Belastungen Rohkarossen zusammenschweißen, während im neuen Rohbau nicht nur 3. Schicht, sondern massenweise Überstunden, auch an den Wochenenden, gefahren werden, so daß in diesem Jahr „leider keine Sonderschichten mehr drin sind“ (Betriebsratsvorsitzender Golda).

Laut Golda waren die BMW-Kapitalisten die Hauptgegner einer Übernahme des VW-Abschlusses in der bayerischen Metallindustrie. Inzwischen beziffern sie ihre dadurch errungenen Ersparnisse auf 14 Mio. DM.

Während v. Kuenheim nicht müde wurde, zu kurze Arbeitszeit und zu hohe Lohn- und Lohnnebenkosten als wesentliche Hindernisse im internationalen Konkurrenzkampf zu geißeln, sind, gemessen in Prozent des Umsatzes, Löhne und Gehälter mit 20,3% auf den niedrigsten Stand seit 1979 und die „Sozialaufwendungen“ auf den niedrigsten seit 1966 gesenkt worden. Die Sozialaufwendungen in Prozent des gesamten Personalaufwands machen nach 39,3% 1979 im Jahr 1982 noch 38% aus. Der Umsatz/Beschäftigtem konnte hingegen 1982 um 17% gesteigert werden, eine Rate, die nur zweimal übertroffen wurde: 1966/67 durch Reduzierung der Belegschaft und 1975/76 durch Sonderschichten und Überstunden in hohem Maß und als Ergebnis der ab 1974 eingeleiteten Rationalisierung durch Einsatz modernster Maschinerie.

Erhebliche Produktivitätssteigerung durch zunehmende Arbeitsbelastung

Stuttgart. Der Vorstand der Industriegewerkschaft Metall geht davon aus, daß bei einer Arbeitszeitverkürzung auf 35 Stunden in der Woche 50 Prozent der Verkürzung durch Produktivitätssteigerung aufgefangen wird. Nicht unterschieden wird dabei zwischen der Produktivitätssteigerung infolge neuer Technologie oder infolge verschärfter Arbeitsetze. Es mehren sich aber in der IG Metall die Forderungen nach Regelungen zur Vermeidung zusätzlicher Leistungsverdichtung (1). Ange- sichts der zunehmenden Arbeitsbelastung und des Reallohnabbaus in den vergangenen Jahren ist die Bereitschaft des Vorstands zum Lohnverzicht im Jahr 1984 bereits ein Kapitulationsangebot an die Kapitalisten (2). Der Lohnabbau begünstigt die Leistungsverdichtung. Beispielhaft zeigen wir die zunehmende Arbeitsbelastung und die Methoden der Kapitalisten am Bosch-Werk Feuerbach.

Rolle der Datenverarbeitung bei der Leistungsverdichtung: Die neuen Fertigungssteuerungssysteme ermöglichen die genaue Verfolgung eines Werkstücks von Werkstatt zu Werkstatt. Nach Auskunft zuständiger Stellen im Pumpenwerk (5000 Beschäftigte) konnte die Durchlaufzeit bei einigen wichtigen Teilen um drei bis vier Tage gesenkt werden, das sind 30 bis 50 Prozent der vorigen Durchlaufzeit. Der Druck auf die Werkstätten wird vergrößert. Fällt eine Maschine aus oder hat ein Werkstück schlechte Qualität, dann darf trotzdem die Fertigung gegenüber der Planung nicht in Verzug kommen. Da die Lagerbestände minimal gehalten werden, ist Hetze die Folge. Die Mehrbelastung fällt voll auf die Arbeiter und Angestellten.

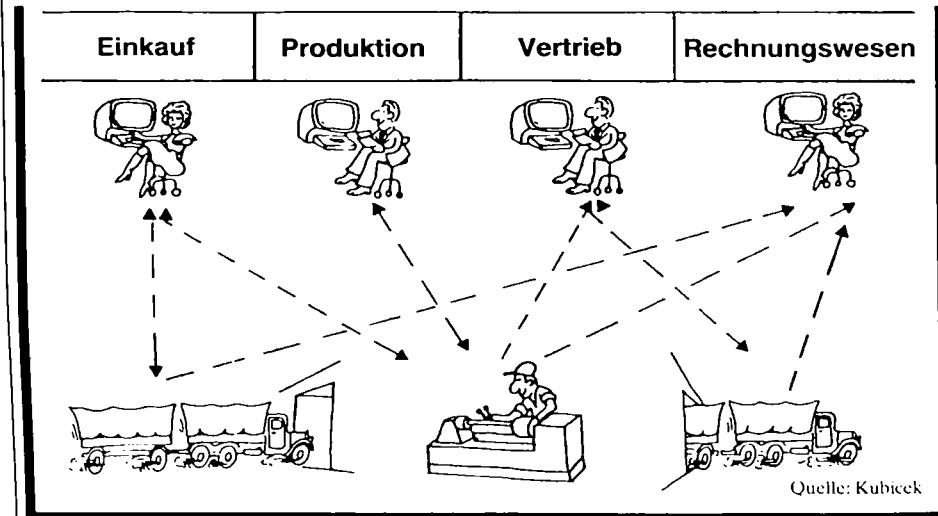
Damit die Meister Produktionsarbeiter und Einsteller direkt kontrollieren können, werden zukünftig die Meisterbereiche verkleinert, der Arbeitsplatz des Meisters kommt mit einem Bildschirmeingabegerät in die Produktion. Vizemeister sollen längerfristig ganz entfallen, da deren Aufgaben (Urlaubsplanung, Krankenerfassung und -befragung, Büroarbeit) durch die Datenverarbeitung überflüssig werden.

Der Verwaltungsapparat und der Produktionsablauf ist bereits so durch rationalisiert, daß Bosch-Kunden wie Volkswagen oder Opel nach Anruf ihre Ware ohne Verzug geliefert bekommen – bei Minimierung der Vorräte.

Leistungsverdichtung in einzelnen Werkstätten: Obwohl die Arbeitszeitordnung einen regelmäßigen Arbeits-

tag von acht Stunden vorschreibt, wird die Arbeitszeit durch Kurzarbeit, Überstunden und Sonderschichten, Wechsel von Zweischicht- und Dreischichtarbeit flexibel gemacht.

Beispiel Fertigung Dieseleinspritzpumpe für LKW (A-Pumpe): Hier wurde am Montageband die Hälfte der 14 Arbeiter abgezogen wegen Rückgangs der Aufträge. Wurden ansonsten von 14 Arbeitern 345 Pumpen in jeder Schicht montiert, so jetzt von sieben



Die neuen Fertigungssteuerungssysteme bringen eine wesentliche Intensivierung der Arbeit. Der Spielraum der Werkstätten wird eingeschränkt.

Arbeitern 200, was einer Mehrleistung von 16 Prozent entspricht. Dies geschah ohne jede technische Veränderung. Stattdessen wurde der Springer abgeschafft und der Einsteller muß am Band aushelfen. Der zuständige Meister wurde vom Werksleiter nach Protest angepfiffen: „Wir brauchen die Stückzahl. Sie sind der Meister und mir dafür verantwortlich!“

Beispiel Lichtwerk: Im Jahr 1982 betrug die Steigerung der Fertigung von Drehstromlichtmaschinen 10%, die Steigerung beim Regler 9%, der Personalrückgang 3%. Der Überstundenanteil bezogen auf die 40-Stunden-Woche betrug 3%, die Produktivitätssteigerung durch technische Anlagen nach Angaben der IG Metall Stuttgart durchschnittlich 4%. Der Saldo von 6% Steigerung der Produktion geht eindeutig auf Kosten verschärfter Ausbeutung.

Beispiel Prüfung der Verteilerpumpe für PKW: Hier wurde sofort im Anschluß an die Kurzarbeit Ende Januar der Schichtbetrieb von Zweischicht auf Dreischicht umgestellt. Als Grund wurde genannt: Kundenwünsche und

notwendige Umbaumaßnahmen an den Anlagen. Der Kommentar der Arbeiter zur Kurzarbeit: „Geschäft ist genug da, die Kurzarbeit ist ein Witz!“

Eine häufige Methode, Leistungsverdichtung zu erreichen, ist die Mehrmaschinenbedienung. Der Auftragsrückgang wird dazu genutzt, um früher erkämpfte Vorgabezeiten abzuschaffen und Mehrmaschinenbedienung zu verlangen.

Weigert sich der Maschinenarbeiter, wird er versetzt. Schafft er den Akkord nicht, verliert er bis zu einem Drittel seines Lohns. Dabei dienen oft kleinere Veränderungen zur Erhöhung der Stückzahl, z.B: Reglermontage Pumpenwerk, die Datenanzeige ist statt oben unten angebracht. Laut Messung steigt die Stückzahl von 1200 auf 1500.

Initiativen des Bosch-Betriebsrates: In den Verhandlungen mit der Bosch-Geschäftsführung verlangt der Betriebsrat für den ganzen Konzern, daß ein hoher Bestandteil des bisherigen Lohns durch einen besonderen Lohnaufbau abgesichert wird. Die Einführung der neuen Technologie habe den Einfluß auf die Stückzahl erheblich verringert. Die angestrebte Entlohnungsart ist der Prämienlohn, der Leistungslohnanteil soll als stabile Größe vereinbart werden. Gegenüber dem Zeitlohn hat der Betriebsrat hier nach §87 BetrVG Mitspracherecht hinsichtlich Sollmenge, Pausen usw. Der Feuerbacher Betriebsrat hat vereinbart, daß nicht mehr als 138% Leistungsgrad bei Akkordarbeit verrechnet werden. Diese Eingrenzung der Akkordarbeit soll der Überbeanspruchung Grenzen setzen. Die IG Metall Baden-Württemberg hat bezüglich der Rechte der Akkordlöhner und des Betriebsrates einen neuen Lohnrahmentarifvertrag II gefordert.

(1) Gewerkschafter, Monatszeitschrift für die Funktionäre der IG Metall, 5/83, S.1; (2) Gewerkschafter 3/83, S.9; weiterer Quellenhinweis: Lothar Zimmermann, Humane Arbeit – Leitfaden für Arbeitnehmer, Rowohlt 1982

Bei Blaupunkt ist der Aufschwung schon da!

Hildesheim. Die Bosch-Tochter Blaupunkt in Hildesheim hat die Belegschaft zwischen 1976 und 1981 um 22% abgebaut und parallel dazu in dem Zeitraum ein Umsatzplus von 35% erzielt. Auf der Grundlage von großen Rationalisierungsinvestitionen z.B. 1980/81 83 Mio. DM und der breiten Einführung der Schichtarbeit für die Frauen haben die Bosch/Blaupunkt-Kapitalisten sowohl im Produktionsbereich Farbfernsehgeräte als auch bei den Autoradios in der BRD und im Ausland (Exportanteil 35%) Marktanteile hinzugewonnen.

Im Jahr 1983 hat Blaupunkt zwei zusätzliche Aufträge bekommen: Cassettenlaufwerke für den größten amerikanischen Autoradiohersteller Delko und Autoradios für Ford. Geschätztes Umsatzvolumen der beiden Aufträge ca. 54 Mio. DM. Durch 200 befristete Einstellungen und Überstundenarbeit an zwei bis sechs Samstagen in den verschiedenen Abteilungen wollen die Kapitalisten die Aufträge bis zum Herbst profitabel abgewickelt haben. Der Betriebsrat hat zu den Überstunden folgende Bedingungen gestellt: Arbeiter, die Kinder zu betreuen haben bzw. keine Fahrtmöglichkeit haben, brauchen keine Samstagschichten zu machen; geplanter Urlaub, besonders für ausländische Arbeiter darf nicht beschnitten werden; wenn Urlaub umgebucht werden muß, sind die Kosten von Blaupunkt zu übernehmen; zusätzliche Fahrtkosten für die Samstage müssen erstattet werden; Samstage sind keine Sonderschichten, sondern freiwillige Überstunden.

Bei der Durchführung der Überstunden zeigt sich der große Mangel dieser Vereinbarungen: sie müssen von den einzelnen Belegschaftsmitgliedern in den einzelnen Werkstätten durchgesetzt werden. Bei den extremen Lieferdruckvorgaben durch die Kapitalisten spielt sich in den einzelnen Werkstätten folgendes ab: von den Meistern werden die Samstage als Pflicht angesehen. Wer in ihren Augen fehlt, bekommt ein „N“ eingetragen, was zur Reglementierung führt. In einigen Produktionszweigen werden je nach Stückzahlbedürfnis die Samstagszahlen kurzfristig geändert und zum Teil zusätzlich an den Werktagen zwei Überstunden verlangt.

Arbeitsschutzkampagne Arbeit im Krankenhaus macht krank

Augsburg. Die Kreisverwaltung Augsburg der Gewerkschaft ÖTV hat im Rahmen der bundesweiten gewerkschaftlichen Aktion „Arbeitsschutz im Krankenhaus“ eine Aufklärungs- und Untersuchungskampagne in den Krankenhäusern des gesamten Regierungsbezirkes Schwaben in Angriff genommen. Auf einer Informations- und Diskussionsveranstaltung in Augsburg berichteten drei Gewerkschaftsmitglieder aus dem Personalrat des Augsburger Zentralklinikums, zwei Pfleger und ein Arzt über die Arbeitsschutzsituation in dem gerade erst fertiggestellten und vollständig neu bezogenen 1400-Betten-Krankenhaus.

Das Krankenhaus wurde geplant und gebaut mit ganzen Bereichen ohne natürliche Lichtquellen, die Röntgen-



Fließband in der Küche des Zentralklinikums

abteilungen, der OP-Bereich, das Labor, die Apotheke, die Küche, die bis zu drei Stockwerke in die Tiefe reichenden Versorgungseinrichtungen. Gerade in diesem Bereich ist die Erkrankungsrate besonders hoch. Die Beschäftigten sind oft mehreren gesundheitsschädigenden Einwirkungen gleichzeitig ausgesetzt: UV-Strahlung durch künstliches Licht, Narkosegase, radioaktive Strahlung, Desinfektionsmittel, hoher Lärmpegel der dicht aufgestellten Maschinerie (in der Küche im Durchschnitt 85 dB), unausgeglichene Luftfeuchtigkeit und Infektionsgefährdung durch Klimaanlagen. Die Arbeitsplatzrichtlinien geben zwar zulässige Höchstkonzentrationen der einzelnen Schadstoffe an, berücksichtigen

aber nicht die wesentlich höhere Gefährdung durch Einwirkung mehrerer Schadstoffe gleichzeitig, unter Umständen für zehn bis zwölf Stunden täglich, bis zu 60 Stunden in der Woche. Die kommunalen Arbeitgeber erkennen ja für das Krankenhaus nicht die Arbeitszeitordnung von 1938 wie in der Industrie an, sondern die von 1924, die eine regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit bis zu 60 Stunden ermöglicht.

Das Zentralklinikum ist ausgelegt für eine Belegung von 85%. Schon jetzt, erst kurz nach Inbetriebnahme, ist es kontinuierlich überbelegt, einzelne Abteilungen ständig bis zu 106%. Das Personal muß die vermehrt anfallende Arbeit bei gleicher Stellenzahl erfüllen. Folge ist ständig steigende Arbeitsschäden. Ein Ergebnis dieses Zustandes ist die besorgniserregende Zahl der Arbeitsunfälle. Im ersten Quartal 1983 waren es genausoviele wie im gesamten zweiten Halbjahr 1982. Die meisten Unfälle waren Stürze durch ständiges schnelles Laufen oder mechanische Unfälle in der Küche aufgrund schnellerer Bandgeschwindigkeiten bei mangelnder Einweisung in die neue Maschinerie.

Ziel der Kreisverwaltung der Gewerkschaft ÖTV ist es, die Arbeitsschutzsituation in einem möglichst großen Teil der Krankenhäuser des gesamten Regierungsbezirkes zu erfassen, von Nördlingen bis Lindau. Gerade auch die Lage in den kleineren Krankenhäusern mit schwacher gewerkschaftlicher Organisierung möchte sie ins Blickfeld rücken. Zu diesem Zweck hat sie Fragebögen an alle Gewerkschaftsgruppen verschickt und gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen und Informations- und Diskussionsveranstaltungen an möglichst vielen Orten organisiert. Ein Gesamtbild liegt noch nicht vor, es scheint jedoch so zu sein, daß gerade in den kleinen Häusern das Hauptgewicht darauf gelegt werden muß, daß die unzureichenden Arbeitsschutzbestimmungen überhaupt erst einmal eingehalten werden.

Krankenhausbedarfsplan Der Bedarf zählt nichts, die Kosten alles

Hamburg. Zwischen 1975 und 1982 sind rund 3000 Betten gestrichen worden; 13 100 blieben übrig. Bis 1990 sollen es noch rund 1 100 weniger sein. Es gelte, so Gesundheitsministerin Elstner, „unser Gesundheitswesen auch in Zukunft für den Steuer- und Beitragsszahler finanziell“ zu erhalten. Außerdem werden bis 1990 sinkende Einwohnerzahlen prophezeit. Über den Gesundheitszustand dieser Einwohner wird wohlweislich nichts gesagt. „Eine

Fülle statistischer Daten“ hat angeblich nicht bestehenden Bedarf aufgedeckt.

Elstner hat versichert, niemand würde entlassen, aus Erfahrung weiß sie, daß sich dieses Problem durch Nichtbesetzung freiwerdender Stellen und Nichtübernahme von Auszubildenden lösen läßt. Daß Personalmangel und Arbeitsetze der Versorgung der Patienten schaden, ist bekannt. In Zeiten, in denen es z.B. für orthopädische und Herzoperationen lange Wartelisten gibt, Patienten auf dem Flur „gepflegt“ werden und manche Abteilungen so ausgelastet sind, daß die Betten kaum kalt werden, von mangelndem Bedarf zu reden, ist ein Hohn. Wie anders als durch Liegezeitverkürzung sollen bei voller Auslastung steigende Patientenzahlen zustande kommen wie z.B. im Allgemeinen Krankenhaus Barmbek, wo 1981 rd. 21 000 Patienten behandelt wurden, 1982 dagegen 23 000?

Das evangelische Krankenhaus Bethesda soll ausgebaut werden. Das benachbarte staatliche AK Bergedorf soll weg. Entstaatlichung, Aussperrung der Gewerkschaften und Aushöhlung des §218 sind die Folge. Die Ärzte des AK Bergedorf arbeiten mit „Pro Familia“ zusammen und nehmen Abtreibungen vor, was man in Bethesda „in Gottes Namen“ verweigern wird.

Kindermedizinische Betten stehen nach umfangreichen, z.T. am Kampf der Beschäftigten gescheiterten Streichungen weiter auf der Abschlußliste. Auch ein Kalkül: wie Arbeitslosigkeit und mangelnde Kindergartenplätze sollen die gestrichenen Betten, die Rückkehr der Frau ins Haus noch dringlicher zu machen. Die Verwandlung von 5% (650) der Akutbetten in billige Nachsorgebetten wird auch die Genesung der Erwachsenen nach Hause verlagern. Die ÖTV fordert: Keine Orientierung allein nach betriebswirtschaftlichen Kriterien. Kein Personalabbau. Keine weitere Entstaatlichung. Kein schleichender Abbau der Reform des §218 durch Verlagerung in den konfessionellen Bereich.

Niedersächsischer Landtag CDU plant Änderung der Geschäftsordnung

Hannover. „Grüne drangsalieren Landtag“ – So hatte die Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ) am 10. März einen Artikel zur Debatte im niedersächsischen Landtag überschrieben. Was war vorgefallen? Mehrere tausend Menschen hielten in einer Eingabe an den Landtag gegen die Erweiterung des Truppenübungsplatzes Kerstlingeröder Feld Einspruch eingelegt. Die

CDU-Fraktion wollte diese Eingabe ohne viel Federlesens vom Tisch fegen. Da erdrückten sich die Grünen, hierüber namentliche Abstimmung zu verlangen und der Landtag mußte „zeitraubend“ (HAZ) darüber befinden. Das war für die CDU Anlaß genug, Geschäftsordnungsänderungen anzukündigen, die für die Zukunft solches unmöglich machen sollen.

So ein Änderungsvorschlag liegt jetzt vor. „Die Pläne der CDU, die über die alleinige Mehrheit im Parlament verfügt, laufen vor allem auf eine Einschränkung der Redezeit für die beiden kleinen Fraktionen hinaus sowie auf eine Einengung der parlamentarischen Betätigung der einzelnen Abgeordneten ...“ (HAZ am 28.4.).

Folgende Änderungen sind vorgesehen:

1. *Große Anfragen:* Sie sollen „in Zukunft weitestgehend schriftlich und nur noch in wesentlichen Teilen mündlich erfolgen“. Bisher war die umfassende mündliche Beantwortung im Plenum vorgesehen.

2. *Kleine Anfragen für die Fragestunde:* Je Tagungsabschnitt, d.h. je Sitzungswoche, soll ein Abgeordneter nur noch eine Anfrage stellen dürfen und in der Fragestunde sollen nur noch höchstens fünf Zusatzfragen zulässig sein, wobei jeder Abgeordnete nur eine Zusatzfrage stellen darf. Bisher sind zwei Anfragen pro Abgeordneten erlaubt; bezüglich der Zusatzfragen besteht keine Einschränkung.

3. *Dringliche Anfragen:* Änderung wie Punkt 2.

4. *Aktuelle Stunde:* Jede Fraktion soll je Tagungsabschnitt nur noch einen Antrag stellen dürfen. Die geltende Geschäftsordnung sieht keine Einschränkungen vor.

5. *Rededauer:* Sie soll „die tatsächliche Stärke der Fraktionen ... berücksichtigen“, d.h. den kleinen Fraktionen soll weniger Redezeit eingeräumt werden. „Den großen Fraktionen fällt es erkennbar immer schwerer, auch neue Mitglieder entsprechend zu Wort kommen zu lassen.“

6. *Namentliche Abstimmung:* Sie soll erst dann durchgeführt werden, wenn 30 Abgeordnete es verlangen. Bisher waren zehn nötig. Die Grünen mit elf Abgeordneten könnten dann keine namentliche Abstimmung mehr beantragen.

Justizminister Remmers möchte für diejenigen, die ihre Geldstrafe nicht bezahlen können, Arbeitslager einführen, Sozialminister Schnipkowitz plant, die Kinder an den Kosten für die Altenwohnheime ihrer Eltern zu beteiligen, und die FDP-Fraktion schlägt die Einführung von Studiengebühren für Studenten vor. All dieses und noch mehr soll vom Landtag abgesegnet werden – je reibungsloser, desto besser im Sinne dieser Reaktionäre.

Soziales Jahr

Baden-Württemberg will „Freiräume schaffen“

Mannheim. In den kommenden sieben Jahren will die Stuttgarter Landesregierung real eine Milliarde DM Personalkosten einsparen, eventuell durch Abbau von 16000 Planstellen. „Freiräume“ schaffen für „bürgerliches Engagement“ nannte Arbeits- und Sozialminister Schlee dies am 23.4.83 im Stuttgarter Landtag bei einem Hearing über „Ehrenamtliche Tätigkeit im sozialen Bereich“. Anläßlich der Sparmaßnahmen im Sozialbereich legt die CDU so richtig mit christlich-sozialen Predigten los. So auf dem Hearing: Viele Menschen zeigten eine „neue Moral“, die man als „mehr Gemeinsamkeit und Askese“ bezeichnen könne. Es gelte jedoch, noch viel brachliegende Bereitschaft für ehrenamtliche (sprich kostenlose) Tätigkeiten zu mobilisieren. Denn siehe: „Helfen dürfen, hilft auch dem, der hilft.“ (Schlee). „Aufgaben, die eine Fachkraft erfordern, müssen auch künftig Fachkräfte vorbehalten bleiben“, es sei aber von Übel, „wenn Aufgaben, die von ehrenamtlichen Laienhelfern besser oder genausogut erfüllt werden können, von hauptamtlichen Kräften wahrgenommen werden müßten.“

Welches deutsche Mädchen könnte nicht im Krankenhaus Betten bauen, und die das halt nicht können, lernen es endlich mal – „zur Sinnerfüllung des Lebens“.

Während die CDU die Ausdehnung des sogenannten „Freiwilligen sozialen Jahres“ (FSJ) plant, bereitet sie gleichzeitig einen großangelegten Einsatz ehrenamtlicher Helfer in Krankenhaus, Sozialstation, Rettungsdienst, Behinderten- und Suchtkrankenhilfe vor. Eine umfassende Untersuchung dazu soll in Mannheim, Stuttgart, Ulm und einigen ländlichen Gebieten durchgeführt werden. Was wären die Auswirkungen vom breiten Einsatz „ehrenamtlicher Helfer“ für sogenannte „Betreuungsdienste im Krankenhaus“?

Ein wesentlicher Teil der Krankenpflege – das Gespräch mit den Patienten – würde dem Pflegepersonal genommen. Die Pflege würde weiter zum bloßen Abfertigen der Patienten verkommen und damit verschlechtert. Neue Voraussetzungen, Fachpersonal einzusparen, wären geschaffen. Forderungen nach mehr Personal will die CDU Wind aus den Segeln nehmen: 1800 statt bisher 800 FSJ-Helferinnen sollen in Zukunft in Baden-Württemberg für eine Taschengeld, Gemeinschaftsunterkunft und drei Mahlzeiten am Tag dienen.

Schwierigkeiten bei der Anhebung und Absicherung der übertariflichen Lohnzulagen

München. In der Druckindustrie wird gegenwärtig über eine neue Lohnstruktur verhandelt. Während die IG Druck vor allem die Sicherung der Übertarife anstrebt, antworten die Kapitalisten mit einem Konzept der analytischen Arbeitsplatzbewertung (vgl. Pol. Ber. Nr. 6/1983, S. 9 f.). Anhand des Süddeutschen Verlags (SV) lässt sich gut zeigen, vor welchen Problemen die Belegschaften und Betriebsräte bei Auseinandersetzungen um die Zulagen gegenwärtig gestellt sind.

Der Süddeutsche Verlag, mit 1900 Beschäftigten größter Druckbetrieb Münchens, verlegt die „Süddeutsche Zeitung“, die auflagenstärkste überregionale Tageszeitung der BRD. Außerdem werden die „Abendzeitung“ und einige Anzeigenblätter produziert. Die Belegschaft ist in der Vergangenheit das Rückgrat gewerkschaftlicher Kämpfe des Bezirks Oberbayern gewesen, so im Lohnstreik 1976 und 1978, als es um die Bedingungen der Einführung neuer Techniken im Satzbereich ging. Die Arbeiter der Technik sind zu etwa 90% organisiert, der Vertrauensleutekörper (VK) umfasst 60 Mitglieder.

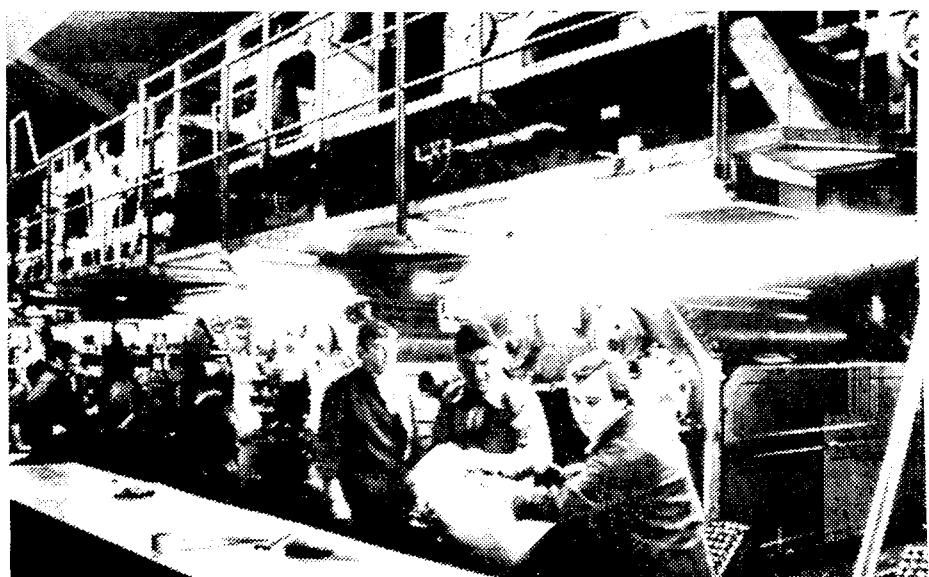
Die Zulagen, die den Arbeitern auf den Tariflohn gezahlt werden, konnten im Vergleich zu anderen Druckbetrieben relativ gut abgesichert werden. Denn während anderswo die „freiwilligen, jederzeit kündbaren“ Übertarife vorherrschen, bestimmen im SV die „Leistungszulagen“ diesen Lohnbestandteil. Konkret: Jeder Arbeiter erhält einen garantierten Sockel von 20 DM/Woche (Hilfsarbeiter 10 DM). Dazu kommen Leistungszulagen bis zu 70 DM bei Hilfsarbeitern, bis zu 80 DM bei Facharbeitern. Kürzungen sind also für die Geschäftsleitung nur über den Weg zum Betriebsrat möglich. Offiziell bestehen für die individuelle Bestimmung dieser Zulage keine Kriterien. Der Betriebsrat hat jedoch durch eine Lohnuntersuchung im Jahre 1982 eine gewisse Systematik entdeckt: Im Facharbeiterbereich liegt die durchschnittliche Zulage in den Abteilungen zwischen 60 und 70 DM/Woche, in der Setzerei etwas höher, bei den Hilfsarbeitern hingegen nur bei 30–40 DM. Die Frauen der Packerei bilden das Ende der innerbetrieblichen Zulagenskala, 52% von ihnen erhalten 10–20 DM.

1980 versuchten Belegschaft und Betriebsrat, Bewegung in das Zulagensystem zu bringen, das ja nicht an die

Entwicklung der Tariflöhne gebunden ist. Der Facharbeitermarkt in München war zu diesem Zeitpunkt leergefeiert. Für den Verlag zeichnete sich ein Rekordjahr an Umsatz und Gewinn ab. Aus der Setzerei, der Abteilung mit den höchsten Zulagen, wurde die Forderung nach Anhebung der Obergrenze auf 150 DM laut. Aus anderen Bereichen wurde die Verdoppelung des garantierten Sockels gefordert. Beide Forderungen wurden vom Betriebsrat aufgegriffen. Auf einer Betriebsversammlung sprach ein Arbeiter im Auftrag des VK zur Begründung: „Daß

Qualität, Arbeitsquantität, Arbeitseinsatz und betrieblichem Zusammenwirken solle in Zukunft bewertet werden, wobei in der Punktezahl die „Arbeitsqualität“ mit maximal 36 Punkten dominieren sollte. Der Betriebsrat reagierte prompt. In einer Abstimmung lehnte die Belegschaft mit überwältigender Mehrheit ab, obwohl eine Anhebung der Zulagenobergrenze um 10 DM/Woche in Aussicht gestellt worden war.

Schon vorher hatte der Betriebsrat das Dilemma, in dem er steckte, erkannt. „Ziel des Betriebsrats müßte es



Zeitungssrotation im Süddeutschen Verlag. 1985 soll außerhalb Münchens das neue Druckzentrum in Betrieb genommen werden; es soll flächenmäßig das größte Westeuropas sein. Die Hälfte der Kosten von ca. 170 Mio. DM kann der Verlag ohne Aufnahme von Krediten finanzieren.

unser aller Leistung teilweise bis zum Geht-nicht-mehr gesteigert worden ist, dürfte allgemein erkannt worden sein. Daß aber uns, und insbesondere den sogenannten „ungerecht Behandelten“, die Direktion Lohnansprüche vorenthält, ist, gemessen an ihren eigenen Worten, ein starkes Stück. Man kann daraus eigentlich nur schließen, daß der Zusammenhalt der Kollegen untergraben werden soll, und daß man teilweise den Lohn so niedrig hält, damit eine Bereitschaft zu Überstunden erhalten bleibt ... Wir wollen eine starke Anhebung der unteren Leistungszulagen nach oben. Und zwar umgehend.“

Die Geschäftsleitung reagierte prompt mit der Vorlage eines Bewertungssystems. Wenn schon *Leistungszulage*, dann müsse es schließlich auch *Kriterien* dafür geben. Nach Arbeits-

sein, im Zuge der Umgestaltung Anhebung, Bestandssicherung und eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung sowie eine verstärkte Rechtssicherheit für diesen Lohnbestandteil zu erreichen ... Es sollte nicht das Ziel des Betriebsrates sein, bei der Bemessung von Leistungszulagen generell mitzureden. Logische Konsequenz wäre nämlich, daß der Betriebsrat auch hierfür allgemein anwendbare Kriterien mitausarbeiten und ggf. in jedem Einzelfall mitanwenden müßte. Wir kämen also in die gleiche Situation, in der sich die Betriebsräte im Metallbereich befinden – nämlich mit über die individuelle Höhe der jeweiligen Leistungszulagen entscheiden zu müssen, ohne die Möglichkeit einer Ausweitung des insgesamt zur Verfügung stehenden Betrages zu haben.“ (Diskussionspapier des Betriebsrats)

Dieses Problem geht auf eine Falle im Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) zurück. Dort heißt es im § 87: „Der Betriebsrat hat, soweit eine gesetzliche oder tarifliche Regelung nicht besteht, in folgenden Angelegenheiten mitzubestimmen: ... 10. Fragen der betrieblichen Lohngestaltung, insbesondere die Aufstellung von Entlohnungsgrundsätzen und die Einführung und Anwendung von neuen Entlohnungsmethoden sowie deren Änderung.“ Im Klartext: Da Löhne und Gehälter bereits in Tarifverträgen geregelt sind, sind Betriebsvereinbarungen zu schlichten Übertarifen unwirksam. Und: Der Betriebsrat hat auf die *Summe* der Zulagen keinen Einfluß, nur auf die *Verteilung*.

Der Betriebsrat diskutierte daher einen Entwurf, der die Leistungszulagen innerhalb einer sehr engen Bandbreite (80 – 100% eines Meßbetrages) festlegt, und diese durch Betriebszugehörigkeits- und Erschwerniszulagen zu ergänzen. Die Geschäftsleitung blockte und verstand es, das Interesse auf eine allgemeine Sonderzahlung von 1500 DM zu konzentrieren, die damit doppelt so hoch wie im Vorjahr ausfiel.

In der Folgezeit unternahm der Betriebsrat keinen Versuch mehr, zu einer generellen Neuregelung der Leistungszulagen zu kommen. Er konzentrierte sich in der Folgezeit auf Höhergruppierungen, soweit sich dafür Möglichkeiten durch Einführung neuer Techniken und Neuregelung der Gehaltsstruktur ergaben. Im Bereich der Hilfsarbeiter, und hierbei insbesondere in der Packerei und der Hausverwaltung, gab es keinerlei Fortschritte. Ein Betriebsrat berichtet, daß in diesen Abteilungen der Kontakt zu den Beschäftigten noch schwach ist, obgleich sich ein Frauenausschuß seit längerer Zeit bemüht.

Gegenwärtig hat sich die Auseinandersetzung um die Zulagen wesentlich in die Abteilungen verlagert. Eine Angestellte aus der Anzeigenannahme beschreibt das Problem dabei: „Die Abteilungsleiterin schlägt Kolleginnen für eine Erhöhung der Zulagen vor. Fühlen sich andere dabei benachteiligt, wird von ihnen erwartet, daß sie ihre Leistung in Beziehung zu der ihrer Kolleginnen setzen. Wir haben dadurch teilweise das Problem, daß Kolleginnen für die Wiedereinführung der Leistungserfassung sind, die wir gerade

bei der Einführung von Bildschirmgeräten beseitigt hatten. Deshalb käme es darauf an, uns auf gemeinsame Forderungen zu einigen.“

Im letzten Jahr fand eine Wochenendschulung für Betriebsräte und Vertrauensleute statt, bei der auch die neue Lohnstruktur behandelt wurde. Dort zeigte sich, daß das Interesse aus dem Bereich der Hilfsarbeiter am größten ist, was unter anderem damit zusammenhängt, daß viele in der höchsten Hilfsarbeitergruppe eingruppiert sind. Der Vorschlag der IG Druck zur Lohnstruktur sieht vor, daß diese Hilfsarbeiter zum Facharbeiterlohn (100%) aufrücken können. Für viele Facharbeiter hingegen erscheint die betriebliche Zulage für so gesichert, daß der Nutzen der neuen Struktur gering eingeschätzt wird. Jetzt käme es darauf an, eine gründliche Kritik gegen die Vorschläge des Bundesverbandes Druck zu beginnen, der die analytische Arbeitsplatzbewertung zum Inhalt hat. Die Belegschaft des Süddeutschen Verlags hat vor zwei Jahren einen Vorgeschmack darauf bekommen. In der Tarifkommission hingegen ist die Frage noch umstritten.

Beschäftigungsveränderung in der bayerischen Druckindustrie

Die bayerische Druckindustrie hat nach Angaben des Bayerischen Statistischen Landesamtes im Zeitraum von Oktober 1981 nach Oktober 1982 sieben Betriebe weniger, insgesamt 1440 Beschäftigte weniger. Der Umsatz sank um 0,9%, die Bruttolohnsumme sank um 4,03%, und die Bruttogehaltsumme stieg um 6,34%.

Die Beschäftigungsveränderung reicht von minus 10% bis minus 12% bei den Hilfsarbeitern, von minus 4% bis 0% bei den Facharbeitern, bis zu einer Spitze von plus 5% bei Angestellten der Gehaltsstufe 4000 DM und mehr.

Die bayerischen Druckkapitalisten konnten also die Zeit nutzen und bei geringfügig fallendem Umsatz die Bruttolohnsumme um 4,03% senken.

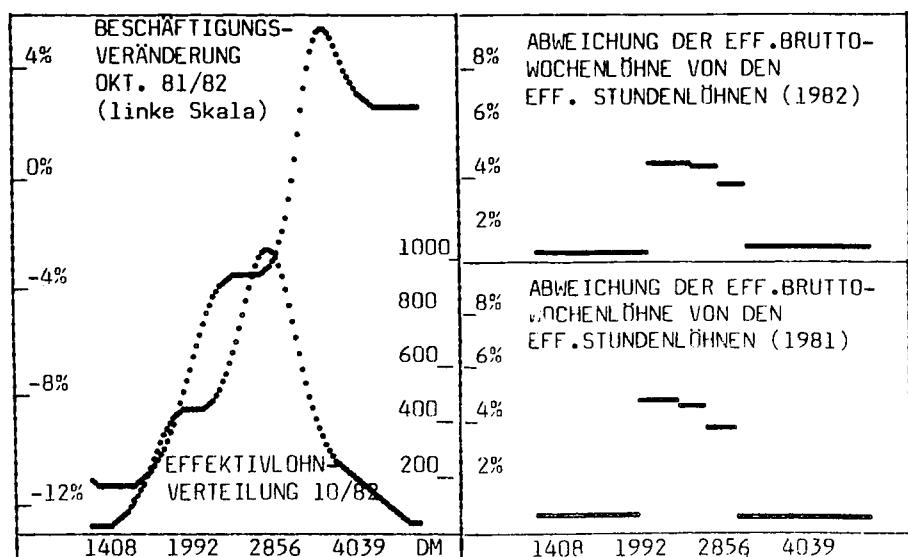
Diese Daten weisen darauf hin, daß nach wie vor im Bereich der „Hilfsarbeiten“ stark rationalisiert wird und die Leistung gesteigert wird. Auf dem anderen Pol dieser Hierarchie haben die Kapitalisten Arbeitskräfte dazugekauft.

Bei den Facharbeitern liegt neben einer schwächeren Rationalisierung noch ein Überstundenberg vor, der das Kapitalinteresse nach Ausdeh-

nung des Arbeitstages („die Maschinen müssen sich rentieren“) schlagend zum Ausdruck bringt. Die Abweichung der effektiven Bruttowochenlöhne $\times 4,33$ von den effektiven Stundenlöhnen $\times 173$ liegt bei den Facharbeitern (Lohnklasse 2000 – 3000 DM) in den Jahren 1981 und 1982 über vier Prozent. Hier ist auffallend, daß aus den Facharbeitern in den unteren Lohngruppen am meisten Überstunden herausgequetscht wurden.

Bezüglich des Kampfes der IG Druck und Papier für eine neue Lohnstruktur stellt sich die Frage, ob die Anhebung der Tariflöhne in Richtung Effektivlöhne dem Bestreben der Kapitalisten, aus den Hilfsarbeitern immer mehr raus zu holen, einen Riegel vorschiebt. Weiter stellt sich die Frage, ob der Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erfolgreich geführt werden kann, wenn gerade bei den Facharbeitern Überstunden noch und noch gemacht werden.

Quellenhinweis: Statistisches Bundesamt, Fachserie 16, Oktober 1981 und Oktober 1982; Bayerisches Statistisches Landesamt, Bayern in Zahlen, Nr. 1/1982, Nr. 1/1983



Stichwort

Arbeitsbewertung

Die von der IG Druck und Papier geforderte Neue Lohnstruktur wird von den Kapitalisten als völlig unbrauchbar für die Praxis abgelehnt, stattdessen wollen sie eine Struktur auf Grundlage der analytischen Arbeitsbewertung. Hier ist die bestehende Lohnstruktur für die Druckindustrie dargestellt, die Forderung der IG Drupa und Material zur analytischen Arbeitsbewertung.

Geltende Lohnstruktur für gewerbliche Arbeiter Druck

LG	Eingruppierungsmerkmale	%-Staffel
I	Einfache Arbeiten ohne besondere Vorkenntnisse	74%
II	Arbeiten, die eine fachliche Einarbeitung erfordern	79%
III	Arbeiten, die eine fachliche Einarbeitung und besondere Geschicklichkeit erfordern	83,5%
IV	körperlich schwere Arbeiten	86%
V	Arbeiten, die fachliche Einarbeitung, erhöhte Eigenverantwortung und Berufserfahrung erfordern	89%
	Facharbeiter	100%
	Korrektor	107,5%
	Maschinensetzer	120%

Bei allen fünf Hilfsarbeiterlohngruppen gilt noch eine zusätzliche Differenzierung: „im Alter bis 19 Jahren“ und „im Alter von 20 Jahren“, die prozentual nochmals niedriger liegen als die „im Alter von 21 Jahren und darüber“, für die die angegebene %-Staffel zutrifft.

Forderung zur Lohnstruktur der IG Drupa

LG	Qualifikation/Arbeitsanforderungen	%-Staffel
1	Einfache Hilfstätigkeiten ohne besondere Vorkenntnisse bis zu einem Tätigkeitsjahr in der Druckindustrie	75%
2	Ohne Berufsausbildung. Lediglich 1. + 2. Tj. Kenntnisse und Fertigkeiten aufgrund einer Anweisung oder Einweisung/ Hilfstätigkeiten allgemeiner Art ohne spezielle Anforderungen	80% 85% 90%
3	Vorkenntnisse oder aufgabenbezogene Unterweisung oder Einarbeitung, aber ohne einschlägige Berufsausbildung/ Hilfstätigkeiten, die Genauigkeit und Aufmerksamkeit erfordern sowie mit begrenzter Verantwortung	95% 100%
4	Abgeschlossene einschlägige Berufsausbildung oder gleichgestellter Abschluß oder gleichwertige Berufserfahrung/ rung/Fachfähigkeiten allgemeiner Art ohne spezielle Anforderungen	100% 105% 110%
5	Neben Gr. 4 erweiterte Fachkenntnisse/Fachfähigkeiten mit Anforderungen an Selbständigkeit oder Abstraktionsvermögen oder Kooperationsfähigkeit	115% 120%
6	Neben Gr. 4 zusätzliche Fachkenntnisse/Fachfähigkeiten mit höheren Anforderungen an Selbständigkeit oder Kooperationsfähigkeit oder mit Verantwortung für Betriebsmittel oder Arbeitsablauf oder Arbeitsprodukt	125% 130%

Tj. = Tätigkeitsjahre

Analytische Arbeitsbewertung

Arbeitsbewertung. Es existieren zwei Hauptverfahren der Arbeitsbewertung: Die summarische und die analytische Bewertung. Die summarische Bewertung (sA) orientiert sich an der für die Arbeitsausführung erforderlichen Ausbildung bzw. dem erforderlichen Können und bildet dabei mehrere Stufen. Werden dagegen Arbeitsanforderungen getrennt gefaßt, spricht man von analytischer Arbeitsbewertung (aA). Ausgangspunkt aller Kritik in der Metallindustrie an der Arbeitsbewertung (wo diese tarifiert ist) war die Erfahrung der Abgruppierung durch neue Techniken. Dabei wirkt die aA besonders drastisch, da sie auf jede Veränderung des Arbeitsplatzes sofort reagiert. Die Gefahren der Abgruppierung bestehen aber auch bei der sA, nur geschieht hier Entqualifizierung und Abgruppierung mit größerer Verzögerung, weil der Arbeitsplatz nicht nach jedem einzelnen Merkmal hinaufgerufen und überprüft wird.

„Was ist analytische Arbeitsbewertung? Ihr Ursprung ist das wissenschaftliche Arbeitsstudium, die Zerlegung des Arbeitsvorganges in biologisch-physikalische Elementarteile. Arbeit wird nur als quantifizierbare Arbeitsleistung verstanden, die sich nach Art der Leistung (Anforderungen) und nach der Leistungsmenge (Zeitdimension) objektiv messen und beliebig reproduzieren/wiederholen lässt.

Im Mittelpunkt der Anwendung der Arbeitsbewertung stand und steht die Lohndifferenzierung. REFA beschreibt dies so: „Dabei wird davon ausgegangen, daß Personen, die an Arbeitsplätzen mit höheren Anforderungen arbeiten, einen höheren Lohn oder ein höheres Gehalt erhalten als solche Personen, die an Arbeitsplätzen mit geringerer Anforderung tätig sind. Dazu ist erforderlich, die unterschiedlichen Anforderungen zu bewerten, um damit eine von den Anforderungen unabhängige Wertzahl zu ermitteln. Diese Wertzahl beeinflußt einen Teil des Gesamtlohns oder Gehalts“ (REFA, Methodenlehre des Arbeitsstudiums, Teil 4, München 1972/77, S. 10).

... Die gebräuchlichsten Anforderungsarten (der aA) sind nach dem sogenannten *Genfer Schema* bestimmt.“ (aus: Reinhard Doleschal/Rainer Dombois: Wohin läuft VW?)

Das Genfer Schema beinhaltet die Kriterien, nach denen die Arbeitsplätze bei der aA eingestuft werden. Diese sind: 1. Geistige Anforderungen, 2. Körperliche Anforderungen, 3. Verantwortung und 4. Umgebungseinflüsse. Dies soll nach dem REFA-Verband eine „wertneutrale und wissenschaftliche“ Methode der Eingruppierung sein. Tatsächlich ist es so, daß die Kriterien des Genfer Schemas einfach gesetzt sind und zweitens eindeutig Wertungen beinhalten. Denn allein durch das Bestehen der Kriterien „geistige Anforderungen“ und „Verantwortung“ nebeneinander wird eine Mehrfachbewertung von Tätigkeiten der Denkleistung bewirkt, während psychische oder körperliche Anforderungen kaum oder nur einfach bewertet werden im Merkmal „körperliche Anforderungen“. Das Genfer Schema drückt die Interessen der Kapitalisten aus. Denn die Kopfarbeiter, die die Produktion für sie leiten, werden am besten eingestuft, während diejenigen, die am härtesten arbeiten müssen, am niedrigsten eingruppiert werden, da sie Tätigkeiten ausführen, die kaum geistige Anforderung und Verantwortung im Sinne der Kapitalisten beinhalten.

Heinz Lübben, Abteilung Tarifpolitik der IG Metall: „Die Arbeitsbewertung, insbesondere die analytische Arbeitsbewertung, hat sich nach unserer Auffassung zu einem Lohn- und personalpolitischen Anpassungsinstrument der Arbeitgeber entwickelt, das sie in die Lage versetzt, im Zusammenhang mit technischer und organisatorischer Rationalisierung Status und Einkommen der Arbeitnehmer negativ zu verändern. Hohe Anforderungen im Sinne der Arbeitsbewertung reizen die Unternehmen geradezu dazu an, Rationalisierungsmaßnahmen durchzuführen, die im Sinne der Verfahren notwendigen Anforderungen, die die Arbeit an den Menschen stellt, zu reduzieren. Die Konsequenz für die betroffenen Arbeitnehmer, die sich aus dieser Verfahrensweise ergibt, ist sowohl ein niedrigerer Lohnanspruch – eine Senkung des betrieblichen Lohnniveaus – als auch eine Veränderung der Qualifikation bis hin zu Veränderung der Berufsstruktur.“ (Aus einem Vortrag von H. Lübben vor dem REFA-Grundsatzausschuß Arbeitsbewertung, 1979)

Italien: Generalstreik für Tarifverträge

Für den 27. Mai – mitten im laufenden Wahlkampf – rufen die italienischen Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf, um nach anderthalb Jahren tariflosem Zustand endlich neue Tarifverträge zu erzwingen. In der Industrie – auch in den wenigen Branchen, wo schon abgeschlossen ist – wird vier Stunden gestreikt, in den anderen Wirtschaftszweigen zwei Stunden. Die Kapitalisten wollen nicht einmal ihre in der Spitzenvereinbarung vom 22. Januar gemachten und von den Gewerkschaften mit weitreichenden Zugeständnissen erkauften Zusagen einhalten. Die Textilkapitalisten z.B. haben statt der damals vereinbarten 40000 Lire Lohnerhöhung bis zum Ende der dreieinhalbjährigen Laufzeit nur ganze 9000 Lire (15 DM!) angeboten. Die Metallkapitalisten wollen bereits im letzten Tarif vereinbarte, aber nicht durchgeführte Arbeitszeitverkürzungen auf die 40 Stunden Arbeitszeitverkürzung *jährlich* anrechnen und die mühsam erkämpfte halbstündige bezahlte Pause für Schichtarbeiter wieder abschaffen. Unterdessen gehen

Österreich: Koalition SPÖ/FPÖ perfekt

Mit großer Mehrheit hat der außerordentliche Parteitag der SPÖ am 17. Mai beschlossen, mit der rechtsnationalen FPÖ eine Koalition einzugehen. Bundespräsident Kirchschläger beauftragte den bisherigen Unterrichtsminister und Vizekanzler Sinowatz (Bild) mit der Regierungsbildung. Obwohl immer noch stärkste Partei, hat die SPÖ ihre absolute Mehrheit verloren. Die FPÖ erzielte mit 4,9% das niedrigste Wahlergebnis seit ihrer Gründung 1949. Gemäß der Wahlrechtsreform von 1970 ist sie trotzdem im Parlament vertreten. Wahlvorhaben der



FPÖ waren u.a.: Keine Einführung der Quellensteuer (s. PB 2/83), Erhöhung der Mehrwertsteuer, Besteuerung von Familienbeihilfen. Obwohl noch keine offizielle Koalitionsvereinbarung be-

die Kampfmaßnahmen in den einzelnen Branchen und Orten weiter. In Brescia blockierten streikende Metaller den Start zur Radrundfahrt „Giro d'Italia“.

Belgien: Stahlwerksschließung gefordert

Der von der belgischen Regierung mit der Rationalisierung der Stahlindustrie beauftragte französische Stahlkapitalist

Gandois hat die Stilllegung von zwei Stahlwerken des Cockerill-Sambre-Konzerns und die Kooperation des Drahtwalzwerkes Valfil mit anderen europäischen Stahlkonzernen gefordert. Zu den bisher von der Regierung an den Konzern gezahlten Subventionen sollen weitere 66 Mrd. bfr kommen, insgesamt 95 Mrd. bfr. (ca. 1,8 Mrd. DM). Im Januar hatten die Stahlkapitalisten Lohnsenkungen zwischen 5% und 14% verlangt.

UN-Namibia-Konferenz gegen Vorbedingungen

Die Mehrheit der Sprecher auf der UN-Konferenz über Namibia hat die Tätigkeit der selbsternannten Kontaktgruppe – USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und die Bundesrepublik – abgelehnt. Diese Sprecher wiesen ebenfalls die Forderung der USA zurück, die Unabhängigkeit Namibias mit dem Abzug der kubanischen Truppen aus Angola zu

verknüpfen. Der Vorsitzende des UN-Namibia-Rates erklärte: „Die fortdauernde Besetzung Namibias durch Südafrika unter völliger Mißachtung der UNO-Resolutionen ist ein Aggressionsakt gegen das Volk von Namibia und ein Bruch des Friedens in diesem Gebiet.“ Er verurteilte, daß Südafrika Namibia als Militärstützpunkt für Angriffe gegen



die benachbarten Staaten, insbesondere Angola, benutzt und wies darauf hin, daß die UNO-Vollversammlung „die Zusammenarbeit bestimmter westlicher Länder mit Südafrika auf militärischem Gebiet, besonders auf nuklearem, scharf verurteilt hat“. Der Präsident der UNO-Vollversammlung wies auf der Konferenz die Manöver zurück, Namibias Unabhängigkeit hinzuzögern. Der Präsident der SWAPO Nujoma verurteilte die Kontaktgruppe als „eine bloße Unterstützung für die rassistischen Besetzer Namibias“. Er forderte, daß das Volk von Namibia die Unabhängigkeit „ohne jede weitere Verzögerung oder Vorbedingung erhält“. Das Siedlerregime versucht, die Abhaltung freier Wahlen unter internationaler Aufsicht zu verhindern und will erneut eine „interne Wahl“ noch in diesem Jahr durchführen. Die SWAPO hatte durch ihren erfolgreichen Kampf die vom Siedlerregime installierte „Zwischenregierung“ Anfang des Jahres zur Auflösung gezwungen.

kannt ist, ist sicher, daß die geplante Quellensteuer nicht in Kraft treten soll. Stattdessen wird eine „Anonymitätsabgabe“ eingeführt. Danach werden Zinseinnahmen über 10000 Schilling ab 1984 mit 20% besteuert. Wer so besteuert wird, ist automatisch von der Einkommenssteuer auf den entsprechenden Betrag befreit, die bis zu 60% beträgt. Als sicher gilt die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 20%. Positiv ist, daß aufgrund von Aktionen zahlreicher Organisationen der ehemalige Angehörige einer SS-Mordbrigade und jetzige FPÖ-Klubobmann Peter gezwungen wurde, das Amt des Nationalratspräsidenten abzulehnen.

Verurteilung wegen Unterstützung des PAC

Das südafrikanische Siedlerregime hat den Journalisten J. Tlhhoe und drei andere Schwarze – Nqobobo, Sibanda und Zolo – wegen des Besitzes der Literatur der Befreiungsbewegung Pan Africanist Congress (PAC) zu zweieinhalb bzw. drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilung wurde mit dem Besitz eines einzigen Dokuments des PAC begründet. Tlhhoe ist Führer und Gründungsmitglied der 1977 verbotenen Vereinigung der schwarzen Journalisten. Er schrieb für die Zeitung „Sowetan“, bis er von der Ausübung seines Berufes gebannt wurde. Vor der Eröffnung des Verfahrens hatte das Siedlerregime die vier Verurteilten mehr zehn Monate in Haft gehalten. Ein zweites Verfahren gegen sie und vier weitere Angeklagte hat das Regime am 22. März dieses Jahres eröffnet. Der Vorsitzende des UN-Komitees gegen Apartheid hat diese Prozesse verurteilt.

Zimbabwe: Einigungsverhandlungen

Am 7. Mai erklärte der Sekretär für Information der ZANU Zvobgo, die meisten Probleme, die einer Einigung und Vereinigung von ZANU und ZAPU in Wege stünden, seien geklärt. Ein Vertreter der ZAPU erläuterte, die Mehrheit der ZAPU trete für eine Vereinigung mit der ZANU ein, weil eine Spaltung zwischen beiden Parteien die Konflikte im Volk und Einmischungsmöglichkeiten Fremder erhöhen würde.

Großbritannien

Thatcher's Wahlkampf: „Jeder ein Kapitalist“

Wenige Tage nach den Gemeinderatswahlen in Großbritannien gab Premierministerin Margaret Thatcher den 9. Juni als Datum der nächsten Unterhauswahl bekannt.

Man fragt sich, wie eine Partei mit der Regierungsvergangenheit wie die Konservativen zu der berechtigten Aussicht kommen kann, jetzt die nächste Wahl zu gewinnen: In ihrem Wahlkampf 1979 trat sie an, „wirklich Arbeitsplätze“ zu schaffen, heute sind 3,2 Mio. Arbeiter und Angestellte ohne Beschäftigung, mehr als doppelt so viel wie 1979. Die Hälfte aller Schulabgänger wird in diesem Jahr keinerlei Arbeit finden. Unter Thatcher kam es zum schnellsten Verfall der Reallöhne für Arbeiter nach dem Krieg, eine Arbeitslosenfamilie hat mindestens 250 DM Einkommensverlust seit 1979, eine Familie eines angerenten Arbeiters 150



Regierungschefin Thatcher

DM. Das Realeinkommen eines durchschnittlichen Firmendirektors dagegen stieg um durchschnittlich 2000 DM in den vier Jahren. Nach einem Wahlkampf, der Steuersenkungen versprach, erhöhte die Regierung die Mehrwertsteuer 1979 von 8% auf 15%. Trotzdem – gute Aussichten für Margaret Thatcher.

Die Konservative Partei erhielt etwa 41% bei den Gemeindewahlen, die sozialdemokratische Labour-Partei 35% und die „Alliance“ 23%. Die „Alliance“ besteht aus der alten Liberalen Partei und einer neuen, sich sozialdemokratisch nennenden Partei (SDP), die aus einer Rechtsabspaltung der Labour-Partei vor zwei Jahren hervorging. Nach dem britischen Wahlver-

fahren der Direktmandate würde das Resultat der Gemeindewahlen – hochgerechnet auf Unterhauswahlen – der Konservativen Partei erneut die absolute Mehrheit im Unterhaus sichern.

Der Wahlkampf der konservativen Tory Partei steht unter dem Motto: „Jeder Mann und jede Frau ein Kapitalist“. Der private Besitz von Eigen-
tum soll das Hauptthema sein.

In der Rüstung, so Thatcher, werde sie „das schottische Volk und das Volk des ganzen Vereinigten Königreiches“ bei der Wahl auffordern, „die Verteidigung der Nation als die wichtigste Aufgabe für die Verwendung der Reichtümer der Nation zu sehen“. (In Schottland liegen die Basen für Großbritanniens Atom-U-Boote). Außerdem will Thatcher eine Bestätigung ihrer Aggressionspolitik gegen Argentinien in den Wahlen erreichen.

Auf wen zielt ihr Wahlkampf? Zwar ist das genaue Regierungsprogramm noch nicht veröffentlicht, aber folgende Forderungen sind bekannt:

– Den Gemeinden soll das Recht genommen werden, die Höhe der Gemeindesteuersätze auf Grundstücke und Häuser selbst zu bestimmen.

Die Gemeindesteuern („Rates“) sind die Haupteinnahmen der Gemeinden, und die Regierung hat in den letzten Jahren mehrfach Gemeinden mit dem Entzug von Zuschüssen und anderen Repressalien – bis zur Einsetzung von Staatskommissaren – gezwungen, ihre Ausgaben drastisch zu kürzen. Betroffen von den „Rates“ sind vor allem die Grundeigentümer einschließlich der Hauseigentümer und die Ladenbesitzer. Der Steuersatz ist unterschiedlich je nach Lage; Geschäftsstraßen usw. werden jeweils höher besteuert. Außerdem will Thatcher den Gemeinden verbieten, Steuern auf leerstehende Fabrikgebäude zu erheben.

– Das Privateigentum an Häusern soll gefördert werden. Zur Zeit sind genau die Hälfte aller britischen Wohnungen bzw. Häuser in Privatbesitz. Praktisch bedeutet das: Ein Arbeiter hat entweder lange Wartezeiten für eine Gemeindewohnung auszuhalten, oder er nimmt einen Kredit auf und kauft sich für 80000 DM bis 150000 DM eines der in Billigbauweise hergestellten Reihenhäuser. Thatcher will Steuererleichterungen für Privathäuser fördern. Außerdem stoppt die Regierung Modernisierungsprogramme für die gemeindlichen „Council-Flats“.

Einen „Volkskapitalismus“ wolle die Tory-Partei, erklärte ihr Vorsitzen-

der. Es drängen sich Vergleiche zur Kampagne der Christdemokraten in Westdeutschland auf. Hier wie dort setzt die Reaktion auf den „Besitz“ lohnabhängiger Schichten (tatsächlich gehören die meisten Häuser in Großbritannien den Hypothekenbanken). Während die Mieten in Gemeindewohnungen seit 1979 um 11% stiegen, fielen die Hypothekenbelastungen im Schnitt um 26%. Unterschiede von 800 DM monatlichen Kosten 1980 und 500 DM jetzt sind nicht selten. Und bei anstehenden Zinssteigerungen in Großbritannien befürchtet Thatcher mit Recht, Unterstützung zu verlieren. Schon jetzt hat die „Alliance“ 22%.

Daß die Politik Thatchers sich dabei offen gegen die Arbeiterbewegung richten wird, verschweigt sie nicht. Die Gewerkschaftsgesetze sollen ebenso wie das Streikrecht weiter verschlechtert werden. Von der CDU hat sie den Vorschlag übernommen, Demonstranten für die Polizeieinsätze zahlen zu lassen. Und was für die Kapitalisten herauskommen soll, sagt der „Economist“ in brutaler Offenheit: Nur Lohnsenkungen von 20% könnten die britische Wirtschaft sanieren.

Quellenhinweis: Financial Times, 7.5. und 12. bis 16.5.83; Socialist Worker, 14.5.83; Economist, versch. Ausgaben

BRD/Afrika

Jahresversammlung der Entwicklungsbank

Der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Warnke (CSU) hat bei seiner jüngsten Afrikareise nach Kenia und Togo in Nairobi an der Jahresversammlung der Afrikanischen Entwicklungsbank (ADB) teilgenommen. Diese Bank ist 1963 von unabhängigen afrikanischen Staaten gegründet worden, um Kredite für langfristige Entwicklungsvorhaben in den Mitgliedsländern zu finanzieren. Die ADB muß ihrerseits Kredite bei den imperialistischen Banken aufnehmen. Bis 1982 konnten nur unabhängige afrikanische Staaten Mitglied der Entwicklungsbank werden. Sie war damit die einzige regionale Entwicklungsbank, auf die die imperialistischen Staaten keinen direkten Einfluß über eingebrachtes Kapital hatten.

Unter dem Druck wachsender Verschuldung und der Beschränkung des Kreditvolumens an die ADB durch die imperialistischen Banken hat die Mehrheit der Mitgliedsländer 1979 beschlossen, die Bank auch für nichtafrikanische Länder zu öffnen. Seit 1982 sind neben 50 afrikanischen Mitgliedsstaaten elf nichtafrikanische beigetreten (u.a. BRD, Japan, Großbritannien, USA), 13 weitere folgen in diesem Jahr. Mit dem Beitritt verbunden war eine Kapitalerhöhung auf sechs Mrd.

\$, wovon die nichtafrikanischen Länder $\frac{1}{3}$ übernehmen. Durch diese Kapitalerhöhung soll die Kreditvergabe von 1,9 Mrd. \$ auf 3,8 Mrd. \$ erhöht werden. Die Bundesrepublik hat 3,5% des Stammkapitals übernommen und liegt damit hinter den USA und Japan an dritter Stelle der imperialistischen Mitgliedsstaaten.

Ein Schwerpunkt der Kreditvergabe durch die ADB liegt bei landwirtschaftlichen Entwicklungsprojekten. Auf diesem Gebiet verfolgen die EG-Imperialisten das Ziel, die Kleinbauernwirtschaften zu beseitigen, um Plantagen anzulegen und Arbeitskräfte für das exportierte Kapital freizusetzen. Im fünften Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung werden dazu als Ziele u.a. genannt die Produktion von mehr Erzeugnissen, „die sich für die Vermarktung eignen“ und „die Errichtung von landwirtschaftlichen Kreditsystemen“. Das Resultat solcher Förderungen: die Bauern werden auf den „Markt“ also in Konkurrenz und in Verschuldung bei den Banken getrieben. Die Mitgliedschaft in der ADB vermehrt die Möglichkeiten solcher Politik der BRD.

Quellenhinweis: Pressemitteilung des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit 18.2. u. 9.5. 1983; 5. Bericht zur Entwicklungspolitik der Bundesregierung, März 1983

Exportindustriefreizeonen Malaysische Gewerkschaft anerkannt

Zum ersten Mal hat eine malaysische Gewerkschaft ihre Anerkennung durch die Kapitalisten und die Regierung in einer der Exportindustriefreizeonen des Landes durchsetzen können. Nach vierjährigem Kampf mußte die ITT-Technologies Bhd, die der westdeutschen SEL AG gehört, die Gewerkschaft der Elektronikarbeiter EIWU in ihrem Betrieb anerkennen. Von den ca. 530 Arbeitern – in der Mehrzahl Frauen – sind inzwischen nach Angaben der Gewerkschaft 432 organisiert.

Die Exportindustriefreizeonen (EPZ) sind Gebiete in den Ländern der Dritten Welt, in denen imperialistisches Kapital investieren und inländische Arbeiter beschäftigen kann, ohne den Zoll- und Steuervorschriften des jeweiligen Landes zu unterliegen. Der Transfer von Kapital und Profiten von und nach den EPZ ist ebenfalls keinen Beschränkungen unterworfen. In diesem Jahr existieren 80 EPZ in Ländern außerhalb Europas. Eine Million Arbeiter sind dort beschäftigt, das sind ungefähr 2,6% aller Arbeiter in der Dritten Welt. Die Löhne in den EPZ liegen bei einem Zehntel bis einem Sechzigstel vergleichbarer Löhne in im-

perialistischen Ländern. Koalitions- und Streikrecht sind in den EPZ, zum Teil aufgrund von Sondergesetzen, beschränkt oder vollkommen aufgehoben. Die Gesamtsumme westdeutscher Investitionen in der Industrie Malaysias ist von 71,1 Mio. DM 1980 auf 110 Mio. DM 1982 gewachsen. 1980 hatten 15 westdeutsche Unternehmen Produktionsstätten dort in Betrieb, u.a. Bosch und Siemens.



Elektronikindustrie: immer mehr Betriebe in den Exportindustriefreizeonen.

Neben mehrjährigen Steuerbefreiungen bei Neuinvestitionen in Malaysia reizt die Imperialisten die Einschränkung des Koalitions- und Streikrechts. Gewerkschaften müssen grundsätzlich von der Regierung lizenziert werden, wofür wiederum eine Urabstimmung in dem betreffenden Betrieb Voraussetzung ist. Genehmigungen in den EPZ sind bisher nicht erteilt worden. In Unternehmen mit „Pionierstatus“ – einer speziellen Form von Steuervergünstigung – sind im ganzen Land den Arbeitern Streiks für Löhne über dem staatlich festgesetzten Minimum verboten.

In der Elektronikindustrie Malaysias sind rund 68 500 Arbeiter in 97 Unternehmen beschäftigt. 20 000 davon arbeiten in den EPZ. Die Jahreslohnsumme betrug 1981 ca. 340 Mio. DM, das ergibt einen durchschnittlichen Jahreslohn von 4960 DM. In der EIWU sind 8000 Arbeiter organisiert. Nach Anerkennung durch ITT-Technologies hat sich die Gewerkschaft zum Ziel gesetzt, die Anerkennung durch zehn weitere, vor allem europäische und japanische Konzerne zu erreichen. Die imperialistischen Investoren sind jetzt in arger Sorge, daß die Regierung entgegen ihrer Zusicherung auch Gewerkschaften anderer Branchen in den EPZ anerkennen könnte.

Quellenhinweis: Wall Street Journal, 4.5. 83; BMZ-Aktuell, 1.10. 82, Arbeitsbedingungen in Entwicklungsländern

Iran

Verbot der Tudeh-Partei wegen „Spionage“

Anfang Mai wurde auf Erlaß des iranischen Generalstaatsanwalts die revisionistische Tudeh-Partei aufgelöst. Ihre Mitglieder wurden aufgefordert, sich bei den Revolutionsgarden registrieren zu lassen. Dem war im Februar schon die Verhaftung von Kianouri, dem Generalsekretär, und weiteren leitenden Mitgliedern vorausgegangen: Verdacht auf Spionage für den KGB. Inzwischen haben Kianouri und seine Mithäftlinge im iranischen Fernsehen öffentliche Geständnisse abgelegt. Die Sowjetunion legte bei der iranischen Regierung energischen Protest gegen die „willkürliche und unbegründete Aktion“ ein. Die jetzt ausgestrahlten Geständnisse seien mit Foltermethoden der früheren Geheimpolizei SAVAK erzwungen worden.

Das Vorgehen der iranischen Regierung überrascht aber nur insofern, als die Tudeh-Partei als einzige Organisation mit kommunistischem oder sozialistischem Anspruch die islamische Regierung Khomeinis bis zuletzt unterstützt hatte. Organisationen wie z.B. die Volksfedayin und Volksmodjaheedin waren bald nach der Machtübernahme durch den islamischen Klerus verboten und verfolgt worden.

Artikel 26 der iranischen Verfassung erlaubt politische Parteien, Gewerkschaften und auch religiöse Minderheiten nur unter der Bedingung, daß sie „... den Grundsätzen des Islam und der Islamischen Republik nicht zuwiderhandeln“. Khomeini erklärte: „Ich habe meinen Anhängern befohlen, auf jegliche Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu verzichten.“

Der Tudeh-Partei wird von Seiten der Volksfedayin und anderer fortschrittlicher Organisationen vorgeworfen, daß sie sich „bedingungslos der sowjetischen Politik untergeordnet“ habe und hinter den jeweils Herrschenden hergelaufen sei. Praktisch bot die Tudeh-Partei den islamischen Revolutionsgarden jede Unterstützung an, auch beim Kampf gegen die Volksmodjaheedin und die kurdische Volksgruppe und im Krieg gegen den Irak, den sie als „gerechten Krieg“ bezeichnete. Auch verwahrte sie sich eindeutig gegen den Vorwurf der „Gottlosigkeit“.

Daß all dies letztlich auch ihr Verbot und die Verfolgung nicht verhindern konnte, mag an der Stellung der iranischen Regierung zur UdSSR liegen, die diese als „kriminelle Supermacht“ bezeichnet. Zwar erreichte die Sowjetunion im Außenhandel Irans 1981 die dritte Stelle. Aber die iranische Regie-

nung erklärt, sie verfechte eine Politik des „weder Ost noch West“ und unterstützt die afghanischen moslemischen Widerstandskämpfer gegen die sowjetischen Truppen in Afghanistan. Inzwischen hat die iranische Regierung auch 18 sowjetische Diplomaten wegen Spionagevorwürfen des Landes verwiesen.

Quellenhinweis: Süddeutsche Zeitung vom 3.-8.5.1983; Behravan: Iran, die programmierte Katastrophe, 1980; Volksfedayin (Hg.), Der historische Verlauf des Verrats der Tudeh-Partei

Chile Erstmals landesweite Demonstrationen

Zu ersten Mal seit dem Militäputsch vor zehn Jahren haben am 11. Mai in Chile landesweite Demonstrationen und Kundgebungen gegen das Militärregime stattgefunden, zu denen die Gewerkschaften und die Mehrzahl der Oppositionsparteien aufgerufen hatten. Schon im Frühjahr hatten verschiedentlich Landarbeiter und arme Bauern Landbesetzungen durchgeführt. Im März und am 1. Mai hatten Arbeiter und Studenten in Santiago und anderen großen Städten demonstriert. Die Demonstrationen richteten sich gegen die Wirtschaftspolitik und die Unterdrückung unter dem Kriegsrecht unter der Hauptlösung: „Demokratie jetzt, gegen Unterdrückung und Hunger.“

Ursprünglich war auf Initiative der Kupferarbeitergewerkschaft von den Gewerkschaften zu einem Generalstreik aufgerufen worden. Kurz nach Bekanntgabe des Aufrufs waren aber die wichtigsten Bergwerke von der Armee besetzt worden, woraufhin der Streik zugunsten von Demonstrationen abgesetzt wurde. Die Militärjunta reagierte auf die Demonstrationen mit



Demonstration gegen das Militärregime unmittelbar nach dem Putsch

Verhaftungen und Großrazien in den Arbeiterstadtteilen. Trotzdem demonstrierten Tausende auch in den Tagen nach dem 11. Mai.

Ganz offensichtlich ist es den chilenischen Arbeitern gelungen, die Gewerkschaften in der Illegalität zu reorganisieren, so daß sie jetzt wieder größere Kämpfe führen können auch unter dem Druck von Kriegsrecht und steigender Arbeitslosigkeit, jetzt offiziell 20%.

Gerade in den Exportindustrien haben die Kapitalisten die Ausbeutung verschärft. Chile ist 1982 weltgrößter Exporteur von Kupfer und Fischmehl geworden. Während aber z.B. die Kupferproduktion auf 1,2 Mio. Tonnen gesteigert wurde, sind die Einnahmen aus dem Export zurückgegangen, denn der Wetmarktpreis ist im gleichen Jahr um 11% gefallen.

Auch die kleinen und mittleren Kapitalisten kommen unter zunehmenden Druck billiger Importe. In der Textilindustrie ist die Zahl der Beschäftigten von 140000 im Jahr 1973 auf gegenwärtig 40000 zurückgegangen. Das erklärt, warum die Opposition gegen das Militärregime bis in die bürgerlichen Parteien wie die Christdemokraten reicht. Deren Ziel ist allerdings eine Übergangsregierung unter Führung von Militärs, danach Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung. Dagegen haben in einer gemeinsamen Erklärung der MIR, die sozialistische und die kommunistische Partei Chiles und zwei andere Parteien den Sturz der Junta gefordert.

Quellenhinweis: Xinhua, 6.1., 26.3.1983

Nicaragua BRD unterstützt US-Aggression

Weil die US-Imperialisten die militärische Aggression gegen Nicaragua zu einem regulären Krieg ausgeweitet haben, sah sich dessen Regierung genötigt, für den 9.5. erneut eine Dringlichkeitssitzung des UN-Sicherheitsrates zu beantragen. Inzwischen sind Einheiten der von den US-Imperialisten aufgebauten und gedrillten Armee Honduras direkt an den Kämpfen beteiligt. Gleichzeitig hat im Süden eine Armee von 700 Konterrevolutionären versucht, die Grenze zwischen Costa Rica und Nicaragua zu überschreiten. Die Armee und die Milizen Nicaraguas konnten bisher alle militärischen Angriffe zurückschlagen. Der US-Botschafter in Costa Rica, McNeil, erklärte daraufhin sofort, die USA seien selbstverständlich bereit, mit einer „Friedenstruppe“ die Grenze Costa Ricas zu schützen. Um die Wirtschaft

Nicaraguas zu zerrütteln und so die Bedingungen für die konterrevolutionäre Opposition im Inneren des Landes zu verbessern, hat die US-Regierung beschlossen, die Zuckerimporte in die USA um 88% zu kürzen.

Der Außenminister Nicaraguas, Miguel d'Escoto, warf den USA vor, sie führten einen „nicht erklärten Krieg“ gegen sein Land. Er verlangte den bedingungslosen Abzug aller eingedrungenen Streitkräfte, die Einstellung aller Angriffe, den Abzug der US-Kriegsschiffe aus den Hoheitsgewässern Nicaraguas, die Beendigung aller Spionageflüge und Einstellung aller CIA-Aktivitäten gegen Nicaragua.

Der Tod des westdeutschen Entwicklungshelfers Pflaum ist für die Bundesregierung willkommener Anlaß, ihre Möglichkeiten, zum Sturz der sandinistischen Regierung beizutragen, ganz offen einzusetzen. Schon im März hatten CDU/CSU erklärt: „Deutsche Hilfe für Länder in Mittelamerika und der Karibik ist stets Einmischung in deren innere Angelegenheiten. Zwar ist die Bundesrepublik Deutschland nicht an der deutlichsten und problematischsten Form von Intervention, nämlich der militärischen Hilfe, beteiligt, wenigstens nicht direkt. Aber auch andere Formen der Zusammenarbeit innerhalb und außerhalb des Regierungsbereichs sind selten rein altruistischer Natur.“ (1)

Die Verfügungsgewalt über 60% der westdeutschen Entwicklungshilfe an Nicaragua erhalten die oppositionellen Unternehmerverbände. Bundeskanzler Kohl hebt in seiner Regierungserklärung hervor: „Unsere geschichtlich engen Verbindungen mit Lateinamerika werden wir besonders pflegen. Die Bundesregierung setzt sich für die Überwindung von Krisenursachen in Zentralamerika durch wirtschaftliche und soziale Reformen auf der Grundlage eines demokratischen Pluralismus ein.“ Der Abgeordnete Waigel verdeutlicht, was damit gemeint ist: „Wir wollen in Nicaragua keine Rechtsdiktatur, wir wollen aber auch keine Linksdiktatur, wie sie dort jetzt herrscht.“ Diesem Ziel können die für Honduras eingeplanten zwei Millionen DM für den Kauf von Flugüberwachungseinrichtungen bei AEG nur dienlich sein. Die SPD-Opposition befürchtet, daß solche Politik scheitern und sogar „ganze Völker dem Kommunismus in die Hände“ treiben könnte. Sie hat Wischnewsky nach Nicaragua geschickt, um Verbindung mit kirchlichen Kreisen und Unternehmerverbänden aufzunehmen, um so den „politischen Pluralismus zu fördern“.

(1) Überlegungen für eine neue deutsche Außenpolitik in Richtung Afrika, Asien/Pazifik und Lateinamerika, Institut für internationale Solidarität der Konrad Adenauer Stiftung, 29.3.83; weiterer Quellenhinweis: Gramma Nr.19; FAZ, UZ, Ifd.; Sozialdemokratisches Service Nr. 313; Plenarprotokoll des Deutschen Bundestages 10/4

Die Zionisten bereiten einen neuen Krieg gegen die PLO vor

Trotz der Ablehnung der PLO und Syriens haben die US-Imperialisten, ihre zionistischen Statthalter und die libanesische Regierung ein Abkommen unterzeichnet, daß sowohl die israelischen Besatzungstruppen im Libanon als auch die arabische Friedenstruppe im Libanon, die aus syrischen Soldaten besteht, und die Truppen der PLO, die noch im Libanon sind, zum Abzug verpflichtet. Dieses Abkommen enthält, soweit uns bei Redaktionsschluß dieser Zeitung bekannt, folgende Regelungen:

1. Der Kriegszustand zwischen dem Libanon und Israel ist zum ersten Mal seit 35 Jahren für beendet erklärt.

2. Ein teilweiser Abzug der israelischen Besatzungstruppen in den nächsten vier Monaten erfolgt dann, wenn auch die syrischen und palästinensischen Soldaten abziehen.

3. Eine 45 km breite Zone direkt an der israelischen Grenze steht auch wei-

terhin unter der Aufsicht der Truppen des von Israel ausgehaltenen Major Haddad. In dieser Zone haben die israelischen Truppen ungehinderten Zugang. Die Kontrolle der „Sicherheitszone“ über US-amerikanische, israelische und libanesische Truppen gemeinsam aus.

4. Für sechs Monate bleibt die Grenze des Libanon zu Israel teilweise geschlossen, danach soll ungehinderter Grenzverkehr stattfinden.

5. Die Garantie für die Einhaltung des Abkommens übernehmen die USA.

Syrien und die PLO haben die Anerkennung des Abkommens abgelehnt. Weder ist in dem Abkommen die PLO als Vertretung der Palästinenser anerkannt, noch wird durch die getroffenen Abmachungen die Souveränität des Libanon gesichert. Die Zionisten

hätten, könnten sie mit Unterstützung der US-amerikanischen, britischen, italienischen und französischen „Friedenstruppen“ diesen Vertrag durchsetzen, eines ihrer Ziele, die sie mit dem Überfall auf den Libanon verfolgten, erreicht: Die Verfügung über den Südlibanon und über die Wasser des Litani-Flusses, den sie schon kurz nach der Besetzung angezapft und auf ihre Felder im Norden des Siedlerstaates umgeleitet hatten. Solange die syrischen und palästinensischen Soldaten den Libanon nicht verlassen, bleibt die Besetzung auch der anderen Gebiete des Libanon durch die zionistischen und imperialistischen Truppen bestehen.

Im Libanon trifft das Abkommen auf weitgehende Ablehnung. Unter dem Vorsitz des früheren Präsidenten Franjieh haben sich verschiedene Organisationen der libanesischen Linken, der Drusen und der Mohamedaner und der Nationalen Bewegung des Libanon zusammengeschlossen. Sie erinnerten daran, daß sie dem derzeitigen Präsidenten Gemayel ihre Unterstützung nur zugesagt hatten unter der Bedingung, daß der Libanon keinen Friedensvertrag mit Israel abschließe und er für den vollständigen Abzug der is-

Abu Jihad (PLO): „Wir müssen mit Syrien strategisch zusammenarbeiten“

Frage: In diesen Tagen wird viel von einem neuen Krieg im Nahen Osten geredet. Wie schätzen Sie die Situation ein?

Abu Jihad: Die Israelis marschierten im Libanon ein und benutzten die Anwesenheit der PLO im Süden als Vorwand. Sie verbrannten und zerstörten alles, sie belagerten Beirut und verkündeten, daß sie abziehen würden, sobald wir – die Palästinenser – die Stadt verlassen hätten. Heute, nach zehn Monaten, sitzen sie noch immer dort, keinen Zentimeter haben sie geräumt. Es ist klar, daß sie bleiben wollen. Sie wollen das Wasser des Libanon, sie wollen offene Grenzen, ihre Waren im Libanon und durch den Libanon an die arabische Welt verkaufen. Es geht um nichts als ihre Vorteile. Natürlich erwarten wir den Angriff, denn sie mußten einsehen, daß sie die PLO nicht zerstört haben. Wir erwarten den Angriff auf die syrischen Truppen im Bekaa, die verstärkt worden sind und verpflichtet sind, der israelischen Konfrontation standzuhalten. Die israelische Führung nimmt jetzt wieder den alten Vorwand, die sogenannte israelische Sicherheit her, die angeblich bedroht wird von den so-

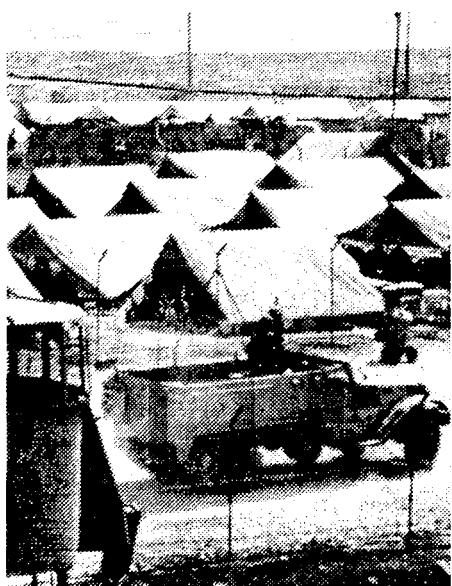
wjetischen Waffen und Beratern bei den syrischen Truppen im Bekaa.

Frage: Was erwarten Sie von den USA?

Abu Jihad: Shultz hat gefordert, die 74er Entscheidung von Rabat, die PLO als Vertretung der Palästinenser anzuerkennen, zu überdenken. Das ist ein Einbruch in unsere lokale und regionale Politik. Eine Kampagne gegen unsere Rechte. Aber ich glaube, daß die Araber darauf nicht eingehen werden. In dieser Sache haben wir die Unterstützung aller arabischen Staaten, der Islamischen Konferenz, der Blockfreien. Shultz weiß genau, daß einzig und allein die PLO das palästinensische Volk vertritt, das wird er anerkennen müssen. Shultz wird mit dieser Kampagne scheitern und dann Israel bei einer militärischen Aktion gegen uns unterstützen, auch Konspirationen gegen die palästinensische Führung unterstützen.

Frage: Die strategische Situation im Bekaa unterscheidet sich vom Südlibanon und unterscheidet sich von Beirut. Glauben Sie, der israelischen Übermacht Widerstand leisten zu können?

Abu Jihad: Natürlich können wir uns mit der israelischen Kriegsmaschine nicht vergleichen. Aber auch im Libanon waren wir wirklich schwächer



Gefangenengelager Al Ansaar: Noch immer sind mehr als 8000 palästinensische Kämpfer in der Haft der Zionisten, die den Gefangenen keinen Kriegsgefangenenstatus zugestehen.

und haben doch 88 Tage standgehalten. Unter der Parole, daß die Israelis für ihre Angriffe wenigstens einen möglichst hohen Preis zahlen sollen. Das gilt auch jetzt noch.

Frage: Bei einem Besuch im Bekaa hatte ich den Eindruck, daß noch nicht alles nach Ihren Vorstellungen organisiert ist?

raelischen Besatzungstruppen kämpfe. Diese Bedingungen seien mit dem Vertrag überhaupt nicht erfüllt, im Gegen teil, der Vertrag besiege die Teilung des Libanon, erkläre Frieden mit Israel, das gleichzeitig seine Besatzung aufrechterhalte.

Die US-Imperialisten und europäischen Imperialisten, die mit ihren Truppen den Schutz der zionistischen Besatzungstruppen und die Ausbildung und den Aufbau der libanesischen Armee übernommen haben, haben auf den Abschluß des Vertrages gedrängt, wohl wissend, daß damit die Möglichkeit eines neuen Krieges im Libanon wahrscheinlicher wird. Unter ihrem Schutz haben die Zionisten ihre Besatzung in der Bekaa-Ebene verstärkt und allein in den letzten zwei Wochen 150 Panzer gegenüber den syrischen und palästinensischen Truppen in Stellung gebracht. 3800 Soldaten, darunter 1400 US-amerikanische Marine-Soldaten, 400 britische und je 1000 französische und italienische Soldaten bilden derzeit die „Friedenstruppe“, in deren Schutz die israelische Armee ihren Aufmarsch vollzieht.

Die BRD-Imperialisten tragen ihr Scherflein in der imperialistischen Un

Abu Jihad: Nun, es ist nicht so wichtig, daß die Organisationen getrennte Positionen hatten. Wir haben ja ein gemeinsames Oberkommando. Allerdings versuchen wir zur Zeit, die Kämpfe aller Organisationen in den Einheiten der PLO (Palästinensische Befreiungssarmee) zu versammeln, wie es beim Palästinensischen Nationalrat in Algier beschlossen wurde. Die Basis ist Syrien und von da aus senden wir die Einheiten in verschiedene Gebiete in der Bekaa-Ebene. Unsere Aufgabe in diesen Wochen ist es, diese Umstrukturierung zu beschleunigen.

Frage: Wie funktioniert die Kooperation mit den Syrern?

Abu Jihad: Auf militärischem Gebiet gibt es keine Schwierigkeiten. Die Schwierigkeiten liegen auf politischem Gebiet für ein Treffen Arafats mit dem syrischen Präsidenten Assad. Vor dem Nationalrat in Algier gab es manchmal Probleme. Aber wir sind auf die Syrer zugegangen und haben gesagt: Ok, vergessen wir alles aus dem letzten Krieg, beginnen wir eine neue Seite unserer Beziehungen. Angesichts der israelischen Konfrontation müssen wir strategisch zusammenarbeiten. Wir Palästinenser haben alles getan, was von uns gefordert wurde. Jetzt ist Syrien an der Reihe.

Quelle: Petra Groll, taz, 26.4.83, abgedruckt in: Palästina-Bulletin Nr. 14/83

terwerfung auf andere Weise bei: Die Ausbildung libanesischer Grenzschutztruppen in der „israelischen Sicherheitszone“ wird von BRD-Grenzschützern unterstützt. Welche Aufgabe die gesamte „Friedenstruppe“ nach dem Abschluß des Abkommens haben wird, ist noch nicht bekannt. Die US-Soldaten werden, da die USA als Garantiemacht für die Einhaltung des Abkommens auftritt, dem Abkommen gemeinsam mit israelischen Truppen zur Durchsetzung verhelfen.

Im vergangenen Jahr haben die US-Imperialisten mit besonderer Unterstützung der britischen Imperialisten alles daran gesetzt, die Einbeziehung der PLO in die Verhandlungen über den Abzug der israelischen Truppen aus dem Libanon und die Verhandlun

stischen Truppen versuchen, einen offenen Panzerangriff durchzuführen.

Politische Unterstützung der PLO ist dringlich. Die PLO ist inzwischen von zahlreichen Staaten als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt. Innerhalb der EG haben die BRD-Imperialisten gemeinsam mit den Niederlanden im vergangenen Jahr die Anerkennung der PLO durch die EG verhindert. Die BRD-Imperialisten setzen darauf, daß den US-Imperialisten die Spaltung der arabischen Staaten mittels des Vertrages gelingt und diese die Unterstützung für die PLO aufgeben werden. Bis jetzt haben die ägyptische und die jordanische Regierung den Vertrag begrüßt.

Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ kommentierte am 14. Mai: „Der



Kontrollen der französischen „Friedenstruppen“ in Beirut. Die Polizeigewalt in Beirut und Umgebung liegt in den Händen dieser Truppen.

gen über die Errichtung eines palästinensischen Staates zu verhindern. Der Abschluß dieses Vertrages mit der Einbeziehung der USA als Garantiemacht kommt einer Kriegserklärung an die PLO gleich.

Die PLO hat diese Drohung wohl verstanden und ihre Stellungen in der Bekaa-Ebene verstärkt. Sie hat, soweit es ihr möglich war, in der ganzen Zeit der israelischen Invasion im Libanon den Kampf gegen die zionistische Besetzung weitergeführt, sowohl im Libanon als auch vor allem in den seit 1967 von Israel besetzten Gebieten.

Nach wie vor halten die Zionisten mehr als 7000 palästinensische Kriegsgefangene in ihren Lagern. Eine erneute militärische Auseinandersetzung mit den zionistischen Truppen in großem Ausmaß wird für die PLO sehr schwierig werden, vor allem, wenn die zioni

panarabische Nationalismus war auf Sand gebaut. Freude, Erwartungen und Stolz der jungen Unabhängigkeit wichen den ernüchternden Sorgen ... Das Öl ist keine Waffe mehr ... Damit sind jene Kräfte, die in den letzten drei Jahrzehnten einigend gewirkt haben, weggefallen, und die Widersprüche in den einzelnen Staaten des Nahen Ostens und unter ihnen werden vermutlich wieder aufbrechen. Jahre der Unruhe und wohl auch Umstürze hier und dort stehen bevor ... „Die Staatenbildung und die Vertreibung der Palästinenser im Nahen Osten ist Ergebnis der imperialistischen Expansion nicht zuletzt der deutschen Imperialisten. Die PLO verdient Unterstützung, wenn sie erklärt, die Anerkennung der PLO wäre eine geringe, aber die mindeste Wiedergutmachung.“

Quellenhinweis: FAZ, 14.5.83; Xinhua News Agency, 4. bis 10. Mai 1983; Unsere Zeit, 14. - 17.5.83; The Wall Street Journal, 2. - 17.5.83



Das „andere“ Amerika

Geschichte, Kunst und Kultur der amerikanischen Arbeiterbewegung

Ronald Reagan, Verwalter einer Arbeitslosenquote von 12%, eines 848 Milliarden-Dollar-Budgets für 1984 (mehr als ein Viertel davon für „Verteidigungsaufgaben“) hat den amerikanischen Traum wiederentdeckt. Dieser sei nach wie vor lebendig „nicht nur in den Herzen und Gedanken unserer Landsleute sondern auch ... von Millionen Menschen in freien und unterdrückten Gesellschaften, die von uns Führerschaft erwarten.“

Die Ausstellung „Das andere“ Amerika, zusammengestellt von der Neuen Gesellschaft für bildende Kunst e.V. in Zusammenarbeit mit Elefanten Press (nach Westberlin demnächst in Oberhausen) läßt diesen Traum Stück für Stück anhand der Untersuchung und Darstellung von Geschichte, Kunst und Kultur der amerikanischen Arbeiterbewegung wie Seifenblasen zerplatzen. In einem Vorwort zum Ausstellungskatalog heißt es dazu: „Seit Michael Harringtons Buch ‘The other America’ von 1962, das sich mit der Armut der Armen in den Vereinigten Staaten beschäftigt, gelten die ‚Anderen‘ in Amerika meist als diejenigen, die es nicht geschafft haben; die Schwarzen, Mexikano-Amerikaner, Puertoikaner und andere Minderheiten in den Gettos der Städte, die Nachkommen der Sklaven, die in den ländlichen Gebieten des Südens zurückgeblieben sind, weiße Kleinpächter, alleinstehende

Mütter mit Kindern, Rentner ohne Rente, Behinderte, die der ‚Wohlfahrtsstaat‘ vergessen hat ... Diesem Verständnis ist viel hinzuzufügen ...

Für die unterdrückten und verelendeten Massen in Europa wurde die Neue Welt bereits im 18. Jahrhundert zum Ziel ihrer Hoffnungen. Die meisten mußten schon während der Überfahrt erkennen, daß sie ihr altes Elend gegen ein neues eingetauscht hatten. Wer kein Geld hatte, die Reise zu bezahlen, wurde, sofern er die Überfahrt überlebte, nach seiner Ankunft meistbietend verschachert ... Wie in Europa fingen auch die Arbeiter in Amerika frühzeitig an, sich zur Durchsetzung ihrer Interessen zusammenzuschließen. Sie forderten die Einführung des Achtstundentages, die Auszahlung der Löhne in bar, das Wahlrecht, die Abschaffung der Schuldknechtschaft und die Einrichtung von Schulen und Krankenhäusern. Aber jeder Versuch, irgendetwas durchzusetzen, endete mit Verhaftungen, Prozessen ...

Als die Sklavenhalter des Südens ihr System durch die Ausbreitung der Industrialisierung bedroht sahen, griffen sie zu den Waffen und zettelten einen Krieg an, der Hunderttausende das Leben kostete. Aber die Rechnung dafür mußten nicht sie, sondern die Arbeiter auf beiden Seiten des Bürgerkrieges bezahlen. Die ihn angezettelt hatten, nahmen schon bald wieder ihre ‚füh-

rende Rolle‘ im gesellschaftlichen Leben ein. Die expandierenden Industrien brauchten verlässliche Partner und erfahrene Kräfte zur Durchsetzung ihrer Interessen. Das System, dem die Zukunft gehörte, beruhte nicht mehr auf der Sklaverei, sondern auf der ‚freien‘ Lohnarbeit. ‚Frei‘ waren alle, die nichts zu essen hatten, die sich ihren Unterhalt verdienen mußten. Mittellose Einwanderer, Kinder und Frauen waren besonders frei. Die Bedingungen, unter denen sie arbeiten mußten, wurden völlig ‚frei‘ ausgehandelt. Die einen konnten anstellen, wen sie wollten, und die anderen hatten die Wahl, sich dem zu beugen oder unterzugehen. Sie waren damals schon das ‚andere‘ Amerika. Die Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung ist ... ein unablässiger und oft blutig unterdrückter Kampf für die Durchsetzung geringfügiger Verbesserungen der sozialen Lage.“

Verliert man bei einem Rundgang durch die Ausstellung wegen der Größe und der Vielzahl von Dokumenten, Bildern und Erläuterungen schnell die Übersicht und den Zusammenhang, so stellt der die Ausstellung begleitende Katalog mit seinen über 520 Seiten und ca. 1000 Abbildungen ein ausgezeichnetes Dokument des Kampfes der amerikanischen Arbeiterklasse, der Landarbeiter, besonders auch der Arbeiterinnen dar.

Quellenhinweis: Das „andere“ Amerika. Elefanten Press Verlag, Zossener Str. 32, 1000 Berlin 61

Mord wegen der Startbahn West

Wenn man fest davon ausgeht, daß mit vielleicht drei Ausnahmen von allen „deutschen Kriminalautoren“ zumindest alle westdeutschen äußerst langweilig sind, wird man auch diesmal nicht enttäuscht. Auf Seite 52 spätestens kennt man den Mörder. In ihm und dem Erzähler der Geschichte lernt man die richtig konsequenteren Gegner der Startbahn West kennen. Der eine ist durch widrige Umstände, nämlich eine ehrgeizige Frau aus guter Familie, in eine einflußreiche Position als Jurist in der Firma aufgerückt, die eigens zwecks Ausbau der Startbahn West gegründet worden ist. Aus unterdrückter Naturliebe wird er zum Mörder. Der zweite, Direktor für Kommunikation bei einer Bank, entgeht zwei Mordanschlägen. Der erste trifft versehentlich seinen alten Freund, einen undurchsichtigen Militärberater der US-Regierung. Man schließt, daß die Interessen der USA mit dem Flughafenausbau doch nichts zu tun haben. Der Verfolgte steigt aus dem Geschäft aus. Er meint es ernst, wie man daran sieht, daß er in seinem Brief an seinen Bankchef sogar auf seine „weiteren Bezüge“ verzichtet. Leisten kann er sich das, denn er hat eine reiche US-amerikanische Erbin geheiratet. Beide waren Mitglied im „Club der Köche“, deren weniger prominente Mitglieder, Förster, Journalist, Inhaber einer Werbeagentur und ehemaliger Bundeswehroffizier, der Reihe nach als Verdächtige zurechtgemacht werden, bis die Polizei doch noch auf den Richtigen kommt.

Dieter Bromund, Tod für die Startbahn West, Goldmann Krimi 5637, 4,80 DM

Waldsterben und saurer Regen

Seit saurer Regen und Tannenzuwachs. Waldsterben zur täglichen Nachricht wurden, haben die Themen Hochkonjunktur auf dem Buchmarkt. Drei der in letzter Zeit erschienenen, mit unterschiedlichen Schwerpunkten, sollen besprochen werden.

„Saurer Regen; Ursachen, Folgen, Gegenmaßnahmen“ (1) ist eine einfache, aber ordentliche Darstellung der wichtigsten wissenschaftlichen und ökonomischen Sachverhalte sowie der politischen Maßnahmen wie TA-Luft und Großfeuerungsanlagenverordnung. An Schaubildern und Tabellen werden die Begriffe

und Probleme dargestellt und die Zusammenhänge klargemacht.

Das Buch ist reich an gutem Faktenmaterial und entwaffnenden Enthüllungen z.B. gegenüber der RWE. „Wir lassen uns nicht vereinnahmen zu einer deutschen Volksgemeinschaft, die ihre Interessen rücksichtslos gegenüber anderen Ländern durchsetzt. Umweltschutz kennt keine Grenzen“, ist die Bilanz des Autorenkollektivs.

Zum Teil wörtlich aus obigem Buch abgeschrieben ist das Buch „Letzte Chance für den Wald – die abwendbaren Folgen des Sauren Regens“ (2). Zwar werden verschiedene Sachverhalte über die Wirkung von Schadstoffen in der Luft sehr detailliert, korrekt und anschaulich dargelegt, die „Öffentlichkeitsarbeit“ der SPD-Regierung und Spaltungspolitik der bürgerlichen Politiker dokumentiert (Zitatensammlung seit 1961), die Kritik aber kommt zu kurz.

„Stirbt der Wald? Energiepolitische Voraussetzungen und Konsequenzen“ war der Titel einer Tagung, deren Vorträge in dem Buch gleichen Titels wiedergegeben sind (3). Das Buch ist recht schwierig zu lesen, auch bei bereits vorhandenen Kenntnissen. Zwar enthält es viele Schaubilder und Tabellen, allerdings muß man sich den Reim auf die präsentierten Daten selbst machen. Einziger „Vorteil“ ist, daß die Kapitalisten bzw. ihre Vertreter selbst häufig zu Wort kommen.

(1) Redaktion Kölner VolksBlatt und Katalyse-Umweltgruppe Köln e.V., Kölner VolksBlatt Verlagsgesellschaft mbH, Preis 8,80 DM; (2) Autor R. Griebhammer, Dreisam-Verlag GmbH, 12,80 DM; (3) H. Graf Hatzfeldt (Herausgeber), Verlag C.F. Müller, Preis 9,80 DM

Nützlicher Film zur Wiederbewaffnung

Der Film „Der lange Atem“ wurde an der Münchner Filmhochschule gedreht, und von ihr wurde die Aufführung dann verboten. Die Autoren drehten ihn nochmal mit dem Titel „Der längere Atem“. Der Film stellt sich die Aufgabe, der heutigen Friedensbewegung durch die Darstellung der Remilitarisierung der BRD und des Kampfes dagegen zu nützen. Er ist in Zusammenarbeit mit Oskar Neumann entstanden, der als KPD-Mitglied Sekretär des „Hauptausschusses“ gegen die Wiederbewaffnung war und heute Vorsitzender des Landesverbands Bayern der VVN ist.

Der Film belegt das Interesse der Westalliierten und der westdeutschen Bourgeoisie an der Wiederbewaffnung der BRD, um ein Bollwerk gegen die Sowjetunion zu schaffen. Sehr ausführlich wird die Adenauersche „Geheimpolitik“ dargestellt. Adenauer sprach sich lange offiziell gegen eine Wiederbewaffnung aus, führte aber Verhandlungen mit den Westmächten mit dem Ziel, die BRD in eine selbständige Militärmacht zu verwandeln. Nachdem 1950 die Westmächte den Weg zu einem westdeutschen „Verteidigungsbeitrag“ frei gemacht hatten, ließ die Adenauer-Regierung sofort durch bewährte Nazi-Offiziere den Aufbau der Bundeswehr konzipieren.

Über die Aufgaben der neuen Armee braucht man nicht zu spekulieren: So wird der Außenminister Hallstein zitiert, der sich für ein vereinigtes Europa bis zum Ural aussprach. Offen wurde im deutschen Bundestag darüber gesprochen, daß es nur eine deutsche Nation gebe, deren einer Teil von sowjetischer Fremdherrschaft befreit werden müssen. Die faschistische Hetze gegen den slawischen Untermenken wurde von den westdeutschen Imperialisten weiter zur Begründung ihrer Expansionspläne benutzt.

Gegen die sich formierende Bewegung gegen die Remilitarisierung entfaltete die Adenauer-Regierung brutalsten inneren Terror. Ab 1950 wurde der öffentliche Dienst von Rüstungsgegnern gesäubert, 1951 Verbotsantrag gegen die KPD gestellt und die FDJ verboten.

Heinemann, 1950 aus Protest gegen Adenauers Politik als Innenminister zurückgetreten, rief mit Kirchenpräsident Niemöller auf, eine Volksbefragung durchzuführen. Nachdem die Regierung die selbstorganisierte Befragung durch den „Hauptausschuß für Volksbefragung“ verboten hatte, wurde die Befragung weiter durchgeführt. 94% der über sechs Millionen befragten Bürger waren gegen die Aufrüstung und für einen sofortigen Friedensvertrag.

Der Film liefert leider wenig Anhaltspunkte für das Scheitern dieser Bewegung. Die Rolle der Kirchen wird völlig unkritisch betrachtet. Auffällig wird aber, daß die Bewegung gegen die Remilitarisierung sich wenig mit den offen vorgetragenen Expansionszielen der wiedererstarkten deutschen Imperialisten auseinandersetzt.

„Deutsche Frage“

„Angebotspolitik“ der BRD mit „deutscher Staatsangehörigkeit“

Einer der Vorwürfe, mit denen die Bundesregierung die DDR in jüngster Zeit zunehmend überhäuft, lautet: Die DDR verletze mit ihrer Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft den „Modus vivendi“, d.h. die Regeln eines vorläufigen „Miteinander-Auskommens“. Die in diesen Vorwurf gehüllte Drohung ist unüberhörbar: Die Bundesregierung sucht nach einem Rechtfertigungsgrund für offene politische Aggression gegen die DDR. Tatsächlich ist die Forderung der DDR ziemlich alt und höchst berechtigt. Denn mit der Verweigerung der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft verletzt die BRD ständig die Souveränität der DDR, hält sie die „deutsche Frage offen“, nicht nur „rechtlich“, sondern überaus praktisch.

Die BRD verweigert die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft mit der Behauptung einer „deutschen Staatsangehörigkeit“, die durch die Grundgesetz-Artikel 16 und 116 verfassungsmäßig heilig gesprochen ist. Diese „deutsche Staatsangehörigkeit“ besitzen, ob sie wollen oder nicht, alle „Deutschen“ innerhalb der „Grenzen von 1937“. Das Bundesverfassungsgericht urteilte 1975: „Weder die Maßnahmen des polnischen Gesetzgebers noch das Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR von 1967 haben dazu führen können, daß die deutsche Bevölkerung in den Gebieten östlich von Oder und Neiße sowie der DDR die deutsche Staatsangehörigkeit verloren hat.“ Und zuvor schon (1973): „Art. 16 GG geht davon aus, daß die „deutsche Staatsangehörigkeit“ ... zugleich die Staatsangehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland ist.“ Die BRD beansprucht die Hoheit über die Staatsbürger der DDR und über immer noch viele hunderttausend polnische und sowjetische Staatsbürger.

Der Staatsrechtler Prof. Zieger beschreibt die Absichten der bundesdeutschen Staatsbürgerschaftspolitik so: „Die Adressaten dieser Politik sind primär die Deutschen im anderen deutschen Staate. Solange sie wissen, daß sie weiterhin in der deutschen Staatsangehörigkeit aufgehoben sind, versinkt nicht ihre Hoffnung, eines Tages wieder an unserer freiheitlichen Lebenswelt teilnehmen zu können.“ Der ehemalige Justizminister Schmude bezeichnete die „deutsche Staatsangehörigkeit“ als „Angebot an diejenigen DDR-Bürger, die in den Schutzbereich bundesdeutscher Hoheitssträger gelangen“. In der Tat hat vor dem Bau der Mauer 1961 die Politik der „deutschen Staatsbürgerschaft“ die Abwerbung qualifizierter Arbeitskräfte aus der DDR erheblich gefördert: Die in die BRD kommenden DDR-Bürger waren (und sind) den BRD-Bürgern automatisch rechtlich und politisch gleichgestellt; weder wurden (und werden) sie wie die Lohnabhängigen z.B. aus der Türkei oder Portugal durch besondere Ausländergesetze unterdrückt noch wie andere Asylbewerber auf ihre Flüchtlingsqualitäten geprüft und (in der Regel) abgeschoben.

Aber auch mit dem Bau der Mauer, die der massiven Arbeitskräfteabwerbung ein Ende bereitete, hörte die BRD nicht auf, die „Deutschen im Sinne des Grundgesetzes“ mit ihrem „Angebot“ zu verfolgen – ganz unzutreffend allerdings spiegelt das Wörtchen „Angebot“ vor, als hätten diese die Wahl, anzunehmen oder abzulehnen. Aus der Konstruktion der „deutschen Staatsangehörigkeit“ leitet die BRD eine Anzahl von Anmaßungen ab:

Sie beansprucht Hoheitsrechte über die DDR-Bürger, die in die BRD einreisen. Praktisch bedeutet dies, daß sie z.B. Rentnern, die Verwandte besuchen wollen, oder anderen Privatpersonen westdeutsche Pässe ausstellt und die DDR-Pässe – es sei denn, der Betreffende weigert sich hartnäckig – einzieht.

Die BRD beansprucht das „Schutzzrecht für alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes“. Zwar verwehren die *unmittelbar* betroffenen Regierungen der DDR, der VR Polen und der UdSSR den westdeutschen Behörden, dies „Recht“ für die in diesen Ländern lebenden Deutschen wahrzunehmen. Aber immerhin bleibt diese aus der „deutschen Staatsangehörigkeit“ mit BRD-Alleinvertretungsanspruch abgeleitete Anmaßung Vorwand ständiger Einmischung. Auch Drittländer bekommen das zu spüren, etwa wenn die BRD sie mit diplomatischem Druck von Konsularverträgen mit der DDR abhalten oder sie auf die Anerkennung der „deutschen Staatsangehörigkeit“ verpflichten will.

Die BRD beansprucht die Justizhoheit über alle „Deutschen im Sinne des Grundgesetzes“. Erst am 26. November 1980 bestätigte

der Bundesgerichtshof den Grundsatz, daß von DDR-Bürgern in der DDR in bezug auf andere DDR-Bürger begangene Handlungen in der BRD nach BRD-Strafrecht auch dann verfolgt werden können, wenn kein Straftatbestand der DDR, wohl aber ein sog. „inländisches Rechtsgut“ verletzt worden sei. Die Anmaßung, strafrechtlich „allen Deutschen, auch soweit sie in der DDR ansässig sind, Schutz zu gewähren“, ist die Grundlage der „Zentralen Erfassungsstelle Salzgitter“. Diese 1961 gegründete Justizbehörde „erfaßt“ solche Handlungen in der DDR, die nach *westdeutschem Strafrecht* strafbar sind, registriert die „Täter“ und informiert die Sicherheitsbehörden, „damit Beschuldigte ergriffen werden können, wenn sie das Bundesgebiet betreten“. Der Hauptzweck dürfte sein, im Falle der „deutschen Wiedervereinigung“ mit streng rechtsstaatlichem Terror all jene auszuschalten, die „unserer freiheitlichen Lebenswelt“ im Wege stehen.

Für diese und andere völkerrechtswidrige Anmaßungen kann die BRD auf die Rechtskonstruktion der „deutschen Staatsangehörigkeit“ nur schwer verzichten. Die Forderung der DDR ist unbedingt unterstützenswert.

Quellenhinweis: Grundvertragsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 31.7.1973, sowie Beschluß zu den Verträgen von Moskau und Warschau vom 7.7.1975, in: D. Blumenwitz, Was ist Deutschland?, Bonn 1982; G. Zieger, Die deutsche Staatsangehörigkeit zwischen Ost und West, in: Materialien zu Deutschlandfragen, Bonn 1983; G. Riege, Die Staatsbürgerschaft der DDR, Berlin 1982; U. Scheuner, Die deutsche einheitliche Staatsangehörigkeit: ein fortdauerndes Problem der deutschen Teilung, in: Europa-Archiv 12/1979

Wirtschaftstheorien/Wirtschaftspolitik I 1929/30 – 1982/83: Das Finanzkapital fordert die „Wende“

„Die deutsche Wirtschaft steht am Scheideweg. Wenn es nicht endlich gelingt, das Steuer umzulegen und unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik eine entscheidende Wendung zu geben, dann ist der Niedergang der deutschen Wirtschaft besiegelt ... Wer sich für die Zukunft des deutschen Volkes verantwortlich fühlt, muß sich unbedingt für eine Abkehr von den bisherigen Methoden unserer Wirtschaftspolitik entscheiden.“

Das schrieb im Dezember 1929 der Reichsverband der Deutschen Industrie in seiner Denkschrift „Aufstieg oder Niedergang“ (1). Nicht nur in dieser Passage ist diese Denkschrift fast wortgleich mit den gegenwärtigen Forderungen von BDI, BDA, den Banken an die CDU/CSU/FDP-Regierung.

Der Reichsverband der deutschen Industrie veröffentlichte seine Denkschrift zum Zeitpunkt des offenen Ausbruchs der Weltwirtschaftskrise. Die Arbeitslosenquote betrug in Deutschland bereits 14 bis 15% und verdoppelte sich in den nächsten drei Jahren. Der sowjetische Ökonom Eugen Varga beschrieb damals die wirtschaftliche Entwicklung so (2):

„Besonders charakteristisch für die ganze Krise und auch für die gegenwärtige Depression ist der langandauernde und tiefe Riß zwischen ‚Geldmarkt‘ und ‚Kapitalmarkt‘, wie die bürgerliche Terminologie lautet, d.h. zwischen dem massenhaften Brachliegen von Leihkapital und dem fast vollständigen Stillstand in seiner Anlage als produktives Kapital ... Über die Ursachen dieser, für die gegenwärtige Krise charakteristischen Tatsachen haben wir schon öfters geschrieben: Es ist der für die allgemeine Krise charakteristische, gegenwärtig besonders scharf hervortretende Überfluß an produktivem Kapital ... Momente, die in der bürgerlichen Literatur mit dem nichtssagenden psychologischen Ausdruck ‚Vertrauensmangel‘ bezeichnet werden.“

Worin bestand nun die geforderte Politik des Reichsverbandes der deutschen Industrie in dieser offen ausgebrochenen Überproduktions- und Verwertungskrise mit drastisch gesunkener Durchschnittsprofitrate und – seit 1929 – absolutem Rückgang des Produktionsumfangs?

Zunächst die „Lageanalyse“ des Reichsverbandes: Die Tatsache der sinkenden Produktion wegen Überfüllung der Märkte bei sinkender Profitrate auf das eingesetzte Kapital wird zunächst als Folge von gestiegenem Konsum und steigenden Produktionskosten erklärt:

„Die Produktionskosten sind in stärkerer Progression als die Produktion selbst gestiegen ... hat die Sozialpolitik in starkem Maße gegen sich selbst gewirkt und soziale Schwierigkeiten gebracht. Auf diesem Weg wurde eine Veränderung der Einkommensschichtung erzwungen, die dem Konsum einen stärkeren Auftrieb gab, als es der natürlichen und gesunden Entwicklung entsprach. Es entstanden Aufblähungen auf der einen, Einschränkungen auf der anderen Seite. Bei steigendem Lohn, steigender Staatslast, steigendem Zins und sinkender Rente wird der Punkt überschritten, wo die Erweiterung der Produktion noch einen Sinn hat. Die Folgen dieser Entwicklung sind Arbeitslosigkeit, Zusammenbrüche vieler Firmen, Mangel an Absatz und eine bis zur Verdrossenheit gesteigerte allgemeine Unzufriedenheit.“

Deshalb fordert der Reichsverband der deutschen Industrie:

„Die deutsche Wirtschaft muß frei gemacht werden“ ... Die Wiederherstellung der Rentabilität in den Betrieben und die Eigenkapitalbildung in den Unternehmen sind entscheidend für die Wiederbelebung und den Aufstieg der deutschen Wirtschaft. Auf diese Ziele sind unsere Vorschläge eingestellt. Dazu legt der Reichsverband ... Leitsätze für die Umstellung der deutschen Wirtschaftspolitik vor.“

Im folgenden können dazu nur die wichtigsten Leitsätze der geforderten Einzelmaßnahmen aufgeführt werden:

„A. Kapitalbildung: 1. Ausgangspunkt für alle Maßnahmen der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist unter den für die deutsche Wirtschaft gegebenen Umständen die Förderung der Kapitalbildung ... 3. Um die größtmögliche Wirtschaftlichkeit zu erzielen, neue Arbeitsplätze zu schaffen und den Lebensbedarf der breiten Massen zu befriedigen, muß vor allem die Kapitalbildung gefördert werden, die auf kürzestem und sicherstem Weg das neu gebildete Kapital der Produktion zuführt ...“

Weiter fordert der Reichsverband: Reduzierung der Sozialpolitik auf das Nötigste und Anpassung an die „wirtschaftliche Tragfähigkeit“. In normalen Zeiten seien zwar alle drei „Quellen“, Boden, Kapital und Arbeit, gleich wichtig, in Krisenzeiten aber sei die „pflegliche Behandlung“ des Faktors Kapital das wichtigste, deshalb Kapitalbildung dort, wo ihre Quelle ist: in den Betrieben, durch Lohnsenkung. Gefordert wird eine Reform der Rentenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und vor allem die Beseitigung erkämpfter Tarifrechte und arbeitsgesetzlicher Regelungen: „Es ist nach unserer Auffassung nicht Aufgabe des Staates, in die Sphäre privatwirtschaftlicher und privatrechtlicher Angelegenheiten, wie sie die Regelung der Arbeitsbedingungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer darstellt ... einzutreten.“

Auf dem Gebiet der Finanz- und Steuerpolitik fordert der Reichsverband: Senkung der öffentlichen Aufgaben und Steuern, Beschaffung der örtlichen Mittel stärker vor allem durch indirekte Steuern, Beseitigung aller „ertragsunabhängigen“ Steuern, Beseitigung der Gewerbesteuer, Ermäßigung und schließlich Beseitigung der Vermögenssteuer, Senkung und Beseitigung der Kapitalverkehrssteuer, neue haushaltsgesetzliche Regelungen für die Kommunen, Änderung des Finanzausgleichs.

Ist der Schlachtruf dieser Denkschrift des deutschen Finanzkapitals 1929 noch „Befreiung der Wirtschaft vom Staat“, so folgt bekanntlich kurz darauf die Installation des faschistischen Staates durch genau die gleiche Finanzbourgeoisie (3).

Parallelen zwischen der Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals Ende der 20er Jahre und heute erersetzen weder eine genaue Untersuchung der damaligen noch der heutigen Politik. Dennoch gibt eine grobe Gegenüberstellung für eine solche Untersuchung eine Reihe von Hinweisen:

– Je nach dem Verlauf der kapitalistischen Wirtschaft, der Entwicklung der kapitalistischen Krise, dem Verlauf von „langen“ und „kurzen“ Wellen von Konjunktur und Krise treiben die ökonomischen Bedingungen das Finanzkapital zu einer veränderten Wirtschaftspolitik. In äußerst praktischen konzeptionellen „theoretischen“ Debatten bereitet die Finanzbourgeoisie diese Änderungen vor, klärt Widersprüche in den eigenen Reihen, sammelt ihren Anhang in der Bourgeoisie, in den Mittelklassen, legt Propagandarichtungen und Politik für Einbrüche in die Arbeitersklasse fest. (4) So wurde die jetzt vorherrschende Wirtschaftsdoktrin der Imperialisten, die sog. neoklassische, neoliberalen Angebots- und Geldpolitik in der Kritik der sozialliberalen keynesianischen „Globalsteuerung“ ausgefeilt und seit 1973 vom Sachverständigenrat vertreten. (5)

– Dabei bezeichnet die sogenannte „Wende“ oder „Wendung“ (Reichsverband der deutschen Industrie) den Übergang zu einer Wirtschaftspolitik des Versuchs der direkten Hebung der Profitrate durch zunächst mehr oder weniger „marktwirtschaftliche“, schließlich vor allem zwangswise staatliche Senkung des Reallohnes. Die direkte, unmittelbare und offen geforderte Veränderung des Verhältnisses zwischen notwendiger Arbeit (für die Reproduktion) und Mehrarbeit für die Kapitalisten wird zum Hauptangriffspunkt der Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals, verbunden mit Zwangsmaßnahmen zur „Verbilligung“ der sachlichen Produktionsmittel, der Rohstoffe und Vorprodukte. Unter dem Schlachtruf nach „wirtschaftlicher Sicherheit“ wird der Übergang zur Kriegsvorbereitung fließend.

Demgegenüber tritt die Forderung nach Maßnahmen zwecks besserer inländischer „Absatz“ durch staatliche Nachfragepolitik zurück, was nicht heißt, daß zu einem anderen Zeitpunkt der Krise die Bourgeoisie solche Maßnahmen nicht wieder fordert.

Dem Übergang zur offenen und direkten „Raubwirtschaft“ der „Wendepolitik“ auf ökonomischen Gebiet entsprechen die

Tendenzen zu direkten und offenen Formen der politischen Diktatur der Bourgeoisie. Ideologisch fordert der Schlachtruf nach der „Wende“, daß die Sicherung der Reproduktion der Lohnarbeiter nicht länger als ein anerkanntes gesellschaftliches Interesse gelten darf.

– Die Sammlung gesellschaftlicher Kräfte über die eigene Klasse hinaus gelingt der Bourgeoisie – wie in verschiedenen Artikeln der Politischen Berichte nach den Wahlen gezeigt – durch die Bindung an das Eigentum und durch den Umstand, daß da und dort eine Sicherung der individuellen Lage durch Teilhabe an einer Wirtschaftsexpansion möglich scheint bzw. ist.

Die Reaktion kann in dieser Lage auch noch eine Propagandaoffensive für diese Politik entwickeln, gegen die die Sozialdemokratie nur hält, das gleiche ließe sich doch auch mit anderen Mitteln erreichen, weil die Reaktion tatsächlich die „Logik der herrschenden Verhältnisse“ vertritt. Wer nicht willens oder in der Lage ist, die Verteidigung des erkämpften Lohn- und Rechtsstandards durchzusetzen, der wird ideologisch, „theoretisch“, praktisch gezwungen, den Kurs der Profitsanierung mitzugehen, ob nun mit mehr oder mit weniger Vorbehalten gegen die einzelnen Maßnahmen der Reaktion.

– Daß der Schlachtruf der Reaktion „weniger Staat“ nur eine Vorstufe zum verstärkten Einsatz des staatlichen Gewaltapparates auch auf wirtschaftlichem Gebiet ist, hat weitreichende Folgen für die Politik der Sozialdemokratie. Nach der Bundestagsdebatte über die Regierungserklärung Kohl schrieb das Handelsblatt, „weniger Staat“ sei die Position der Regierung, „mehr Staat“ die

der SPD. Wenn sich die Sozialdemokratie dieser Alternative der Reaktion nicht entzieht, dann wird die SPD zwangsläufig auch in der Opposition fortfahren, politische und ideologische Schleusen für die nächsten Schritte der Reaktion zu öffnen, statt Verteidigungslinien aufzubauen. Die neuesten rechtssozialdemokratischen Projekte einer neuen, nicht inflationären Einkommenspolitik und „,planung“ lassen nichts Gutes vermuten (6).

Das Schmieden alternativer wirtschaftspolitischer Projekte, wie bereits seit einiger Zeit von den Grünen in Angriff genommen, ohne eine vorherige Kenntnisnahme und Kritik der gegenwärtigen und geplanten Wirtschaftspolitik des Finanzkapitals ist riskant. Nach der „,alternativen Verteidigung“, dem „,alternativen Nationalismus“, dem „,alternativen (blockfreien) westdeutschen Imperialismus“ auch noch eine „,alternative Lohnsenkung“ wäre keine gute Entwicklung innerhalb der Linken.

(1) Alle folgenden Zitate daraus nach: „Aufstieg oder Niedergang, Deutsche Wirtschafts- und Finanzreform 1929, eine Denkschrift“, Berlin 1929; (2) Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen, hsg. von E. Altwater, Berlin 1969; (3) s. dazu u.a. Reinhard Kühn, Der Deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten; (4) Nach wie vor die brauchbarste kommentierte Textsammlung zur Entwicklung der Wirtschaftstheorien ist: Werner Hofmann, Sozialökonomische Studientexte, 3 Bde., Berlin 1966; davon insbesondere Bd. 3: Theorie der Wirtschaftsentwicklung über bürgerliche „gesamtwirtschaftliche“ Theorien, Keynes, Konjunktur- und Wachstumstheorien usw. und Bd. 2: Wert- und Preislehre, über die Grundtheorien der Neoklassik; (5) Politische Berichte, Reihe Arbeitshefte 1981; (6) So gibt der Politologe Löwenthal der „Wirtschaftswoche“ (Nr. 19, 6. Mai) ein Interview als „Vordenker der SPD“ über den künftigen Wirtschaftskurs der SPD und die Unvermeidlichkeit der Lohnsenkungen. Der gewerkschaftsigeine Bund-Verlag veröffentlicht unkommentiert eine Sammlung: „Über Keynes hinaus“, Hsg. Alfred S. Eichner, in der der Herausgeber über neue Formen staatlicher „,nicht-inflationärer“ Einkommenspolitik sinniert. Nützliche Hinweise zur Wirtschaftspolitik der SPD und der Gewerkschaftsführung finden sich in: A. Bönsch, Wirtschaftstheorien der SPD, Pahl-Rugenstein-Verlag; J. Esser, Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt 1982

Linolschnitt



Pendler, auf dem Rückweg um 16 Uhr, 1983, A.H., Kunstgruppe Hildesheim

Die Entwicklung der Beschäftigung, des Effektivlohnes und des Normallohnes nach Beschäftigtengruppen von Okt. 80 bis Okt. 82

(Be: Besch. in 1000; ELo: Effektivlohn; NLo: Normallohn)

SH		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	12.1	1789	1782	53.2	2587	2421	8.0	2194	2194
81	11.6	1891	1900	52.2	2726	2555	7.9	2329	2329
82	10.5	1911	1974	51.1	2762	2662	7.9	2434	2434
							23.4	3716	3716
HH		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	5.4	1925	1919	46.3	2978	2725	8.4	2534	2534
81	5.2	2018	2007	45.9	3136	2880	8.2	2671	2671
82	4.6	2077	2121	44.1	3139	3040	7.7	2790	2790
							25.3	4026	4026
Nds		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	46.5	1999	2019	223.7	2706	2601	19.5	2421	2421
81	44.9	2062	2127	220.4	2753	2742	19.4	2573	2573
82	39.9	1816	2212	213.0	2380	2809	18.8	2698	2698
							65.9	4082	4082
HB		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	4.2	1817	1835	30.7	2727	2514	3.4	2356	2356
81	4.1	1964	1913	30.7	2925	2654	3.4	2461	2461
82	3.3	2095	2094	30.0	2886	2758	3.3	2589	2589
							14.1	4057	4057
NRW		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	105.3	1816	1806	532.7	2620	2452	66.3	2428	2428
81	94.6	1904	1919	496.8	2763	2582	56.1	2557	2557
82	93.2	1957	1996	503.6	2776	2685	49.2	2670	2670
							158.7	4149	4149
Hess		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	42.8	1843	1868	184.9	2529	2512	27.5	2432	2432
81	39.4	1977	1988	180.9	2763	2663	27.1	2559	2559
82	34.0	2008	2098	167.0	2731	2768	28.8	2667	2667
							96.4	4021	4021
Rh-Pf		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	21.2	2371	1829	87.4	2508	2403	10.5	2197	2197
81	20.6	1936	1959	87.1	2686	2562	9.7	2299	2299
82	18.9	2016	2044	85.6	2749	2661	9.9	2457	2457
							32.0	3936	3936
Ba-Wü		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	140.8	1977	1978	482.1	2695	2583	79.1	2528	2528
81	130.7	2042	2092	471.9	2825	2735	78.5	2669	2669
82	119.9	2082	2181	456.9	2866	2863	75.8	2800	2800
							225.0	4209	4209
By		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	124.8	1831	1841	353.1	2483	2396	67.2	2490	2490
81	116.6	1886	1950	348.2	2574	2524	65.5	2626	2626
82	108.2	1944	2035	338.8	2599	2632	63.6	2766	2766
							182.5	4181	4181
Saar		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	6.4	1901	1914	39.1	2683	2485	2.7	2251	2251
81	6.0	2051	2064	37.7	2858	2647	2.6	2380	2380
82	5.6	2052	2151	36.2	2823	2744	2.5	2524	2524
							9.7	4003	4003
W.B.		weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang.	
Jahr	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo	Be	ELo	NLo
80	26.0	1866	1869	50.3	2495	2433	11.1	2561	2561
81	23.4	1933	1977	49.3	2635	2582	10.8	2696	2696
82	20.6	1960	2056	47.4	2698	2685	10.3	2825	2825
							25.5	4075	4075

Lohnentwicklung in der Investitionsgüterindustrie der verschiedenen Bundesländer

Als effektiver Lohn wird im folgenden für die Arbeiter der auf Basis der effektiv gezahlten Wochenverdienste berechnete Monatslohn und für die Angestellten der ausgewiesene Monatslohn bezeichnet. Als Normallohn für die Arbeiter der auf Basis der effektiv gezahlten Stundenlöhne berechnete Monatslohn. Bei den Angestellten unterscheiden sich für Effektivlohn und Normallohn die Daten nicht.

Vor zwei Ausgaben, in der Nr. 8, waren wir auf diesen Seiten aufmerksam geworden, daß im Vergleich von 1980, 1981, 1982 (Oktober) die Entwicklung des effektiven Lohnes in der metallverarbeitenden Industrie erheblich anders ist, als die Entwicklung des Normallohnes. Wir hatten angekündigt, nachsehen zu wollen, wie sich dieser Effekt in den verschiedenen Bundesländern und in den verschiedenen Teilindustrien der Metallindustrie darstellt. Die Untersuchung für die Bundesländer liegt jetzt vor.

Sie ergibt, daß im November 1982 für einen beträchtlichen Teil der Arbeiter die tatsächlich und brutto verdienten Löhne kaum über den Vorjahreslöhnen gelegen haben. In einigen Fällen treten sogar Verluste gegenüber 1980 auf. (Alles in laufenden Preisen, also ohne Inflationsbereinigung berechnet.).

Für die Beschäftigtengruppe männliche Arbeiter in Niedersachsen weist die Statistik einen Verlust von über 300.-DM gegenüber 1980 aus. In NRW konnte die Beschäftigtengruppe männliche Arbeiter im Oktober 1982 gerade um 10.-DM pro Monat mehr verdienen als im Vorjahr. Aus der links stehenden Tabelle lassen sich noch mehrere Beispiele ablesen.

In Kenntnis solcher Daten versteht man, wie schwer es für die IG-Metall war, zu einer einheitlichen Strategie im Lohnkampf zu finden. Weithin, über ganze Landstriche und für riesige Beschäftigtengruppen war der Zusammenhang zwischen Tarifforderung und effektivem Lohn zerrissen. Denn für die auf Basis des Stundenlohnes errechneten Normallöhne treten diese Phänomene nicht auf. Der Lohnverlust entstand durch Streichung von vorher völlig üblichen Überstunden und (auch) durch Kurzarbeit. Dies sieht man daran, daß in der überwiegenden Zahl der Fälle der effektive, auf Basis der gezahlten Wochenlöhne erzielte Lohn auf den Normallohn hinrutscht und in nicht wenigen Fällen sogar darunter sinkt.

Die Lohnpolitik der IG-Metall ist

schon immer so angelegt gewesen, daß den Kapitalisten ein großer Spielraum blieb. Der Effektivlohn entstand aus a.) dem Tariflohn auf die tarifliche Arbeitszeit, b.) den außertariflichen Zuschlägen auf diesen Lohn und c.) den normalerweise üblichen Überstunden. Diesen letzten Faktor haben die Kapitalisten bewegt, d.h. sie haben die Arbeit so intensiviert, daß sie im Durchschnitt auf Überstunden verzichten konnten. Die Tarifpolitik der IG-Metall gibt den Arbeiter dem daraus entstehenden Lohnverlust ungeschützt preis. Die verdrehte Lage entsteht, daß hunderttausende bedauern müssen, die eigentlich verhafteten Überstunden nicht machen und also den gewohnten Lohn nicht erzielen zu können.

Zu einer genaueren Beurteilung der Sache ist die Untersuchung dieser Entwicklung nach den Unterbranchen in der Metallindustrie erforderlich, die wir in einem der nächsten Hefte vornehmen wollen.

Aber auch jetzt läßt sich schon vage erkennen, was die Kapitalisten in die Scheuer gebracht haben müssen. Die rechts stehende Tabelle enthält eine Darstellung der von ihnen je in einem Bundesland und je für eine bestimmte Arbeitskräfteorte gezahlten Lohnsumme.

Die Kapitalisten konnten in den meisten Bundesländern die Lohnsumme direkt senken, in nicht wenigen Fällen sogar unter den Wert von 1980. Was sagt eine solche Lohnsummenentwicklung über die Situation der betroffenen Lohnabhängigen aus? Sie zeugt von einer unerhörten Rationalisierungswelle. Die nach den Beschäftigengruppen weibliche Arbeiter, männliche Arbeiter, weibliche Angestellte, männliche Angestellte aufgeschlüsselte Betrachtung zeigt darüberhinaus, wie hart diese Rationalisierungswelle wen getroffen hat. Es ist ja nicht so, daß bei einer Reduktion der Anzahl der weiblichen Arbeiter und z.B. einer gleichzeitigen Zunahme der männlichen Angestellten vorher von weiblichen Arbeitern erledigte Arbeit jetzt von männlichen Angestellten erledigt würde.

So lange wir nicht dazu gekommen sind, die Produktionszahlen der Unterbranchen der metallverarbeitenden Industrie diesen Daten gegenüberzustellen, ist eine ausreichende Interpretation nicht möglich. Die dafür erforderlichen aufgeschlüsselten Daten sind nicht leicht erhältlich bzw. zu verarbeiten. Bereits für die nebenstehenden Tabellen haben wir Zahlen mündlich nachfragen müssen, so daß der eine oder andere Fehler enthalten sein kann.

Die Entwicklung der Beschäftigung und der Lohnsumme, total und nach Beschäftigengruppen von Okt. 80 bis Okt. 82

(Be: Besch. in 1000; LS: Lohnsumme in Milliarden)

SH	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	96.5 0.2559	12.1 0.0216	53.2 0.1377	8.0 0.0176	23.1 0.0790				
81	94.8 0.2657	11.6 0.0220	52.2 0.1422	7.9 0.0184	23.1 0.0831				
82	93.0 0.2676	10.5 0.0201	51.1 0.1411	7.9 0.0192	23.4 0.0871				

HH	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	86.4 0.2664	5.4 0.0104	46.3 0.1378	8.4 0.0212	26.3 0.0969				
81	85.5 0.2785	5.2 0.0105	45.9 0.1438	8.2 0.0219	26.2 0.1022				
82	81.8 0.2717	4.6 0.0096	44.1 0.1385	7.7 0.0216	25.3 0.1020				

Nds	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	356.3 0.9905	46.5 0.0929	223.7 0.6054	19.5 0.0471	66.6 0.2451				
81	352.8 1.0154	44.9 0.0925	220.4 0.6067	19.4 0.0500	68.1 0.2662				
82	337.7 0.8994	39.9 0.0725	213.0 0.5070	18.8 0.0508	65.9 0.2692				

HB	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	52.5 0.1518	4.2 0.0077	30.7 0.0838	3.4 0.0080	14.2 0.0524				
81	52.6 0.1624	4.1 0.0081	30.7 0.0897	3.4 0.0084	14.4 0.0563				
82	50.7 0.1593	3.3 0.0068	30.0 0.0866	3.3 0.0085	14.1 0.0573				

NRW	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	910.9 2.5318	105.3 0.1912	532.7 1.3957	66.3 0.1611	206.6 0.7839				
81	825.0 2.4038	94.6 0.1801	496.8 1.3726	56.1 0.1434	177.5 0.7077				
82	804.7 2.3703	93.2 0.1824	503.6 1.3981	49.2 0.1315	158.7 0.6584				

Hess	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	344.2 0.9407	42.8 0.0789	184.9 0.4678	27.5 0.0668	89.0 0.3272				
81	336.2 0.9917	39.4 0.0780	180.9 0.4998	27.1 0.0694	88.7 0.3445				
82	326.3 0.9891	34.0 0.0682	167.0 0.4563	28.8 0.0769	96.4 0.3877				

Rh-Pf	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	150.6 0.4048	21.2 0.0502	87.4 0.2192	10.5 0.0231	31.5 0.1123				
81	146.6 0.4056	20.6 0.0398	87.1 0.2339	9.7 0.0222	29.3 0.1096				
82	146.6 0.4241	18.9 0.0382	85.6 0.2354	9.9 0.0244	32.0 0.1261				

Ba-Wü	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	924.6 2.6328	140.8 0.2784	482.1 1.2991	79.1 0.1998	222.7 0.8556				
81	907.9 2.7256	130.7 0.2668	471.9 1.3331	78.5 0.2095	226.9 0.9161				
82	877.6 2.7183	119.9 0.2495	456.9 1.3092	75.8 0.2123	225.0 0.9472				

By	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	725.3 1.9518	124.8 0.2286	353.1 0.8765	67.2 0.1674	180.2 0.6792				
81	713.4 2.0189	116.6 0.2198	348.2 0.8961	65.5 0.1719	183.2 0.7312				
82	693.1 2.0301	108.2 0.2103	338.8 0.8807	63.6 0.1759	182.5 0.7632				

Saar	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	58.2 0.1603	6.4 0.0122	39.1 0.1049	2.7 0.0061	10.0 0.0372				
81	56.2 0.1652	6.0 0.0122	37.7 0.1076	2.6 0.0063	10.0 0.0391				
82	54.0 0.1588	5.6 0.0114	36.2 0.1023	2.5 0.0064	9.7 0.0387				

W.B.	Total	weibl. Arb.		männl. Arb.		weibl. Ang.		männl. Ang	
		Jahr	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	Be-LS	
80	113.5 0.2993	26.0 0.0486	50.3 0.1255	11.1 0.0285	26.1 0.0968				
81	109.4 0.3050	23.4 0.0452	49.3 0.1298	10.8 0.0292	25.9 0.1008				
82	103.7 0.3010	20.6 0.0404	47.4 0.1278	10.3 0.0290	25.5 0.1038				

Europapolitik

BRD will europäische Einigung vorantreiben



„17. Juni“

Freiheitlich-demokratischer großdeutscher Kampftag zur Kriegsmobilisierung

Der 17. Juni-Festredner des letzten Jahres im Bundestag, der Sozialdemokrat Weichmann, drückte die Schwierigkeiten der herrschenden Klasse bei der Kriegsmobilisierung so aus: „Wir genießen die Freiheit, aber es ist eine Freiheit ohne Sendungsbewußtsein, die es kaum erstrebt und jedenfalls nicht erreicht, ihre Stimme auch über jene Mauer hinwegspringen zu lassen, die das

deutsche Volk in zwei Hälften teilt.“ So setzt eine Propaganda ein, die den Bessergestellten dieser Gesellschaft alle Entfaltungsmöglichkeiten verspricht, wenn nur erst die inneren und äußeren Hemmnisse beseitigt sind: d.h. die Arbeiterbewegung zur Räson gebracht ist und die „unrechtmäßigen“ Systeme im jetzt noch „sowjetischen Machtbereich“ beseitigt sind.

Das Handelsbilanzdefizit Frankreichs gegenüber der BRD beträgt über zwölf Milliarden DM. Unter anderem deshalb sah sich Frankreich genötigt, einen Kredit von neun Milliarden DM bei der EG aufzunehmen. Auch die anderen westeuropäischen Imperialisten befinden sich der BRD gegenüber in einer ähnlichen Lage. Auf dem Treffen des europäischen Rates am 17. Juni in Stuttgart will die BRD die europäische Einigung unter ihrer Vorherrschaft vorantreiben.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit acht verschiedenen Heften, Preis pro Heft 0,70 DM

- 01 Stahl- und Metallindustrie
- 02 Druckindustrie
- 03 Chemie und übrige Industrien
- 04 Handel, Banken, Versicherungen
- 05 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
- 06 Schul- und wehrpflichtige Jugend
- 07 Studierende Jugend
- 08 Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige

Politische Berichte und Nachrichtenhefte werden herausgegeben von:

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517376

Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel. 0221/517457

Bezugsbedingungen:

Politische Berichte: Halbjahresabonnement inkl. Versand 36,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 72,- DM.

Politische Berichte sowie ein Heft Nachrichten: Halbjahresabonnement inkl. Versand 47,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 94,- DM.

Jedes weitere Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Einzelabonnement Nachrichtenheft: Halbjahresabonnement inkl. Versand 14,- DM, Jahresabonnement inkl. Versand 28,- DM.

Jedes weitere Heft: Halbjahresabonnement 9,- DM, Jahresabonnement 18,- DM.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft

Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1

Kamekestr. 19

Tel.: 0221/517457

Schulen

Wie die Polizei Jugendkriminalität an Schulen bekämpft



Die Hamburger Schulbehörde hat 1982 ein neues Programm zur „Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz“ aufgelegt, das Polizeibeamte an die Schulen bringt, um „vor Ort“ die Jugendkriminalität zu bekämpfen. Insbesondere Eigentumsdelikten und aggressivem Verhalten („Vandalismus“) soll vorgebeugt werden. Stinkreaktionäre Theorien finden

bei der Konzeption Verwendung: Von vornherein wird darauf verzichtet, Jugendlichen einsichtig machen zu wollen, daß gewaltsame Verstöße gegen Eigentum „schlecht“ sind. „Es geht darum, Motive nachzuempfinden ... und in einem Akt der Vorwegnahme „legale“ Lösungen einzuführen.“ Der Unterricht ist entsprechend fies gestaltet.

VR Polen

Antiinflationsprogramm und Pläne für eine Arbeitsaufsicht

Mit der Verabschiedung des Volkswirtschaftsplans für die Jahre 1983 bis 1985 hat das polnische Parlament Ende April die Stoßrichtung eines vom Vorsitzenden des Ministerrats vorgelegten Antiinflationsprogramm gebilligt und das beantragte Sparprogramm korrigiert. Die Durchsetzung des Wirtschaftsplans soll durch ein Gesetz für Soziale Arbeitsaufsicht, das in erster Lesung behandelt wurde, gesichert werden.

